



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Juni 2015



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

29. Mai 2015

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), Bundesregierung/
Bergmann (S. 2), Milan Markovic – 123RF (S. 5), Mittelstand-
Digital/Müller-Sieslak (S. 6), Mittelstand-Digital/Müller-
Sieslak (S. 7), Mittelstand-Digital/Müller-Sieslak (S. 8),
Thomas Dutour – 123rf (S. 13), costasz – 123rf (S. 14), Jelba
Werkzeug & Maschinenbau, Hauzenberg-Jahrdorf (S. 16),
Goldfuß engineering, Balingen (S. 17), Jelba Werkzeug &
Maschinenbau, Hauzenberg-Jahrdorf (S. 18 oben), Fraunhofer
IWU (S. 18 unten), cobiax Technologies GmbH, Wiesbaden
(S. 19), kasto – 123rf (S. 21), Coloures-pic – Fotolia (S. 22),
halpand – 123rf (S. 24), holbox – Shutterstock (S. 25),
thodonal – Fotolia (S. 26), BMWi/Andreas Mertens (S. 27),
stockfotoart – 123rf (S. 28), Udom Jinama – 123rf (S. 29),
andy_van_dyk – Fotolia (S. 30), Simon Kraus – Fotolia (S. 32),
checker – Fotolia (S. 34), Vesna Andjic – iStockphoto (S. 35)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial.....	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen.....	4
Auf einen Blick.....	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage.....	11
ZIM – optimiert: Neue Richtlinie für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand.....	13
Reformierte EU-Kohäsionspolitik 2014 – 2020.....	21
Intelligent vernetzt.....	30
II. Wirtschaftliche Lage.....	37
Internationale Wirtschaftsentwicklung.....	38
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	40
III. Übersichten und Grafiken.....	53
1. Gesamtwirtschaft.....	54
2. Produzierendes Gewerbe.....	62
3. Privater Konsum.....	70
4. Außenwirtschaft.....	72
5. Arbeitsmarkt.....	74
6. Preise.....	76
7. Monetäre Entwicklung.....	80
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse.....	82
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben.....	84

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser!

Wenn Maschinen mit Menschen kommunizieren und bei Bedarf selbst eine Reparatur veranlassen; wenn sich Menschen, Maschinen und industrielle Prozesse intelligent vernetzen; wenn in Fabriken durch Digitalisierung Kosten gesenkt und Ressourcen geschont werden, dann sprechen wir von Industrie 4.0. Hierbei wird die physische mit der virtuellen Welt verbunden, die industrielle Produktion auf intelligente Weise mit modernster Informations- und Kommunikationstechnologie verzahnt.

Dieser digitale Wandel stellt eine historische Zäsur dar. Prozesse und Dienstleistungen werden sich radikal verändern. Experten rechnen bis zum Jahr 2020 mit 50 Milliarden vernetzten Geräten auf der Welt. Diese Entwicklung bringt einige Herausforderungen mit sich, aber auch große Chancen. Gerade für den Industriestandort Deutschland, der über die wichtigen Kernkompetenzen industrieller Produktion, über hervorragend ausgebildete Fachkräfte, über intakte und tiefe Wertschöpfungsketten und über eine äußerst produktive Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft verfügt, birgt Industrie 4.0 enorme Potenziale. Unsere Unternehmen erwarten signifikante Effizienzsteigerungen und Zuwächse bei der Bruttowertschöpfung.

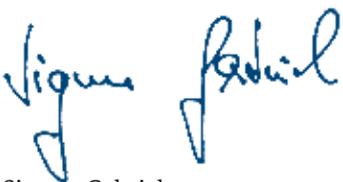
Mein Ziel ist es, dass wir diese Potenziale konsequent nutzen. Durch Industrie 4.0 wollen wir den Wohlstand und die Lebensqualität in unserem Land steigern. Dafür müssen wir alle relevanten Akteure zusammenbringen, bei den wichtigen Themen Standardisierung und Normung vorankommen und die rechtlichen Rahmenbedingungen und Fragen von Sicherheit und Arbeitsorganisation klären. In diesem Zusammenhang der Digitalisierung von Wirtschafts-, Arbeits- und Lebenswelt gehört auch der Dialog über die Sicherung von Arbeitnehmerrechten und sozialer Standards in Zeiten ständiger digitaler Verfügbarkeit sowie über die Datensouveränität von Bürgern und Unternehmen. Deshalb habe ich am 14. April gemeinsam mit der Bundesforschungsministerin den Startschuss zur Gründung der Plattform Industrie 4.0 gegeben. Mit dieser von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden und Gewerkschaften getragenen Plattform werden wir die Weichen stellen, um die Digitalisierung der Wirtschaft erfolgreich zu gestalten.

Ich bin davon überzeugt, dass wir in Deutschland für die genannten Herausforderungen gut aufgestellt sind. Die Industrie ist nach wie vor der Kern der deutschen Wirtschaft. Wir haben nicht den Fehler gemacht, einseitig auf Dienstleistungen zu setzen: Rund 15 Millionen Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt von der produzierenden Wirtschaft ab. Knapp 23.000 Industrieunternehmen erzielen einen jährlichen Umsatz von mehr als 1,6 Billionen Euro. Mit unserer weltweit führenden Ausrüsterindustrie und unseren Kompetenzen in den Kernbereichen von Industrie 4.0 haben wir alle Chancen, die digitale Revolution zu einer Erfolgsgeschichte zu machen.

Gerade für kleine und mittlere Unternehmen bieten intelligente, digitale Produktionsverfahren große Chancen. Mit dem sehr erfolgreichen „Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand“, über das in dieser Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ berichtet wird, fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie kleine und mittlere Unternehmen, die in unserem Land traditionell sehr innovativ sind, wenn es darum geht, neue technische Lösungen zu entwickeln. Ein weiterer Beitrag dieser Ausgabe zeigt, welche Potenziale die Digitalisierung auch für die Energiewende bietet. Stromnetze der Zukunft müssen mit einem hohen Anteil der stark volatilen erneuerbaren Energien intelligent umgehen. Besonders innovative Ansätze dafür fördert das Bundeswirtschaftsministerium mit der Forschungsinitiative „Zukunftsfähige Stromnetze“.

Die Juni-Ausgabe des Monatsberichts enthält zudem Beiträge zur Europäischen Struktur- und Investitionspolitik, zur Teilnahme des Förderschwerpunkts „Mittelstand-Digital“ an der Fachmesse für Mobile Business, Mobikon, sowie zur Konferenz „Das Lebenswerk in gute Hände legen – Wege zur erfolgreichen Unternehmensnachfolge“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Auch bei der Lektüre der übrigen wirtschaftspolitischen Beiträge und Analysen wünsche ich Ihnen, wie immer, viel Freude und neue Erkenntnisse!



Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

**„Das Lebenswerk in gute Hände legen – Wege zur erfolgreichen Unternehmensnachfolge“
Konferenz zur Europäischen KMU-Woche 2015 am 1. Juli 2015 in Berlin**



Die Lebenszeit eines erfolgreichen Unternehmens ist theoretisch unbegrenzt. Zunehmend mehr Unternehmerinnen bzw. Unternehmer erreichen dagegen das Ruhestandsalter. In Deutschland stehen nach Schätzungen des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn zwischen 2014 bis 2018 rund 135.000 Unternehmensübertragungen an. Davon sind rund zwei Millionen Beschäftigte betroffen. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) schätzt auf einer anderen Datenbasis, dass bis zum Jahr 2017 sogar rund 580.000 mittelständische Unternehmen vor dem Generationenwechsel stehen. In jedem Fall gewinnt diese Thematik zunehmend auch quantitativ an Bedeutung. Auf der anderen Seite werden Existenzgründer, zu denen auch die Personen zählen, die ein Unternehmen übernehmen, rar. In Zeiten eines hohen Fachkräftebedarfs ziehen viele qualifizierte Personen eine gut dotierte abhängige Beschäftigung der Selbständigkeit

vor. Unternehmensnachfolge und Existenzgründungen sind daher zwei Seiten derselben Medaille. Sie sind nicht nur eine individuelle, persönliche Entscheidung mit unmittelbaren Konsequenzen für das Unternehmen. Ein gelungener Stabwechsel und eine erfolgreiche Unternehmensübernahme sichern vielmehr Know-how und Wettbewerbsfähigkeit, fördern Investitionen und Innovationen und damit Wachstum und Beschäftigung.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie möchte mit der Konferenz „Das Lebenswerk in gute Hände legen – Wege zur erfolgreichen Unternehmensnachfolge“ am 1. Juli 2015 im Rahmen der Europäischen KMU-Woche für das Thema „Unternehmensnachfolge“ sensibilisieren. Wann ist der richtige Zeitpunkt für eine Unternehmensübergabe und welche Vorkehrungen sind zu treffen? Unternehmer

und Unternehmerinnen stellen hierzu ihre persönlichen Erfahrungen vor. Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik erläutern aktuelle Entwicklungen und diskutieren Angebote zu Finanzierung und Matchmaking, darunter auch die nexxt-change Unternehmensnachfolgebörse. Das Programm der Konferenz ist auf der folgenden Website veröffentlicht:



<http://www.bmwi.de/DE/Service/veranstaltungen.html>

Während der Veranstaltung stehen an Informationsständen Partner der „nexxt“-Initiative aus der Wirtschaft und von Förderinstitutionen sowie weitere Experten für Fragen und Informationen zur Verfügung. Darüber hinaus werden die deutschen Teilnehmer des diesjährigen Europäischen Unternehmensförderpreises – European Enterprise Promotion Awards – als hervorragende Beispiele zur Förderung unternehmerischen Engagements präsentiert und ausgezeichnet.

Das eigene Unternehmen immer mit dabei



Der Förderschwerpunkt „Mittelstand-Digital – IKT-Anwendungen in der Wirtschaft“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zeigte am 11. und 12. Mai 2015 im

Die Konferenz zur Unternehmensnachfolge steht im Zeichen der 7. Europäischen KMU-Woche, an der sich 37 Länder beteiligen. Ziel dieser von der Europäischen Kommission koordinierten Veranstaltungsreihe ist die Stärkung von Unternehmertum und Unternehmergeist. Im Jahr 2015 werden in diesem Rahmen über 1.000 Veranstaltungen in ganz Europa durchgeführt.

Die Hauptveranstaltung „SME Assembly“ auf europäischer Ebene findet in diesem Jahr vom 18. bis zum 20. November in Luxemburg statt.

Weitergehende Informationen finden Sie unter:



http://ec.europa.eu/growth/smes/business-friendly-environment/small-business-act/sme-assembly/index_en.htm

Kontakt: Dr. Katja Gerling und Heidemarie Huß
Referat: EU- und außenwirtschaftliche Fragen,
Bürokratieabbau und Bessere Rechtsetzung

Rahmen einer Kongressmesse den 3.800 Besuchern der Fachmesse für Mobile Business, der Mobikon in Frankfurt am Main, wie mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetrieben der Schritt zum eBusiness und effizienten Einsatz von mobilen Anwendungen gelingen kann.

Smartphones und Tablets wurden innerhalb weniger Jahre zur treibenden Kraft für das eBusiness und den Einsatz mobiler Anwendungen. Ihre Anwendungsbereiche sind vielfältig: Sie reichen von der (mobilen) Auftragserfassung beim Kunden über die Verknüpfung mit dem Back Office bis hin zum zusätzlichen Vertriebskanal zum Kunden. Mobile, auf Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) gestützte Anwendungen bzw. eBusiness-Lösungen kommen zunehmend in allen Prozessen der Wertschöpfungskette zum Einsatz.

Effizientere Prozesse, schnellere Entscheidungen und oftmals auch zufriedenerer Mitarbeiter sind die Vorteile von digitalisierten Arbeitsabläufen und deren mobiler Anbindung. Durch die digitale Vernetzung und den automatisierten Austausch von Informationen und Daten sind Geschäftsprozesse mit mobilen Endgeräten ortsunabhängig und zu jeder Zeit umsetzbar: Nach aktuellen Studien führt die Möglichkeit, von unterwegs zu arbeiten, zu Produkti-

vitätssteigerungen von über 20 Prozent. Kürzere Reaktionszeiten, individuellere Dienstleistungen und der direkte Kontakt zum Kunden können zu entscheidenden Vorteilen gegenüber der Konkurrenz führen.

Gerade kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie dem Handwerk eröffnen sich durch das eBusiness und den Einsatz mobiler Anwendungen neue Geschäfts- und Vermarktungsmöglichkeiten. Wie deren digitale Transformation am besten gelingt, zeigte der Förderschwerpunkt „Mittelstand-Digital – IKT-Anwendungen in der Wirtschaft“ auf seiner Kongressmesse. Alle 69 Projekte aus den drei Förderinitiativen „eKompetenz-Netzwerk für Unternehmen“, „eStandards: Geschäftsprozesse standardisieren“ und „Einfach intuitiv – Usability für den Mittelstand“ verdeutlichten mit ihren Konzepten, Lösungen und Angeboten in einer umfangreichen Ausstellung die Potenziale des eBusiness. Sie boten zudem auf einem zweitägigen Kongress praxisnahe Beispiele und Lösungen für erfolgreiches eBusiness und Einblicke in die verschiedenen Facetten des mobilen Arbeitens der Zukunft.

Der Weg in die digitale Welt

Was ist wesentlich für den Ausbau von Deutschlands Wettbewerbsposition in einer digitalen Wirtschaft? Unter der Leitung von Ole Reißmann (Projektleiter der Entwicklungsredaktion bei Spiegel Online) diskutierten am ersten Kongresstag in einer Podiumsdiskussion Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Matthias Machnig, Karl-Heinz Streibich (Präsidiumsmitglied BITKOM und Vorstandsvorsitzender Software AG), Matthias Ehrlich (Präsident BVDW), Heike Raab (Staatssekretärin im Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz und IT-Beauftragte von Rheinland-Pfalz) und Dr. Franz Büllingen (Abteilungsleiter WIK-Consult und Leiter der Begleitforschung von Mittelstand-Digital) hierzu die Bedeutung von Innovationen, Infrastruktur und IT-Sicherheit für das eBusiness und mobile Anwendungen.

Zentral für die verstärkte Nutzung des Internets der Dinge und eine umfassende Einbindung von mobilen Endgeräten und Lösungen in unternehmerischen Wertschöpfungsketten ist nach Einschätzung der Podiumsteilnehmer die Unterstützung von mittelständischen Unternehmen mit Referenzbeispielen. Denn gerade kleinen und mittleren Unternehmen fällt es häufig schwer, eine adäquate IKT-Kompetenz und -Infrastruktur aufzubauen. Anbieterneutrale und praxisnahe Informationen für das eBusiness von Mittelstand und Handwerk helfen Unternehmen bei der

Suche nach effizienten, einfachen, bezahlbaren und praktikablen IKT-Lösungen und gewährleisten einen schnellen Technologietransfer in großer thematischer Breite.

Für zunehmend digitalisierte Arbeitsabläufe, immer kürzere Produkt- und Innovationszyklen sowie für den Umgang mit großen Datenmengen benötigen Unternehmen eine flexible und leistungsfähige IKT-Infrastruktur sowie Vertrauen in die Übertragbarkeit der Regelungen aus der analogen in die digitale Welt. Die Verfügbarkeit einer adäquaten fixen und mobilen Infrastruktur sowie Rechtssicherheit – insbesondere IT- und Datensicherheit – wurden hierbei als weitere wichtige Handlungsfelder für eine umfassende Akzeptanz der digitalen Prozesse und mobilen Lösungen identifiziert.



Von digitaler Bauakte bis Mobile Payment

Digitalisierung ist ein kontinuierlicher Prozess, der nur über die Einbindung aller Akteure erfolgreich gestaltet werden kann. Dies zeigte sich auch beim Vortragsprogramm der „Mittelstand-Digital“-Kongressmesse. Das Forenprogramm gab Einblicke in unterschiedliche Branchen und prozessspezifische Lösungsansätze, die bereits heute bei Mittelstand und Handwerk als erprobte Lösungen im Einsatz sind. Anhand von praxisnahen und gut nachahmbaren Lösungen zur durchgängigen Digitalisierung der unternehmenseigenen Prozesse zeigten die Projekte der Förderinitiative eStandards an Beispielen aus der Bau-, Gesundheits- oder Seeverkehrswirtschaft die Vorteile des Einsatzes verschiedener eBusiness-Standards. Die eBusiness-Lotsen berichteten über aktuelle eBusiness-Lösungen für mittelständische Unternehmen. Dazu zählten z. B. neue Formen der Kundenkommunikation, innovative Mobile-Payment-Systeme, Aspekte von Online-Sicherheit oder die mobile Anbindung von Industrie 4.0-Lösungen. Zudem erläuterten



die Projekte der Förderinitiative Usability anhand von Praxisbeispielen wesentliche Aspekte der Benutzerfreundlichkeit bei der Entwicklung, Auswahl und Implementierung von Software in mittelständischen Unternehmen. Moderne Smartphones, mobile Applikationen sowie einfach zu bedienende Web-Anwendungen zeigen, dass die Benutzerfreundlichkeit der Anwendungen von hoher Relevanz für deren umfassende Nutzung, effizienten Einsatz und Kundenzufriedenheit ist.

Präsentationen und Informationsangebote der Experten zu den Themen „Mobile Commerce & Payment“, „Internet of Things & Industry 4.0“, „Mobile Security & Smart Data“ sowie „Mobile Marketing & Advertising“, „Usability & User Experience“, „Networking & Recruiting“ und „Mobile Enterprise & Solutions“ stehen auf der folgenden Website zur Verfügung:



<http://www.mittelstand-digital.de/DE/Veranstaltungen/kongress.html>

Kontakt: Uta Böhner
Referat: Mittelstand Digital
und Anne Stetter
Begleitforschung, WIK Consult GmbH

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Juni 2015	
05.06.	Auftragseingang in der Industrie (April)
08.06.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (April)
08.06.	Energierat in Luxemburg
09./10.06.	Informelles Treffen der für Kohäsionspolitik und regionale Entwicklung zuständigen Minister in Riga
11.06.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
12.06.	Telekommunikationsrat in Luxemburg
18./19.06.	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
25./26.06.	Europäischer Rat in Brüssel
Ende Juni	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Juli 2015	
06.07.	Auftragseingang in der Industrie (Mai)
07.07.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Mai)
10.07.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
13./14.07.	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
20./21.07.	Informeller Wettbewerbsfähigkeitsrat in Luxemburg
Ende Juli	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
August 2015	
06.08.	Auftragseingang in der Industrie (Juni)
07.08.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juni)
12.08.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
14.08.	BIP 2. Quartal (Schnellmeldung)
21.08.	GfK-Konsumklima August 2015
25.08.	BIP 2. Quartal (ausführliche Ergebnisse)
Ende August	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>



Grafik des Monats

Die gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen in Deutschland ...

... haben in den vergangenen vier Jahren innerhalb der EU-12 den zweitstärksten Anstieg zu verzeichnen. Die Bruttolöhne und -gehälter setzen sich einerseits aus der Beschäftigungsentwicklung sowie andererseits aus der Veränderung der Pro-Kopf-Löhne zusammen. Neben dem spürbaren Zuwachs an Erwerbstätigen sind auch die Löhne in dem betrachteten Zeitraum deutlich angestiegen, und zwar stärker als in allen anderen betrachteten EU-Ländern. Die Bundesregierung rechnet im Rahmen ihrer Frühjahrsprojektion auch in diesem Jahr mit einer Fortsetzung der günstigen Beschäftigungs- und Lohnentwicklung.

Veränderung der Arbeitseinkommen im Zeitraum 2010 bis 2014 (in Prozent)



Quelle: Eurostat

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft setzt ihren Aufschwung fort. Motor der Entwicklung ist die solide inländische Nachfrage.
- ▶ Allerdings hat die Industriekonjunktur im ersten Vierteljahr an Schwung eingebüßt.
- ▶ Auch der Außenhandel hat dämpfend auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts gewirkt. Die Euroabwertung dürfte jedoch in den kommenden Monaten für Impulse sorgen.
- ▶ Am Arbeitsmarkt setzten sich zu Jahresbeginn die positiven Entwicklungen verlangsamt fort.

Die deutsche Wirtschaft setzte im ersten Vierteljahr ihren Aufschwung fort.¹ Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg nach der jüngsten Meldung des Statistischen Bundesamtes im ersten Vierteljahr 2015 mit +0,3% spürbar.² Bereits im Schlussquartal 2014 hatte sich die gesamtwirtschaftliche Leistung mit +0,7% kräftig erhöht. Getragen wurde die Entwicklung im ersten Quartal vor allem durch die inländische Nachfrage. Insbesondere die privaten Konsumausgaben erwiesen sich einmal mehr als Wachstumsträger. Das Fundament hierfür bildeten die robuste Entwicklung am Arbeitsmarkt und die positive reale Einkommensentwicklung. Die Kaufkraft der Verbraucher wurde durch den sehr moderaten Preisniveauanstieg auch infolge rückläufiger Rohölpreise gestützt. Angesichts sinkender Importpreise und damit kräftig steigender Importvolumina ging im ersten Vierteljahr vom Außenhandel ein merklich dämpfender Wachstumsimpuls aus. Die Investitionskonjunktur hat dagegen etwas an Fahrt gewonnen.³

Das aktuelle Konjunkturbild spricht für eine Fortsetzung des Aufschwungs in einem moderaten Tempo. Die Euroabwertung führt zu einer verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Daher ist im Frühjahr ein positiver Wachstumsimpuls des Außenhandels zu erwarten. Der Anstieg der privaten Konsumausgaben dürfte sich fortsetzen und die Investitionstätigkeit sollte sich weiter beleben. Dessen

ungeachtet bleiben mit der Krise in Griechenland, dem Russland-Ukraine-Konflikt sowie der angespannten Situation im Nahen Osten zahlreiche Risiken für die deutsche Konjunktur bestehen.

Die Weltwirtschaft expandiert mit moderatem Tempo. Nach einem leicht beschleunigten Anstieg im zweiten Halbjahr 2014 bewegte sich die Weltindustrieproduktion bis Februar seitwärts. Dies ist vor allem auf die Entwicklung in den Schwellenländern zurückzuführen. In China hält die Wachstumsabschwächung an. Auch setzt sich die kritische wirtschaftliche Lage in Russland fort. Die rückläufigen Ölpreise sind auch für die rohstoffexportierenden Länder Südamerikas eine Belastung. In den Industriestaaten stützen sich die Wachstumserwartungen weiter auf die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich, auch wenn sich dort die Wachstumsdynamik im ersten Quartal abgeschwächt hat. Die Erholung des Euroraums scheint dagegen zu Jahresbeginn leicht an Dynamik gewonnen zu haben. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet in seinem World Economic Outlook vom April ein Wachstum der globalen Wirtschaft von +3,5% im Jahr 2015 und +3,8% im Jahr 2016.

Der deutsche Außenhandel entwickelte sich im ersten Quartal trotz der Euroabwertung wenig dynamisch. Die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen nach der Zahlungsbilanzstatistik erhöhten sich saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen im März zwar deutlich um 2,1%, im gesamten ersten Quartal aber trotz der Abwertung des Euro lediglich um 0,6%. Da die Ausfuhrpreise im gleichen Zeitraum etwas zulegten, dürften die Ausfuhren in realer Rechnung im ersten Quartal allenfalls geringfügig gegenüber dem Vorquartal gestiegen sein. Die Einfuhren nahmen im März kräftiger als die Ausfuhren in jeweiligen Preisen um 2,5% zu. Im gesamten ersten Quartal war ihr Wachstum mit +0,2% moderat. Wegen der ölpreisbedingt rückläufigen Importpreise dürften sie in realer Rechnung deutlicher zugenommen haben. Im Ergebnis war der Wachstumsbeitrag des Außenhandels zur Entwicklung des BIP im ersten Quartal negativ. Die Perspektiven für den Außenhandel bleiben aber angesichts der hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit und der erwarteten leichten Belebung des weltwirtschaftlichen Umfelds freundlich.

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Mai 2015 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

3 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 13. Mai 2015 zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 2015. Ausführliche Ergebnisse wurden am 22. Mai und damit nach dem Redaktionsschluss veröffentlicht.

Die Industriekonjunktur hat in den letzten Monaten an Schwung verloren. Im März fiel die Produktion um 0,8% geringer aus als im Februar, sodass sich für das gesamte erste Quartal im Vergleich zum Vorquartal nur ein leichtes Plus von 0,2% ergab. Wichtige Investitionsgüterbranchen, wie der Maschinenbau oder die Kfz-Wirtschaft, entwickelten sich zuletzt wenig dynamisch. Auch die Industrieumsätze waren im Februar und März rückläufig. Der Anstieg um 0,6% im ersten Quartal wird dabei durch das Inlands- und Euroraumgeschäft getragen, während der Umsatz mit Ländern außerhalb des Euroraums mehr oder weniger stagnierte. Zudem lassen die Auftragseingänge keine anziehende Dynamik in den kommenden Monaten erwarten. Im März stiegen die Bestellungen zwar um 0,9% an, doch im gesamten ersten Quartal blieb das Bestellvolumen spürbar hinter dem Ergebnis des Vorquartals zurück. Gleichwohl bleibt die Stimmung in den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes gut. Das ifo Geschäftsklima stieg im April das sechste Mal in Folge an, obwohl die Erwartungen etwas nachgaben. Die Bauproduktion wurde im ersten Quartal deutlich ausgeweitet. Eine witterungsbedingte Sonderkonjunktur wie im letzten Jahr zeichnet sich jedoch nicht ab. Die Stimmung in der Baubranche hellte sich im April wieder auf, nachdem sie sich im letzten halben Jahr etwas eingetrübt hatte.

Nach dem kräftigen Anstieg im vierten Quartal 2014 um 0,8% haben die privaten Konsumausgaben auch im ersten Quartal das Wachstum maßgeblich getragen. Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) fielen im Februar und März zwar etwas schwächer aus, im ersten Quartal insgesamt erhöhten sie sich aber spürbar um 1,1%. Angesichts der günstigen Rahmenbedingungen blieben sowohl das Geschäftsklima im Einzelhandel als auch das Konsumklima der Verbraucher positiv. Die niedrigen Ölpreise sorgten trotz der Abwertung des Euro für eine insgesamt moderate Preisniveauentwicklung.

Der Arbeitsmarkt ist aufgrund der konjunkturellen Belebung und günstiger Witterungsverhältnisse weiterhin im Aufwind. Saisonbereinigt nahm die Beschäftigung zu, wenngleich mit verminderter Dynamik. Der Zuwachs der Erwerbstätigen betrug im März 10.000 Personen und im gesamten ersten Quartal 21.000 Personen, nach einem Anstieg von 74.000 Personen im Vorquartal. Dabei wurden mit dem Berichtsmonat März die Erwerbstätigenzahlen insbesondere für Januar und Februar deutlich abwärts revidiert. Die registrierte Arbeitslosigkeit ist im April saisonbereinigt den siebten Monat in Folge gesunken, zuletzt um 8.000 Personen. Damit waren im April 2,843 Mio. Arbeitslose registriert, 100.000 Personen weniger als im Vorjahr. Die Frühindikatoren lassen eine Fortsetzung der positiven Tendenzen am Arbeitsmarkt erwarten.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

ZIM – optimiert: Neue Richtlinie für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand

Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) ist ein Instrument des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi), um den innovativen Mittelstand in Deutschland zu unterstützen. Das technologie- und branchenoffene Förderprogramm hat bisher viel Anerkennung von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden erhalten. Darauf baut die neue Richtlinie auf: Die bewährten Erfolgsfaktoren des ZIM werden beibehalten, jedoch optimiert unter folgenden Zielvorgaben: Erhöhung des Innovationspotenzials, Stärkung der Internationalisierung und Vereinfachung sowie transparentere Gestaltung der Programmstruktur. Damit wird das ZIM auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Innovations- und Wachstumspolitik des BMWi leisten.



Deutsche Unternehmen zählen zu den führenden Exporteuren forschungsintensiver Güter. Auch kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) sind besonders erfindungsreich, wenn es darum geht, neue technische Lösungen anzubieten. Sie haben eine hohe technologische Kompetenz und sind sehr innovativ. Ihnen fehlen jedoch vielfach die Mittel, um ihre Ideen in neue Produkte und effizientere Prozesse umzusetzen. Deshalb unterstützt das BMWi mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) Forschung und Entwicklung von mittelständischen Unternehmen in Deutschland.

Das ZIM ist themen- und technologieoffen, damit die im Wettbewerb stehenden Unternehmen entsprechend dem Marktbedarf forschen und entwickeln können. Die Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die mit ihnen zusammenarbeiten, erhalten Zuschüsse für anspruchsvolle Forschungs- und Entwicklungsprojekte (FuE-Projekte), die zu neuen marktreifen Produkten, technischen Dienst-

leistungen oder besseren Produktionsverfahren führen. Wesentlich für eine Bewilligung sind der technologische Innovationsgehalt sowie gute Marktverwertungschancen der geförderten FuE-Projekte. Die Unternehmen können Forschung und Entwicklung als Einzelprojekte mit den eigenen Beschäftigten durchführen oder als Kooperationsprojekte zusammen mit Forschungseinrichtungen oder anderen Unternehmen.

In den mehr als sechs Jahren seit Einführung des ZIM profitierten rund 13.200 Unternehmen von der Förderung. Mit der Eigenbeteiligung der Unternehmen wurden insgesamt mindestens 8,2 Milliarden Euro (4,1 Milliarden davon an Fördermitteln) zusätzlich in marktorientierte FuE-Projekte investiert. 1.600 Forschungseinrichtungen, wie technische Universitätsinstitute oder Fraunhofer-Institute, arbeiteten mit den Unternehmen zusammen. 75 Prozent der geförderten Unternehmen waren kleine Unternehmen bis 50 Beschäftigte. Etwa 70 Prozent der Unternehmen führten

die geförderte Forschung und Entwicklung in Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen durch. Sie konzentrieren sich dabei überwiegend auf ausgewählte Zukunftstechnologien: Insbesondere Energie- und Ressourceneffizienz, Nanotechnologie, Elektromobilität und neue Energien sowie Industrie 4.0 sind Themen, bei denen viele KMU Marktchancen sehen. Offensichtlich liegen sie mit dieser Strategie richtig. Denn mehrere Evaluationen haben gezeigt: Die überwiegende Mehrheit der Unternehmen führt die neu entwickelten Produkte erfolgreich in den Markt ein, steigert ihren Umsatz und schafft neue Arbeitsplätze. Durch die Förderung werden dauerhaft Beziehungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft aufgebaut.

Aufgrund der positiven Wirkungen des Programms und eines ausgeschöpften Fördervolumens hat das BMWi das Budget für das ZIM für das Jahr 2015 um 30 Millionen Euro auf 543 Millionen Euro erhöht. Damit können noch mehr anspruchsvolle Projektanträge von Unternehmen und Forschungseinrichtungen gefördert werden.

Die Fortsetzung des ZIM wurde im Koalitionsvertrag beschlossen. Mit der neuen Richtlinie bleibt die grundsätzliche Ausrichtung des Programms bestehen. Bei der Überarbeitung der Richtlinie wurden auch die Anregungen von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsverbänden berücksichtigt. Am 15. April 2015 ist die neue ZIM-Richtlinie als Ausführungsvorschrift für die Durchführung des Programms in Kraft getreten.

Darüber hinaus musste die neue ZIM-Richtlinie dem EU-Beihilferecht angepasst werden, das im Juli 2014 neu gefasst wurde. In der EU sind aus wettbewerbsrechtlichen Gründen Beihilfen (Subventionen) an Unternehmen streng geregelt und können nur in Ausnahmefällen gewährt werden. Beihilfen für Forschung und Entwicklung sind unter bestimmten Bedingungen gestattet. Was und wie viel gefördert werden darf, ist unter anderem explizit in der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (Verordnung (EU) Nr. 651/2014) geregelt.



Die neue Richtlinie wurde insbesondere unter folgenden drei Gesichtspunkten optimiert:

1. Erhöhung des Innovationspotenzials

► Erhöhung der maximal förderfähigen Kosten

Die seit dem Jahr 2008 konstant gebliebenen maximal förderfähigen Kosten für Unternehmen und Forschungseinrichtungen wurden erhöht. Damit werden gestiegene Kosten, insbesondere höhere Personalkosten für wissenschaftliches und technisches Personal, teilweise ausgeglichen. Unternehmen können nun maximal 380.000 Euro und Forschungseinrichtungen 190.000 Euro Projektkosten geltend machen. Die Fördersätze betragen je nach Größe und Standort 25 bis 55 Prozent der Projektkosten.

► Erweiterung der Antragsberechtigung auf Unternehmen bis 499 Beschäftigte und 50 Millionen Euro Jahresumsatz oder einer Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Millionen Euro

Vor Einführung der neuen Richtlinie waren nur Unternehmen antragsberechtigt, die der EU-KMU-Definition¹ entsprachen. Mit der Einbeziehung von weiteren, größeren mittelständischen Unternehmen in die ZIM-Förderung wurde dem Bedarf der Wirtschaft entsprochen, insbesondere auch, um Synergieeffekte für kleine Unternehmen zu erreichen. Kleine Unternehmen profitieren bei der Zusammenarbeit mit größeren Unternehmen vielfach von deren Know-how und höheren Ressourcen. Allerdings sollen angesichts hoher Antragszahlen und begrenzter Mittel gerade die „klassischen KMU“ (gem. EU-Definition) im Rahmen der Förderung nicht von den größeren, leistungsfähigeren Unternehmen verdrängt werden. Daher werden mit der angepassten Begriffsbestimmung Unternehmen einbezogen, die ebenso wie die KMU gemäß EU-Definition größenbedingte Nachteile haben und deshalb auf die Förderung von Forschung und Entwicklung in besonderem Maße angewiesen sind.

Tabelle 1: Fördersätze im Rahmen des ZIM

Unternehmensgröße	Einzelprojekte	Kooperationsprojekte	Kooperationsprojekte mit ausländischen Parteien
Kleine Unternehmen* in den neuen Bundesländern	45 %	50 %	55 %
Kleine Unternehmen in den alten Bundesländern	40 %	45 %	55 %
Mittlere Unternehmen**	35 %	40 %	50 %
Weitere mittelständische Unternehmen***	25 %	30 %	40 %

* Als kleine Unternehmen gelten nach der VO (EU) 651/2014 Anhang 1 Artikel 2 Nr. 2 Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten und einer Jahresbilanzsumme von höchstens zehn Millionen Euro oder einem Jahresumsatz von höchstens zehn Millionen Euro.

** Als mittlere Unternehmen gelten nach der VO (EU) 651/2014 Anhang 1 Artikel 2 Nr. 1 i. V. m. Nr. 2 Unternehmen von 50 bis weniger als 250 Beschäftigte und einer Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Millionen Euro oder einem Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen Euro.

*** Unternehmen, die weniger als 500 Mitarbeiter beschäftigen und die jeweils entweder einen Jahresumsatz von unter 50 Millionen Euro erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Millionen Euro beläuft (ZIM-Richtlinie vom 15. April 2015).

► 100-prozentige Förderung der Forschungseinrichtungen

Gemäß der bisherigen ZIM-Richtlinie konnten die Unternehmen einen um fünf Prozentpunkte höheren Fördersatz erhalten, wenn die Forschungseinrichtung zehn Prozent ihrer Kosten selbst trug. Diese Option für eine höhere Förderquote hatte oftmals langwierige Verhandlungen der Partner zur Folge mit dem Ergebnis, dass erfolversprechende Kooperationen nicht zustande kamen. Mit der neuen Richtlinie wurde diese Option aufgehoben; die Forschungseinrichtungen werden generell zu 100 Prozent gefördert. Die neue Regelung dient der Vereinfachung und soll dazu beitragen, den Wissenstransfer zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen weiter zu stärken. Die Finanzierungssicherheit für die Forschungseinrichtungen erleichtert es den Unternehmen, den passenden Kooperationspartner zu finden und damit den Innovationsgehalt der FuE-Projekte zu erhöhen.

1 Vgl. Tabelle 1 *, **, ***

2. Vereinfachung der Programmstruktur

Die neue Richtlinie wurde durch eine einfachere Struktur der Programmvarianten und der Förderung übersichtlicher gestaltet. Die Programm-Module und weitere Sonderformen der Förderung sind weggefallen. Unterschieden wird lediglich hinsichtlich der Größe der Unternehmen und zwischen Einzel-, Kooperations- oder Netzwerkprojekten, die die Unternehmen entsprechend ihrem Bedarf wählen können.

► Angleichung der Förderquoten für mittlere Unternehmen in den neuen Bundesländern

Mit der neuen ZIM-Richtlinie wurden die Förderquoten für mittlere Unternehmen mit 50 bis 250 Mitarbeitern zwischen West- und Ostdeutschland harmonisiert. Damit werden mittlere Unternehmen in den neuen Bundesländern wie westdeutsche Unternehmen dieser Größenordnung gefördert; eine Differenzierung der Förderhöhe erfolgt nur noch bei kleinen Unternehmen. Mit den einheitlichen Förderquoten für mittlere Unternehmen aus den neuen und alten Bundesländern soll auch ein erster Schritt in Richtung Angleichung der Förderbedingungen getan werden.

► Konzentration der Förderung auf experimentelle Entwicklung

Im ZIM werden aus Vereinfachungsgründen nur noch Leistungen der „experimentellen Entwicklung“ anerkannt. Bisher konnte gemäß EU-Beihilferecht in bestimmten Fällen bei explizitem Nachweis von Leistungen der „industriellen Forschung“ ein um zehn Prozentpunkte höherer Fördersatz bewilligt werden. In der Praxis war die Abgrenzung von „industrieller Forschung“ und „experimenteller Entwicklung“ gemäß der EU-Definition für die Unternehmen sehr aufwendig und schwierig umzusetzen und in nur wenigen Fällen wurde die höhere Förderquote gewährt.

3. Stärkung der Internationalisierung

► Verdopplung des Bonus für internationale Kooperationen

Mit Verdopplung des Bonus für grenzüberschreitende FuE-Projekte von Unternehmen auf zehn Prozent (maximale Förderquote jedoch 55 Prozent) soll ein höherer Anreiz zur internationalen Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung gegeben werden. Außerdem werden höhere Kosten, beispielsweise für Reisen, Über-



setzungen sowie juristische Beratung, ausgeglichen. Gerade diese Kosten stellen für kleine Unternehmen ein Hindernis dar, internationale Kooperationen einzugehen.

Zusätzlich sind weitere Vereinbarungen mit anderen Ländern zur gemeinsamen Förderung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen geplant, um die grenzüberschreitende Forschungszusammenarbeit zu erleichtern und den Wissensaustausch zu fördern. Die FuE-Kooperationsprojekte werden dabei aus jeweils nationalen Mitteln finanziert.

Bisherige Absprachen zur gemeinsamen Förderung bestehen beispielsweise mit Israel, Vietnam, Südkorea, Finnland, Belgien, Österreich, Tschechien und Russland. Dieses Jahr wird Brasilien als neuer Kooperationspartner hinzukommen. Gespräche über weitere Vereinbarungen werden zurzeit mit Japan und Frankreich geführt.

Bei Bedarf können die Unternehmen im Rahmen des ZIM zwar auch jetzt schon in eigener Initiative mit ausländischen Partnern gemeinsame FuE-Projekte durchführen. Jedoch werden die ausländischen Partner dann in der Regel nicht gefördert. Zudem erleichtert ein abgestimmtes Verfahren zwischen den Ländern die grenzüberschreitende Kooperation von KMU. Daher kommen bei einer Absprache und Förderung sehr viel mehr internationale FuE-Projekte von KMU zustande. Dabei werden in gemeinsamen Ausschreibungen die Unternehmen zur Abgabe von Anträgen aufgerufen.

Die neue ZIM-Richtlinie läuft bis Ende 2019. Damit wird die Förderung zunächst für die nächsten vier Jahre fortgesetzt. Auch in Zukunft wird das Programm hinsichtlich seiner Wirkungen begleitend evaluiert und analysiert. Die Ergebnisse der Untersuchung fließen in eine eventuelle Anpassung der Richtlinie ein oder werden bei der Fortführung des Programms berücksichtigt. Im Mittelpunkt steht dabei vor allem die Frage, ob die Förderung die beabsichtigte Wirkung erzielt und ob sie bedarfsgerecht ausgerichtet ist.

Projektbeispiele

Mit der Kraft der zwei Arme: Roboter greifen zu Vollautomatisches Entnahmesystem für Karton-Faltschachteln Elektrotechnik, Messtechnik, Sensorik

Unternehmen: Goldfuß engineering, Balingen
(bei Antragstellung 15 Mitarbeiter)
Förderung: ZIM-Einzelprojekt
Förderzeitraum: August 2012 bis September 2013

In dem ZIM-Projekt entwickelte das Unternehmen eine innovative Greifanlage, die Faltschachteln aus unterschiedlich großen Umkartons selbständig und vollautomatisch entnehmen kann. Zuvor wurden Faltschachteln in der Regel manuell aus Kartons entnommen und auf die Kartoniermaschine gelegt. Mit der neuen Technik kann auch dieser Arbeitsschritt automatisiert werden. Herausfordernd an dem Projekt war die Entwicklung des sensiblen Greifsystems. Beschädigungen der Verpackungen mussten ausgeschlossen werden und das System muss Abweichungen und unterschiedliche Produktversionen der Schachteln automatisch erkennen. Kernstück der neu entwickelten Anlagensteuerung ist das selbstlernende Analyseprogramm für die Greifkraft. In einem Lernvorgang ermittelt die Anlage den maximal notwen-



digen Anpressdruck des Greifers, der beim Zusammenpressen der Produkte im Karton erlaubt ist. Die feinfühligste Steuerung des Greifwerkzeugs, die permanent geregelte und überwachte Greifkraft sowie die exakte Platzierung des Greifers durch genaue Positionserfassung über Sensoren garantieren das produktschonende Handling. Abweichungen und kleinere Unregelmäßigkeiten bei der Anordnung der Faltschachteln im Umkarton können erkannt und vom Greifvorgang automatisch angepasst werden.

Das Unternehmen rechnet mit hohen zusätzlichen Umsätzen aus der Vermarktung der neuen Technologie. Potenzielle Kunden kommen aus allen Bereichen der Verpackungsindustrie, insbesondere der Pharma-, Nahrungsmittel- und Kosmetikindustrie.

Carbonfaserverstärkter Kunststoff (CFK) in Form gebracht Produktionstechnologien

Unternehmen: Jelba Werkzeug & Maschinenbau,
Hauzenberg-Jahrdorf (bei Antrags-
stellung 173 Mitarbeiter)

Förderung: ZIM-Einzelprojekt

Förderzeitraum: April 2012 bis Juni 2013

Das Unternehmen hat ein innovatives Verfahren zur Herstellung von CFK-Bauteilen entwickelt. Der Material-Leichtbau spielt heute in vielen Industriebereichen eine wichtige Rolle. Herkömmliche Kompaktwerkstoffe, beispielsweise Stahl, werden durch neuartige Verbundwerkstoffe ersetzt. Diese besitzen ähnliche Festigkeits- und Steifigkeitseigenschaften trotz deutlich reduziertem Eigengewicht. Eine besondere Stellung nehmen dabei die carbonfaserverstärkten Kunststoffe (CFK) ein: Diese sind ultraleicht und verfügen über hervorragende mechanische Eigenschaften. Sie werden bereits in der Luft- und Raumfahrt, der Windenergiebranche, dem Sportgerätebau und zunehmend auch in der Automobilindustrie verwendet.

Das Ausgangsmaterial wird in einer Pressform positioniert, wo es durch gezielte Wärmezufuhr in seiner end-



gültigen Bauteilform aushärtet. Die wesentliche Innovation bei dem neu entwickelten Verfahren besteht darin, dass die Formpressung und die Erwärmung in einem einzigen Verarbeitungsschritt erfolgen. Auf diese Art hergestellte CFK-Bauteile lassen sich aufgrund des hohen Automatisierungsgrads kostengünstiger produzieren und verfügen zudem über eine höhere Qualität als konventionell manuell gefertigte Werkstücke. Insbesondere sind mit der neuen Technologie auch komplexe geometrische Formen automatisch produzierbar.

Der weltweite Markt für CFK-Bauteile wächst enorm. Kunden sind beispielsweise Hersteller aller Art von Fahrzeugen, wie Kraftfahrzeugen, Luftfahrzeugen, Schiffen oder Fahrrädern.

Hochpräzisionstechnologie für Hüftersatz-Operationen Gesundheitsforschung und Medizintechnik

Netzwerkpartner: 13 Unternehmen und zwei
Forschungseinrichtungen

Förderung: ZIM-Netzwerkprojekt

Förderzeitraum: März 2013 bis Mai 2016

Pro Jahr werden in Deutschland mehr als 200.000 künstliche Hüften implantiert. Ziel des Netzwerks „Kunstgelenk“ ist die Behandlung von Gelenkerkrankungen mit Hilfe von Implantaten, deren Design, Aufbau und Funktionsweise an die ursprüngliche Anatomie und Biomechanik angepasst sind. Außerdem soll die eingesetzte Fertigungstechnologie ressourceneffizient sein. Im Kooperationsnetzwerk Kunstgelenk arbeiten die Partner entlang der gesamten Wertschöpfungskette eines Implantats.

Damit die Biomechanik bei dem Einsatz eines künstlichen Hüftgelenks möglichst realitätsnah wiederherge-



stellt werden kann, sind exakte Informationen über die Beinlänge und die Lage des Hüftrotationszentrums wichtig. Beindifferenzen sollen vermieden werden, um keine Fehlbelastungen hervorzurufen. Dafür wurden im Netzwerk folgende Prototypen entwickelt:

Implantations-Planungssoftware: Mit einer speziellen Röntgentechnik und Software wird vor der Operation die exakte Position des Hüftimplantats in Röntgenbildern geplant. Der Operateur hat dadurch bereits vor der

OP die Information über die benötigte Implantatgröße und kann die geplante Implantatsposition während des Eingriffs jederzeit auf dem Monitor betrachten und mit der konkreten OP-Situation abgleichen.

Messsystem zur Ermittlung der Beinlänge und des Hüftrotationszentrums: Es wurde ein Messsystem entwickelt, das den Abstand vom Hüftkopfbis zum Fersen- sohle während der OP ermittelt.

Modulares Hüftimplantat: Damit der Chirurg auch während der OP die Feinabstimmung des Hüftrotationszentrums und der Beinlänge durchführen kann, wurde ein modulares Hüftimplantat entwickelt, das zugleich bruchstabil ist. Herkömmliche Implantate werden in standardisierten Größen hergestellt. Passt eine Größe nicht exakt auf die Beschaffenheit der Hüfte, kann nur auf eine andere Standardgröße zurückgegriffen werden.

Beim modularen Hüftimplantat wird der Implantat- schaft im Oberschenkelknochen verankert. Auf diesen wird der modulare Implantat-Hals aufgesetzt, der in verschiedenen Winkeln und Größen zur Verfügung steht. Stimmen Beinlänge und Hüftrotationszentrum noch nicht mit den geplanten Werten überein, wird der Implantat-Hals durch einen passenderen ausgetauscht.

Der demografische Wandel wird künftig zu mehr Hüft- Endoprothesen-Implantationen führen, um die Geh- fähigkeit bis ins hohe Alter zu gewährleisten. Zusätzlich zu den Hüft-Erstimplantationen wird auch die Anzahl der Implantatwechsel zunehmen, da die Lebensdauer von Implantaten derzeit nur 15 bis 20 Jahre beträgt. Auch weil die Qualität der medizinischen Versorgung für die Patienten steigt, sehen die Unternehmen gute Marktchancen für die neue Entwicklung.

Schlanke Linie für Betondecken Werkstofftechnologien

Unternehmen: Cobiax Technologies GmbH (bei Antragstellung sieben Mitarbeiter)
Forschungs-
einrichtungen: Hochschule Bochum, Technische
Universität Kaiserslautern
Förderung: ZIM-Kooperationsprojekt
Förderzeitraum: Mai 2010 bis April 2013

Ziel des Kooperationsprojektes der Cobiax Technologies GmbH, der Hochschule Bochum und der Technischen Universität Kaiserslautern war es, Leichtbaudecken zu entwickeln, die auch bei geringeren Deckenstärken einsetzbar sind.

Der überwiegende Teil der Geschossdecken in Deutschland besteht aus massivem Stahlbeton. Die Nachteile beim Einsatz von Stahlbeton sind das hohe Gewicht, die energieintensive Herstellung sowie der hohe Materialeinsatz. Eine Alternative sind Leichtbaudecken, bei denen Hohlkörper in die Decke eingegossen werden. Weil bisherige Leichtbaudecken nur in einer Stärke von 35 bis 60 cm hergestellt werden konnten, wurden sie im Bau nur wenig angewendet. In dem Projekt sollte ein Leichtbausystem für Deckenstärken zwischen 20 und 35 cm entwickelt werden, damit Leichtbaudecken auch für geringere Deckenstärken genutzt werden können.



Bei dem Kooperationsprojekt entwickelte die Cobiax Technologies GmbH die Konstruktion der Hohlkörper und ihrer Komponenten sowie die Abstufung des modularen Systemaufbaus für eine optimale Belastbarkeit und Verarbeitungsfähigkeit. Weitere Aufgaben waren Entwicklung, Erprobung und Optimierung des Herstellungs- und Verarbeitungsverfahrens.

An der TU Kaiserslautern wurden umfangreiche Bauteilversuche durchgeführt. Daraus resultierend wurde ein praxistaugliches Bemessungsmodell für querkraftstabile Hohlkörpervarianten für hohlkörpergestützte Betondecken der Stärke 20 bis 35 cm erarbeitet.

An der Hochschule Bochum sind Modelle entwickelt worden, mit denen das Trag- und Verformungsverhalten der neuen hohlkörpergestützten Betondecken realitäts-

nah abgebildet werden kann. Außerdem wurde der Einfluss der Betonfestigkeit und der Hohlkörperhöhenlage im Deckenquerschnitt anhand der Modelle numerisch untersucht.

Im Ergebnis des Gesamtprojektes haben die Kooperationspartner ein modulares System aus flexibel miteinander kombinierbaren Halbschalen entwickelt. Dies ermöglicht eine Anpassung an Deckenstärken von 20 bis 35 cm.

Durch den Einsatz der neu entwickelten Produktlinie „Slim-Line“-Hohlkörpermodule aus recyceltem Kunststoff reduziert sich der Materialverbrauch von Beton und die Decke wird insgesamt leichter, was wiederum neue Bauweisen und eine Erweiterung des Einsatzspektrums der Leichtbau-Technologie ermöglicht. Damit könnten in Deutschland künftig bis zu sieben Millionen Tonnen Beton und 150.000 Tonnen Stahl pro Jahr gespart werden, was den CO₂-Ausstoß um rund 600.000 Tonnen senken würde. Ein weiterer Vorteil der Hohlkörper ist eine höhere Sicherheit bei Erdbeben.

Weitere Informationen finden Sie auf der Seite des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand <http://www.zim-bmwi.de/> und auf der BMWi-Website <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Technologie/Innovationsfoerderung-Mittelstand/technologieoffene-projektfoerderung.html>.

Kontakt: Carmen Heidecke und Claudia Flügel
Referat: Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand

Reformierte EU-Kohäsionspolitik 2014 – 2020: Sackgasse oder Weg in Europas Zukunft?

Rund 500 Milliarden Euro stellen die Europäische Union und die Mitgliedstaaten im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik im Zeitraum 2014 bis 2020 für die Entwicklung der europäischen Regionen bereit. Damit bleibt die Kohäsionspolitik das wichtigste Investitionsinstrument der Union. Um die Wirkung der Investitionen zu steigern, wurde die Kohäsionspolitik umfassend reformiert. Sie verknüpft jetzt Investitionen mit Anreizen für Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung. Richtig umgesetzt, liegt darin eine große Chance.



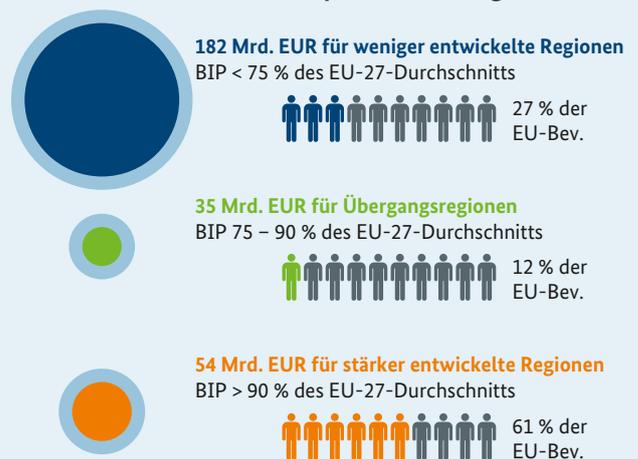
Reformierte EU-Kohäsionspolitik – Triebkraft für Wachstum in Europa

Die Reform der EU-Kohäsionspolitik basiert auf der Erkenntnis, dass mehr Wachstum in Europa nicht schlicht durch mehr Geld aus dem EU-Haushalt erreicht werden kann. Vielmehr kommt es wesentlich auch darauf an, dass die Mittel unter wachstumsfreundlichen strukturellen Bedingungen eingesetzt werden.

Mit 351,8 Milliarden Euro für die Jahre 2014 bis 2020 stellt die EU wiederum ein beträchtliches Mittelvolumen für die EU-Kohäsionspolitik zur Verfügung, auch wenn dieses Volumen rund neun Prozent unter dem der Vorperiode 2007 bis 2013 liegt. Auf die EU-Kohäsionspolitik entfallen rund 32,5 Prozent des gesamten EU-Haushalts. Dem Kohäsionsgedanken entsprechend, kommt das Gros der Mittel auch künftig strukturschwachen Mitgliedstaaten und Regionen zugute.

In vielen europäischen Regionen sind die EU-Strukturfonds die wichtigste Quelle für öffentliche Investitionen. So betrug beispielsweise im Zeitraum 2011 bis 2013 der Anteil der Strukturfonds (einschließlich der nationalen Kofinanzierung) an den öffentlichen Investitionen in der Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Litauen mehr als 75 Prozent.

Abbildung 1: Verteilung der Mittel der
EU-Kohäsionspolitik nach Regionen



Quelle: EU-Kommission

Kasten 1: Mittel für Deutschland aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) in der Förderperiode 2014 bis 2020

Aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) stehen für Deutschland ca. 19,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Davon fließen 9,8 Milliarden Euro in die so genannten „Übergangsregionen“ (neue Bundesländer ohne Region Leipzig und zuzüglich Lüneburg), 8,5 Milliarden Euro in die so genannten „weiter entwickelten Regionen“ (alte Bundesländer ohne Region Lüneburg und zuzüglich Leipzig) und 0,9 Milliarden Euro in die Europäische Territoriale Zusammenarbeit. Weitere 8,3 Milliarden Euro erhält Deutschland aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER).

Wegen der im EU-Vergleich positiven wirtschaftlichen Entwicklung sind die für Deutschland bereitgestellten Mittel gegenüber der Vorperiode spürbar zurückgegangen.

Statt mehr soll künftig besser investiert werden: Die Fonds sollen stärker wachstums- und beschäftigungsorientiert eingesetzt werden und die Effizienz und Effektivität des Mitteleinsatzes erhöht werden. Damit reagiert die EU auf die häufig – wenn auch teilweise zu Unrecht – geübte Kritik, die EU-Kohäsionspolitik habe nicht hinreichend nachhaltig zu Wachstum beigetragen.

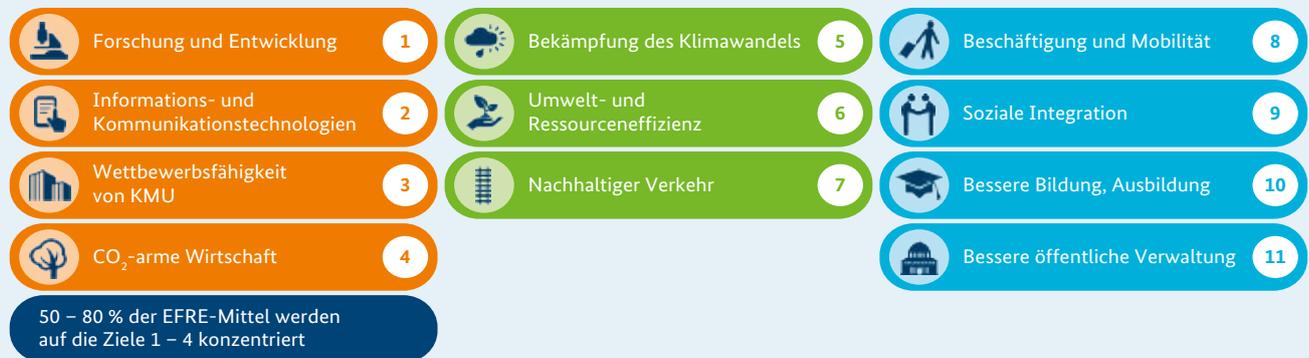
Mit der Reform wurde ein moderner Rechtsrahmen für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds geschaffen, der eine Verbindung zwischen den drei für das Wachstum zentralen Säulen herstellt: Investitionen, strukturellen Reformen und wirtschaftspolitischer Koordinierung. Die Verknüpfung dieser drei Pfeiler in einem Instrument ist ein Novum und bisher so einzigartig in der Union.

Der neue Rechtsrahmen setzt mehr als bisher auf zentrale Steuerungsmechanismen, will aber auch die eigentliche Stärke der Regionalpolitik, das Wissen um die regionalen Potenziale und die Erfahrungen vor Ort, weiter zum Tragen kommen lassen. Dazu wurde die Zusammenarbeit und Abstimmung mit allen Akteuren weiter intensiviert.

Zwar ist es so kurz nach Einführung der neuen Regelungen noch zu früh für eine abschließende Beurteilung, dennoch lassen sich schon heute erste Aussagen darüber treffen, ob die einzelnen Reformelemente eher in die „Sackgasse“ oder in eine erfolgreiche Zukunft führen:



Abbildung 2: Ziele für Investitionen – Thematische Konzentration am Beispiel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)



Quelle: EU-Kommission, DG Regio

Der neue Rahmen: Gemeinsame Regeln für alle Fonds

Mit der Reform der EU-Kohäsionspolitik hat die EU erstmals ein gemeinsames Regelwerk für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) verabschiedet. Unter diesem Oberbegriff werden folgende fünf Fonds zusammengefasst: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds (ESF), Kohäsionsfonds (KF) sowie der Europäische Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER) und der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF), die beide aus einer anderen Haushaltsrubrik, nämlich der gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik, finanziert werden.

Die Regelungen für diese fünf Fonds sind jetzt in der Allgemeinen Strukturfondsverordnung¹ vereinheitlicht. Die gemeinsamen Regeln sollen die Kombination von Ressourcen aus den verschiedenen Fonds in den Regionen vereinfachen. Die fondsübergreifende Nutzung und die damit verbundene verstärkte inhaltliche Abstimmung über die Förderschwerpunkte hebt die Effektivität des Mitteleinsatzes und setzt so zusätzliche Synergien frei. Diese Entwicklung wird europaweit begrüßt.

Allerdings ist aus deutscher Sicht bedauerlich, dass die Vereinheitlichung nicht konsequent durchgehalten wurde. Insbesondere im Bereich des Europäischen Fonds für ländliche Entwicklung (ELER) wurden Sonderregelungen geschaffen, die die fondsübergreifende Nutzung unnötig erschweren. Hier besteht Potenzial für mehr Effizienz.

Zielgerichtete Investitionen in Wachstum und Beschäftigung

Erklärtes Ziel der europäischen Regionalpolitik ist es, regionale Einkommens- und Beschäftigungsunterschiede zu reduzieren, indem Wachstumskräfte mobilisiert, die regionale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und der Strukturwandel unterstützt werden.

Daher sollen künftig Investitionen aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds schwerpunktmäßig auf die für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung besonders relevanten Investitionsfelder fokussiert werden (so genannte „thematische Konzentration“). Diese Investitionsprioritäten stehen im Einklang mit den Zielen der Europa-2020-Strategie für mehr Wachstum in Europa.

Investitionen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sollen vorrangig in Forschung und Innovation, in die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), in die Unterstützung einer CO₂-armen Wirtschaft und Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) fließen. Je nach Entwicklungsgrad müssen die Regionen 50 Prozent bis 80 Prozent der EFRE-Mittel in den prioritären Bereichen investieren. Die konkrete Aufteilung der Mittel wird in den einzelnen Regionen und Mitgliedstaaten dabei auf Basis von Ex-ante-Bewertungen² und im Einklang mit den strukturell relevanten länderspezifischen Empfehlungen weiter konkretisiert und schließlich politisch festgelegt.

¹ VO (EU) Nr. 1303/2013, ABl. 2013 L 347, 320.

² Die Ex-ante-Bewertungen sollen sicherstellen, dass die Programme bestmögliche Beiträge zur regionalen Entwicklung leisten. Dazu werden die geplanten Förderstrategien a priori vor dem Hintergrund der regionalen Stärken, Schwächen, Risiken und Chancen und unter Berücksichtigung der sozio-ökonomischen Lage der Region bewertet.



In den bisherigen – von der EU-Kommission genehmigten – Programmen der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen zeichnet sich tatsächlich eine inhaltliche Verschiebung der Förderung ab: Künftig werden europaweit mehr Mittel in die Förderung von KMU, IKT, eine CO₂-arme Wirtschaft und vor allem in die Stärkung von Forschung und Innovation fließen; weniger Investitionen entfallen auf die Verkehrs- und Umweltinfrastruktur.³ Die avisierten Ziele der thematischen Konzentration werden voraussichtlich sogar überschritten. Sofern die Förderprogramme in der Praxis auch mit entsprechenden Projekten unterlegt werden können, könnte dies tatsächlich ein Schritt zu mehr Wachstum in Europa sein.

Kasten 2: Forschung und Innovation als Entwicklungsfaktor

Neben einer verbesserten Infrastruktur, Förderung betrieblicher Investitionen oder Humankapitalressourcen gelten Forschung und Innovation als einer der zentralen Entwicklungsfaktoren für langfristiges (regionales) Wirtschaftswachstum. Regionen mit einer hohen Innovationsleistung gehören zugleich zu den am meisten entwickelten; ihre Anpassungsfähigkeit an neue Gegebenheiten ist besonders hoch. Umgekehrt zeigen sich die europäischen Regionen mit einem niedrigen Investitionsniveau im Bereich Forschung und Innovation als besonders krisenanfällig.

Deutschland hat bereits in der Vergangenheit – sowohl im Rahmen der europäischen Strukturpolitik als auch der nationalen regionalen Wirtschaftsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)⁴ – stark in die Bereiche investiert, die jetzt der thematischen Konzentration unterfallen, und damit gute Erfahrungen gemacht. Künftig wird diese Schwerpunktsetzung weiter ausgebaut. Vor allem der Zukunftssektor „Angewandte Forschung und Innovation“ wird nochmals finanziell aufgewertet.

Die thematische Konzentration der Mittel wird europaweit insgesamt begrüßt. Kritisch wird jedoch in vielen Mitgliedstaaten der Umgang der Europäischen Kommission mit diesem Instrument beurteilt. In ihren informellen Positionspapieren hatte sich die Europäische Kommission schon recht früh auf nationale Investitionsschwerpunkte festgelegt und anschließend den Regionen – teilweise über die rechtlich beschlossenen Quoten hinaus – Vorgaben gemacht, in welchen Bereichen zu investieren und v. a. in welchen Bereich nicht zu investieren sei (z. B. keine Förderung von Informationstechnologien oder Verkehrsinfrastrukturen aus dem EFRE in Deutschland). Viele Mitgliedstaaten und Regionen wünschen sich hier mehr Flexibilität und ein kooperativeres Vorgehen seitens der Europäischen Kommission.

³ Vgl. zu den aktuellen länderspezifischen Empfehlungen der EU-Kommission: http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/country-specific-recommendations/index_en.htm.

⁴ Die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ist das nationale Instrument zur Förderung von Regionen, die im nationalen Vergleich als strukturschwach einzustufen sind.

Kohärenz: Verknüpfung mit der wirtschaftspolitischen Koordinierung

Der neue Rechtsrahmen verknüpft erstmals die Ausgaben- und die Investitionsseite der Kohäsionspolitik mit den Regeln des Europäischen Semesters und der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa. In die Allgemeine Strukturfondsverordnung wurden so genannte makroökonomische Konditionalitäten aufgenommen. Diese regeln – vereinfacht dargestellt – Folgendes:

- ▶ **„Präventiver“ Arm:** Die Europäische Kommission kann einen Mitgliedstaat zur Anpassung seiner Investitionsschwerpunkte aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds auffordern, wenn dies der Unterstützung einschlägiger länderspezifischer Empfehlungen dient, eine Ratsempfehlung im Ungleichgewichtsverfahren⁵ unterstützt oder die Umsetzung eines Anpassungsprogramms optimiert.
- ▶ **„Korrektiver“ Arm:** Die Europäische Kommission muss einen Vorschlag zur Aussetzung von Fördermitteln machen, wenn ein Mitgliedstaat Bedingungen im Defizit- oder im Ungleichgewichtsverfahren oder eines Anpassungsprogramms nicht erfüllt. In den entsprechenden Verfahren muss jeweils eine fortgeschrittene Eskalationsstufe erreicht sein.

Die makroökonomischen Konditionalitäten (Art. 23 der Allgemeinen Strukturfondsverordnung) waren bei den Verhandlungen zum Legislativpaket sehr umstritten. Kritiker befürchten das Ende der bisherigen Kohäsionspolitik:

- ▶ Es drohe eine häufige Umprogrammierung der ESIF-Programme und damit ein Widerspruch zu einer langfristig angelegten Strukturpolitik.
- ▶ Der korrektive Arm sanktioniere die Falschen: Die Verfahren der wirtschaftspolitischen Koordinierung richteten sich an die nationale Ebene, während die ESIF-Mittel meist auf regionaler Ebene verwaltet und eingesetzt würden.

Befürworter – darunter die Bundesregierung – begrüßen demgegenüber die makroökonomischen Konditionalitäten als wichtigen Schritt zu einer in sich stimmigen EU-Wirtschaftspolitik:



- ▶ Öffentliche Investitionen entfalten eine bessere Wirkung, wenn sie in einem soliden makroökonomischen Umfeld erfolgen. Daher ist es wichtig, die Verfahren der wirtschaftspolitischen Koordinierung und des Stabilitäts- und Wachstumspakts über die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu flankieren.

Aus heutiger Sicht ist die Einführung makroökonomischer Konditionalitäten ein begrüßenswerter Fortschritt. Sie ermöglicht eine bessere Abstimmung der verschiedenen Politikbereiche der EU untereinander und die Berücksichtigung von länderspezifischen Empfehlungen aus dem Europäischen Semester. Eine strategische Anpassung der jeweils betroffenen so genannten Operationellen Programme dürfte in aller Regel möglich und sinnvoll sein. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass die jeweiligen regionalpolitischen Belange hinreichend Berücksichtigung finden.

Voraussetzungen für Investitionen als Erfolgsfaktor (Ex-ante-Konditionalitäten)

Künftig wird die Europäische Kommission die Fördermittel erst dann für Investitionen an die Mitgliedstaaten freigeben, wenn diese bestimmte Grundvoraussetzungen (so genannte Ex-ante-Konditionalitäten) erfüllt haben. Damit soll sichergestellt werden, dass Investitionen in einem

5 Verfahren zur Vermeidung und Korrektur gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU, vgl. VO (EU) Nr. 1176/2011, ABl. 2011 L 306, 25. Vgl. auch: Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Ausgabe Mai 2015, S. 43ff.



günstigen Kontext erfolgen und ein effizienter Einsatz der Mittel gewährleistet wird. Zu den Voraussetzungen gehören zum Beispiel der Nachweis eines funktionsfähigen Beihilfesystems, aber auch themenspezifische Maßnahmen, wie die Entwicklung regionaler Innovationsstrategien und strategischer Verkehrspläne oder die Einhaltung von EU-Verordnungen im Umweltbereich. Werden diese Grundbedingungen nicht erfüllt, kann die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten bzw. ihren Regionen die Fördermittel (bezogen auf das jeweilige Investitionsziel) vorenthalten.

Viele Mitgliedstaaten haben inzwischen große Anstrengungen unternommen, um die Ex-ante-Konditionalitäten zu erfüllen. Schwierigkeiten ergeben sich oft bei der Erbringung des Nachweises eines effizienten Systems für die Vergabe öffentlicher Aufträge oder für die Kontrolle staatlicher Beihilfen. Daneben offenbarten sich in vielen Mitgliedstaaten entscheidende Mängel bei den themenspezifischen Anforderungen, wie z. B. dem Vorliegen hinreichender Verkehrswegepläne oder regionaler Innovationsstrategien.

Stärkere Ergebnisorientierung: „Sticks and Carrots“

Die Ergebnisse der Struktur- und Investitionspolitik sollen in Zukunft noch besser sichtbar gemacht werden. Die Regionen bzw. Mitgliedstaaten müssen daher künftig bereits im Voraus, d. h. bei Erstellung ihrer Programme, bekannt geben, welche Ziele sie mit den verfügbaren Mitteln erreichen wollen. Ferner müssen sie darlegen, wie die entsprechenden Fortschritte gemessen werden sollen. Um die Ergebnisse besser als in der Vergangenheit vergleichen zu können, sollen die Mitgliedstaaten bzw. Regionen – zumindest in gewissem Umfang – auf gemeinsame Indikatoren zurückgreifen. Werden die angestrebten Ziele in erheblichem Umfang verfehlt, kann die Europäische Kommission Sanktionen verhängen. Andererseits werden bei guten Ergebnissen weitere – zunächst zurückgehaltene – Mittel aus der so genannte „leistungsgebundenen Reserve“ freigegeben.

Ob und inwieweit der – aufwendige – Aufbau eines stärker vereinheitlichten Indikatorensystems wirklich zu einer besseren Messbarkeit der Ergebnisse führt, bleibt abzuwarten.

Moderne Instrumente der Finanzierung mit Modellcharakter

Seit 2014 nutzt die EU-Strukturpolitik, v. a. der EFRE, noch stärker als bisher so genannte Finanzinstrumente. Dazu gehören u. a. Darlehen und Bürgschaften, aber auch die Bereitstellung von Eigen- oder Risikokapital (z. B. Start-up oder Seed-Fonds). Diese Finanzierungsformen sollen z. B. dafür eingesetzt werden, innovativen Start-up-Unternehmen dringend benötigtes Wachstumskapital zur Verfügung zu stellen. Sie greifen v. a. dort, wo privates Wagniskapital nicht zur Verfügung steht. Die verstärkte Nutzung entsprechender öffentlicher Beteiligungsfonds wird derzeit auch im nationalen Kontext diskutiert.

Die deutschen Bundesländer haben bereits in der vorangegangenen Förderperiode 2007 – 2013 v. a. in der KMU-Förderung gute Erfahrung mit dem Einsatz von Finanzinstrumenten gemacht. Seit 2014 wird daher in Deutschland die Nutzung von Finanzinstrumenten noch weiter ausgebaut. Durch die Ausreichung der verfügbaren Fördermittel als Darlehen bzw. revolvingierende Fonds sind die Fördermittelempfänger gegenüber der Zuschussförderung stärker mit eigenem Kapital eingebunden; dies erhöht oftmals die Projektqualität und reduziert Mitnahmeeffekte. Zugleich lassen sich so die – gerade auch in Deutschland – sinkenden Finanzmittel effizienter nutzen. Durch die Umstellung der Förderung von „verlorenen“ Zuschüssen auf rückzahlbare Darlehen verringert sich mittelfristig zugleich die

Abhängigkeit von Subventionen. Allerdings gibt es auch Grenzen für den Einsatz von Finanzinstrumenten: Zum einen ist der damit verbundene Verwaltungsaufwand recht hoch und zum anderen ist ihr Einsatz nicht für alle Investitionsbereiche gleichermaßen geeignet.

Umsetzung in die Praxis: Partnerschaftvereinbarung und Operationelle Programme

Entscheidender Erfolgsfaktor für die Reform der Kohäsionspolitik bleibt die richtige Balance zwischen Steuerung seitens der Europäischen Kommission einerseits und regionaler Eigenverantwortung („Ownership“) andererseits. Ein Großteil der öffentlichen Investitionen und Dienstleistungen erfolgt aus gutem Grund auf regionaler bzw. lokaler Ebene. Richtige Prioritäten kann nur setzen, wer die Bedürfnisse und Verhältnisse vor Ort kennt. Allerdings gilt es, bei regionaler oder kommunaler Verwaltung der Gefahr vorzubeugen, dass Fördermittel für lokale politische Prestigeobjekte anstatt für Langfristinvestitionen genutzt werden. Eine erfolgreiche europäische Strukturpolitik muss daher einerseits mit einem verlässlichen, klaren Rahmen die richtigen Anreize für strategische Wachstumsinvestitionen setzen. Andererseits gilt es, durch eine gute Koordination und intensive Kooperation aller ein ausreichendes Maß an Flexibilität auf regionaler Ebene zu wahren.

Auch künftig wird die EU-Kohäsionspolitik direkt vor Ort in die Praxis umgesetzt. So erfolgen die Festlegung von Förderstrategien und die konkrete thematische Aufteilung der Finanzmittel auch weiterhin in den so genannten Operationellen Programmen der Regionen bzw. der Mitgliedstaaten.

Neu hinzugekommen ist aber ein weiteres Instrument: die Partnerschaftvereinbarung. Über sie soll künftig sichergestellt werden, dass die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds in den Mitgliedstaaten tatsächlich wie vereinbart zur Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Es handelt sich um eine nationale Dachstrategie, in der jeder Mitgliedstaat darlegt, wie die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds insgesamt zur Hebung regionaler Wachstumspotenziale und Strukturverbesserungen eingesetzt werden. Die Inhalte der Programme und Partnerschaftvereinbarungen sind das Ergebnis einer intensiven Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen Regionen, Mitgliedstaaten, Wirtschafts- und Sozialpartnern und der Europäischen Kommission (Partnerschaftsprinzip). Die Kommission behält aber die Steuerungshoheit, denn sie genehmigt die Programme.



Kasten 3: Exkurs – Deutsche Partnerschaftsvereinbarung

In Deutschland liegt die Verantwortung für die Umsetzung der europäischen Regionalpolitik vorrangig in der Hand der Länder. Der Bund hat eine koordinierende Funktion. Die deutsche Partnerschaftsvereinbarung wurde unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie in enger Abstimmung mit den Ländern, der EU-Kommission und den Wirtschafts- und Sozialpartnern im Wege eines Bottom-up-Prozesses erstellt. Am 22. Mai 2014 wurde die deutsche Partnerschaftsvereinbarung – als zweite Vereinbarung in Europa – genehmigt.

Chancen und Herausforderungen für die EU-Kohäsionspolitik

Die Europäische Union hat die Kohäsionspolitik mit dem Ziel reformiert, durch einen effektiveren und effizienteren Mitteleinsatz noch stärker als bisher zu Wachstum und Beschäftigung in Europa beizutragen. Inzwischen sind sämtliche Partnerschaftsvereinbarungen sowie die Mehrzahl der Operationellen Programme genehmigt. Dies lädt zu einem ersten Resümee ein: Wie ist die Reform zu bewerten? Welche Herausforderungen und welche Chancen bestehen?

Grundsätzlich erfährt die Reform ein positives Echo. Die Schaffung gemeinsamer Regelungen für alle fünf Struktur- und Investitionsfonds, die stärkere Wachstumsorientierung durch die thematische Konzentration, aber auch die Anreize zur Stärkung von Synergien werden überwiegend auch in den europäischen Regionen begrüßt.

Deutlich kontroverser bleibt demgegenüber die Diskussion um die makroökonomische Konditionalität. Aus Sicht der Bundesregierung stellt die dort angelegte Verknüpfung der Regionalpolitik mit den Mechanismen der wirtschaftspolitischen Steuerung einen positiven Schritt zur Stärkung eines guten Investitionsumfeldes und einer kohärenten Wirtschaftspolitik dar. Auch scheint die Reform erste Früchte zu tragen: Eine Auswertung der Partnerschaftsvereinbarungen verdeutlicht, dass die Fördermittel künftig stärker als bisher auf die wachstumsrelevanten Bereiche konzentriert werden. Ein besonderer Anstieg ist bei den geplanten Ausgaben für Forschung und Innovation zu verzeichnen. Ob diese Ausrichtung letztlich zu mehr Wachstum und Beschäftigung führt, muss die verstärkte Ergebnismessung zeigen. Die Anreize aber sind gesetzt.

Es gibt jedoch auch kritische Stimmen. Diese bemängeln vor allem die Umsetzung der Reform: So besteht der Wunsch nach einer noch stärker partnerschaftlich geprägten Zusammenarbeit ohne zu frühe inhaltliche Vorfestlegungen der Europäischen Kommission. Auch sehen viele noch Potenziale in einer verbesserten Abstimmung innerhalb der Kommission.



Kasten 4: ESIF und EFSI

Auch wenn sich die Akronyme zum Verwechseln ähneln und den Bestand unverständlicher Abkürzungen in der EU-Politik erneut erweitern: Es handelt sich um unterschiedliche Instrumente. Sie ersetzen einander nicht, sondern ergänzen sich.

Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) bilden die struktur- und regionalpolitischen Instrumente des EU-Haushalts. Sie setzen das Vertragsziel der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion um. Hierzu werden primär öffentliche Mittel nach genauen rechtlichen Vorgaben für Wachstum und Beschäftigung in Europas Regionen investiert.

Der künftige Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) – Kern der Investitionsoffensive von Kommissionspräsident Juncker – ähnelt einem privaten Investitionsfonds. Ziel ist die Ankurbelung privater Investitionen. Mit dem Fonds sollen Projektrisiken übernommen und Projekte für private Investoren attraktiver gemacht werden.



Auch ein weiteres Feld bleibt umstritten: Angesichts ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber Europäischem Parlament und Rechnungshof legt die Europäische Kommission einen starken Fokus auf die (Finanz-)Kontrolle und ein entsprechend detailliertes Regelwerk. Als Nettozahler hat die Bundesregierung ein ausgeprägtes Interesse an einer gut funktionierenden Kontrolle. Andererseits dürfen die Regelungen nicht so vielschichtig werden, dass der Verwaltungsaufwand außer Verhältnis zur Höhe der verwalteten Mittel steht. Es ist daher zu überlegen, ob die Kontrolle des Mitteleinsatzes durch einen differenzierten Ansatz, mit Vereinfachungen für nachweislich effektive Verwaltungen und gezielte Unterstützung für weniger effektive Verwaltungen, noch verbessert werden kann.

Trotz aller berechtigter Kritik ist aber gerade aus deutscher Sicht anzuerkennen, dass mit der Reform der Kohäsionspolitik für die neue Förderperiode wichtige Grundlagen geschaffen wurden, um Wachstum und Beschäftigung in den Regionen der EU weiter voranzubringen.

Kontakt: Mascha M. Möbius und Dr. Bastian Kern
Referat: Koordinierung EU-Kohäsions- und Strukturpolitik

Intelligent vernetzt

Die Forschungsinitiative „Zukunftsfähige Stromnetze“ zeigt innovative Ansätze für das Stromnetz der Zukunft

Zukunftsfähige Stromnetze sind ein zentraler Baustein für den Erfolg der Energiewende. Die Übertragungs- und Verteilnetze müssen auf die Einspeisung hoher Anteile erneuerbarer Energien ausgerichtet werden. Die Forschungsinitiative „Zukunftsfähige Stromnetze“ unterstützt 200 innovative Projekte, die einen wichtigen Beitrag für eine langfristig gesicherte, bezahlbare und umweltverträgliche Stromversorgung leisten.



Das Energiekonzept der Bundesregierung sieht einen weitreichenden Umbau des Energiesystems in Deutschland bis zum Jahr 2050 vor. Dieser Umbau basiert auf zwei Säulen: dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz. Bis 2050 sollen die erneuerbaren Energien 80 Prozent des Strombedarfs zur Verfügung stellen. Gleichzeitig soll der Primärenergieverbrauch in Deutschland bis 2050 halbiert werden (verglichen mit dem Wert von 2008). Diese Ziele können nur mit technologischen Innovationen und intelligenten Konzepten erreicht werden. Die Energieforschung ist deshalb ein zentrales strategisches Element der Energiepolitik. Sie ermöglicht den notwendigen technischen Fortschritt für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende.

Energieforschung für eine erfolgreiche Energiewende

Die Bundesregierung richtet die Energieforschung konsequent auf die Energiewende aus. Alle für die Energiewende relevanten Fördermaßnahmen der anwendungsnahen Projektförderung sind seit dieser Legislaturperiode im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) gebündelt. Dies eröffnet wichtige zusätzliche Möglichkeiten, um Synergien zwischen Energiepolitik und Energieforschung einerseits sowie zwischen Energieeffizienz und erneuerbaren Energien andererseits zu nutzen.

Die Grundlagen der Energieforschungsförderung sind im 6. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung verankert. Aktuell entwickelt das BMWi das Programm im Bereich der angewandten Forschung weiter. Ein Aspekt ist es, die Aktivitäten in den Förderschwerpunkten Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu verstärken. Darüber hinaus werden zunehmend systemorientierte Forschungsansätze

aufgegriffen, bei denen die technologieübergreifende Koppelung von Einzelkomponenten zu einem Gesamtsystem im Vordergrund steht.

Durch den steigenden Anteil fluktuierender erneuerbarer Energien bei der Stromerzeugung nimmt die Bedeutung von modernen und intelligenten Netztechnologien ständig zu. Insofern ist die Optimierung der Stromnetze eines der zentralen Themen der Forschungsförderung, da die Zuverlässigkeit und Qualität der Stromversorgung auch künftig gesichert werden muss. Dabei spielen sowohl Ausbau als auch Umbau der Stromnetze eine zentrale Rolle. Unter Ausbau wird das Verlegen zusätzlicher Stromtrassen verstanden, während der Umbau unter anderem die intelligente Steuerung der Netze durch neue Informations- und Kommunikationstechniken betrifft. Durch die so genannten Smart Grids werden Erzeugung und Verbrauch einander kontinuierlich angepasst, so dass zusätzlicher Ausbaubedarf für die Netze vermieden bzw. verringert werden kann.

Forschungsinitiative „Zukunftsfähige Stromnetze“

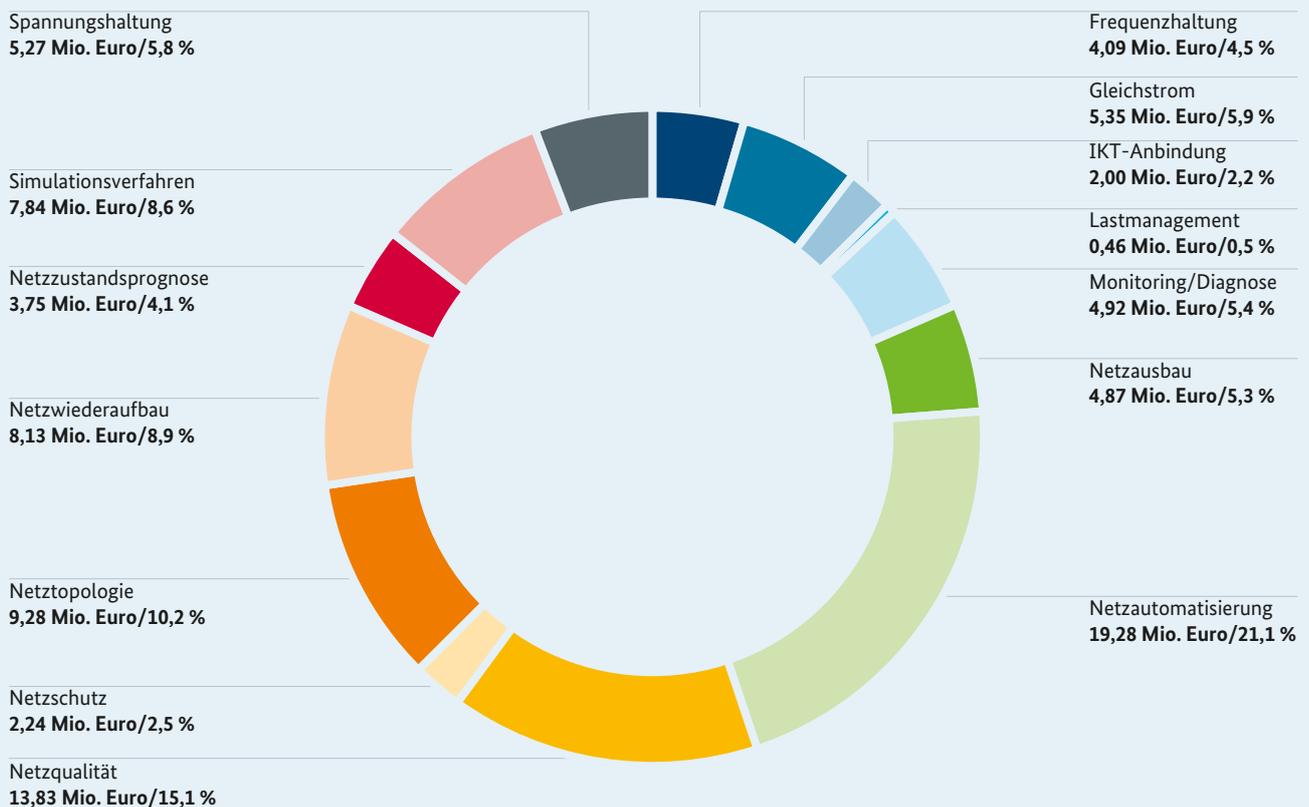
Das BMWi und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) haben zur Optimierung der Netze die ressortübergreifende Forschungsinitiative „Zukunftsfähige Stromnetze“ initiiert. Sie ist Teil des 6. Energieforschungsprogramms der Bundesregierung. Die Bundesministerien fördern in der Initiative Forschungs- und Entwicklungsvorhaben aus dem Bereich der Grundlagenforschung und der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung.

STROMNETZE

Forschungsinitiative der Bundesregierung

Erwünscht ist eine hohe industrielle Beteiligung an Verbundprojekten. Im Fokus stehen die drei Themen Netzbetriebsführung, Netzplanung sowie Übertragungs- und Verteilungstechniken.

Abbildung 1: Neubewilligungsvolumen 2014 für die Forschungsinitiative „Zukunftsfähige Stromnetze“, aufgeschlüsselt nach Technologiebereichen



Quelle: Projektträger Jülich

Die innerhalb der Forschungsinitiative „Zukunftsfähige Stromnetze“ geförderten Projekte entwickeln innovative Ideen und Lösungen zur künftigen Bereitstellung von intelligenten Netzstrukturen. Damit wird ein Beitrag dazu geleistet, dass die Stromversorgung in Deutschland auch in Zukunft sicher und zuverlässig bleibt. Die Forschungsinitiative unterstützt die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Die beiden Bundesministerien haben innerhalb der Forschungsinitiative „Zukunftsfähige Stromnetze“ bereits 200 Vorhaben mit 89,4 Millionen Euro bewilligt. Davon entfallen auf das BMWi 155 Vorhaben mit 69,9 Millionen Euro Zuwendungssumme (Stand: 09. März 2015). Die ersten Forschungsvorhaben sind im Sommer 2014 gestartet. Nach der gemeinsamen Forschungsinitiative im Bereich Energiespeicher vom April 2011 ist dies die zweite gemeinsame Maßnahme im Rahmen des Energieforschungsprogramms.

Erneuerbare Energien erbringen Systemdienstleistungen

Eines der wichtigsten Themen der Forschungsinitiative „Zukunftsfähige Stromnetze“ ist die Frage, ob – und wenn ja, wie – erneuerbare Energien Systemdienstleistungen erbringen können. Systemdienstleistungen stellen sicher, dass jederzeit genau die angeforderte Menge an Energie produziert wird. Zu den Systemdienstleistungen zählen die Frequenzhaltung, die Spannungshaltung, der Netzwiederaufbau und das Netzengpassmanagement. Bisher wurden diese Systemdienstleistungen zentral von konventionellen

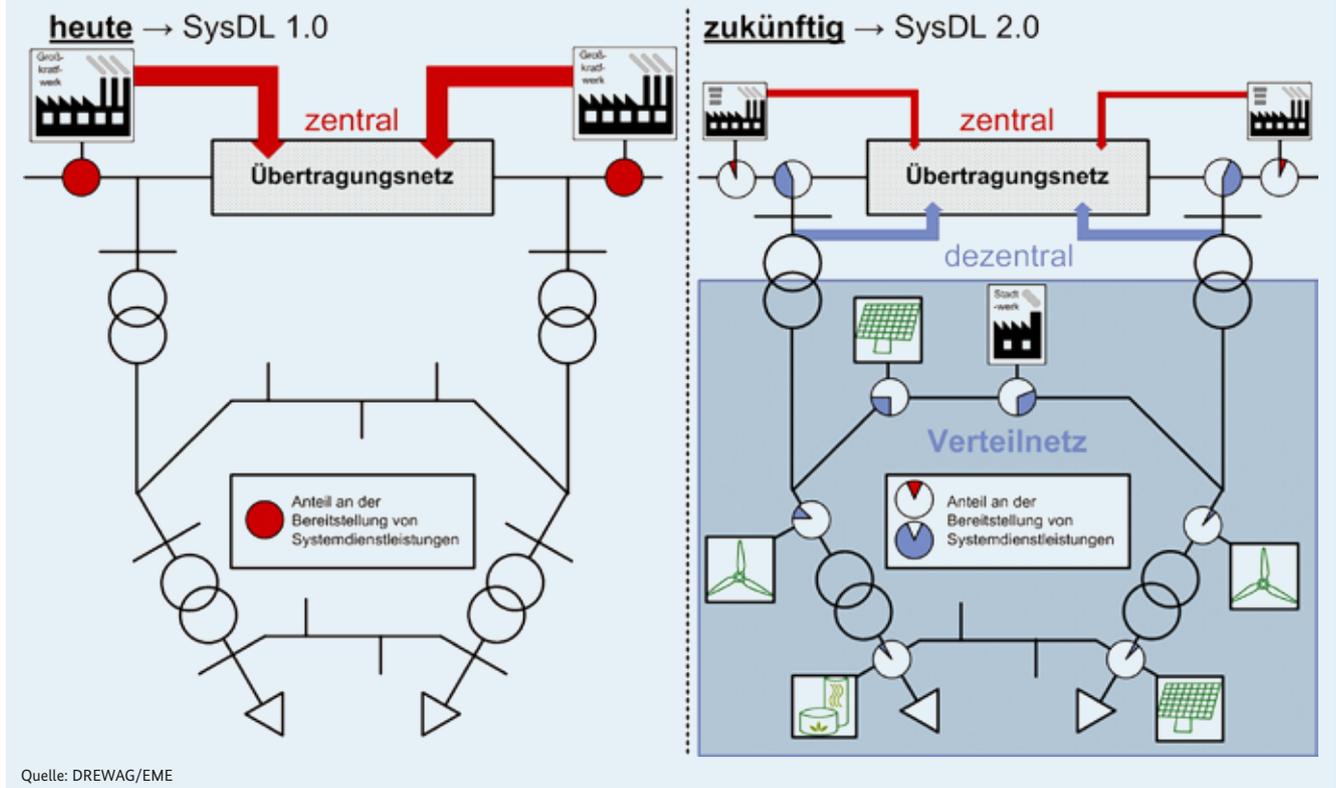
Kraftwerken erbracht. In einem Energiesystem mit immer höherem Anteil erneuerbarer Energien müssen sie jedoch mehr und mehr dezentral durch erneuerbare Energieerzeugungsanlagen geleistet werden. Diese Herausforderungen sind Teil des übergeordneten Themas Netzbetriebsführung. Sie sind entscheidend für einen stabilen Betrieb des Stromversorgungssystems. Außerdem verringert der intelligente Betrieb die Netzbelastung. Wenn nämlich Leistungsflüsse optimal gesteuert werden, können vorhandene Leitungen effizienter genutzt werden.

Im Vorhaben „Kombikraftwerk 2“ konnten die Projektpartner zeigen, dass erneuerbare Energien Systemdienstleistungen bereitstellen können. Dazu wurden Erneuerbare-Energien-Anlagen, Speicher und Reservekraftwerke in einem intelligenten System miteinander kombiniert, wobei die Reservekraftwerke mit Gas betrieben werden, das (ebenfalls aus erneuerbaren Energien stammt, indem es) z. B. mittels Elektrolyse aus erneuerbarem Strom erzeugt wurde. Die Berechnungen konnten nachweisen, dass eine solche Kombination jederzeit in der Lage ist, nicht nur den Stromverbrauch zu decken, sondern auch das System insgesamt stabil zu halten. Die Projekte der Forschungsinitiative zur Netzbetriebsführung entwickeln diese Erkenntnisse weiter.

So wollen die Projektpartner des Verbundvorhabens „Systemdienstleistungen aus Flächenverteilnetzen“ (SysDL 2.0) die systemtechnische Grundlage dafür schaffen, dass regenerative Anlagen, die in das Verteilnetz einspeisen, künftig auch Systemdienstleistungen bereitstellen können. Entscheidend ist hierbei die Koordination zwischen den dezentral einspeisenden Anlagen, dem Verteilnetz sowie den Anfor-



Abbildung 2: Heutige und zukünftige Systemdienstleistungen

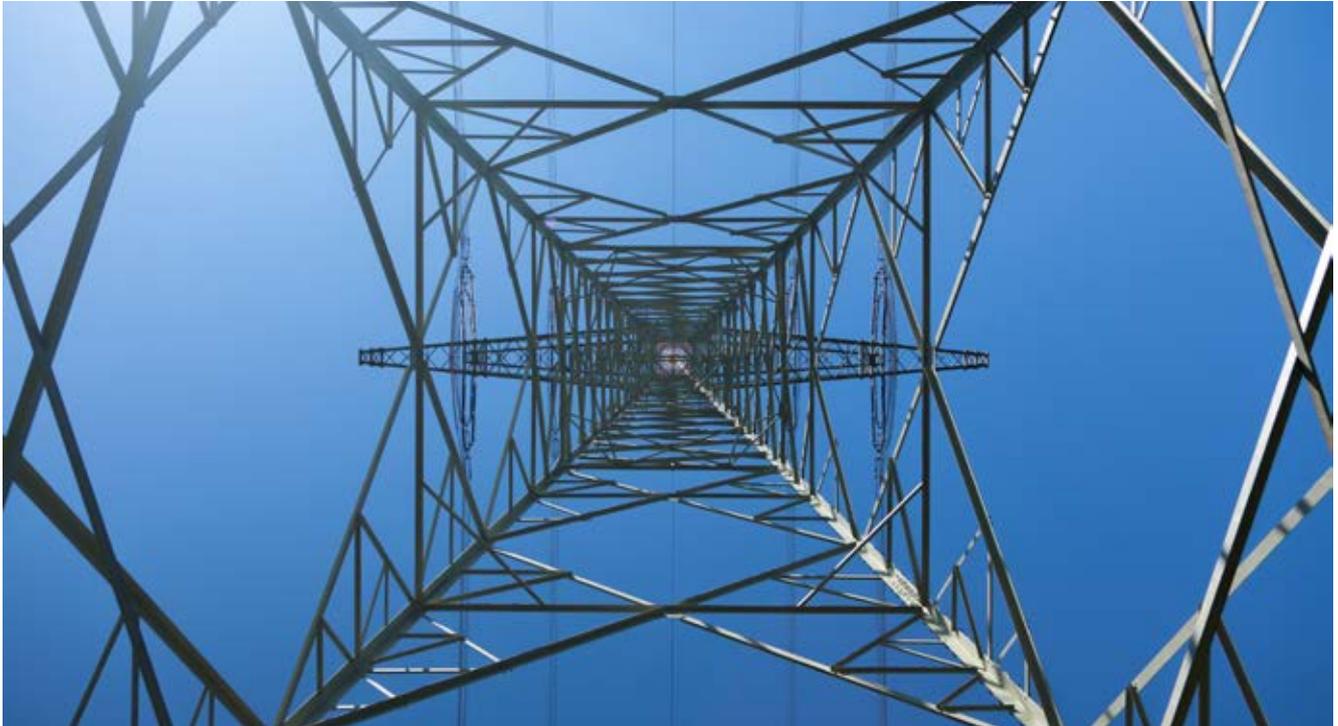


derungen des Übertragungsnetzbetreibers. Die Projektpartner simulieren in einer Echtzeit-Testumgebung, wie künftige Regelungen für Systemdienstleistungen aus dem Verteilnetz koordiniert und umgesetzt werden können. Auf Grundlage dieser Simulationen evaluieren sie ihr Systemkonzept anschließend in verschiedenen Netzgebieten. Die gewonnenen Erkenntnisse und entwickelten Technologien sollen sich unmittelbar auch auf andere Verteil- und Übertragungsnetzbetreiber übertragen lassen.

Im Projekt „Green Access“ will ein Konsortium alternative Lösungswege zum klassischen Netzausbau aufzeigen, die eine technisch und wirtschaftlich effiziente Netzinfrastruktur ermöglichen sollen. Ziel ist es, Komponenten und Steuerkonzepte im Stromnetz so weiterzuentwickeln, dass sie miteinander kommunizieren und sich als selbstlernende Systeme auf Veränderungen, wie den Anschluss neuer Stromerzeuger und -verbraucher, einstellen können. Dieses so genannte Plug & Automate-Prinzip soll die Verteilnetze dazu befähigen, sich automatisch und selbstständig auf zukünftige oder neue Last- und Einspeisesituationen, betrieblich bedingte Umschaltmaßnahmen sowie Änderungen in der Netztopologie einstellen zu können.

Neue Planungsverfahren für Netzausbau

Mit einer optimalen Planung lässt sich der Netzausbau so gering wie möglich gestalten. Die Forschungsprojekte im Bereich Netzplanung widmen sich der Frage, welche technischen Möglichkeiten die unterschiedlichen Maßnahmen und Technologien zur Netzentlastung bieten und wie sie zur nachhaltigen Verringerung des Netzausbaubedarfs beitragen können. Mit Simulationen zukünftiger Stromversorgungssysteme, die auch transeuropäische Aspekte berücksichtigen, soll der Netzausbau optimal geplant werden. Ziel des Projekts „Merit Order Netz-Ausbau 2030“ (MONA 2030) ist beispielsweise der systemübergreifende Vergleich netzoptimierender Maßnahmen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dabei wollen die Projektpartner Maßnahmen und Technologien zur Netzentlastung vergleichen, insbesondere im Hinblick auf die Einspeisung hoher Anteile erneuerbarer Energien in die Übertragungs- und Verteilnetze. In Anlehnung an die Merit Order bei der Einsatzreihenfolge von Kraftwerken sollen Handlungsempfehlungen für eine kostenoptimale, ganzheitliche Netzplanung erstellt werden.



Wettbewerbsfähiger Netzbetrieb mit Erneuerbaren

Der massive Zubau von Windenergie- und Photovoltaikanlagen stellt die Netze vor neue Herausforderungen. Um die Netzausbaukosten möglichst gering zu halten, sind neuartige Netzstrukturen und wettbewerbsfähige Lösungen für regenerative Erzeugungsanlagen gefragt. Im Projekt „Zukunftsfähige Netze für die Integration Regenerativer Energiesysteme“, kurz IREN2, untersucht ein Verbund aus Wissenschaft und Industrie Konzepte, mit denen die Integration von erneuerbaren Energien auf der Verteilnetzebene verbessert werden kann.

Zum einen wollen die Projektpartner inselnetzfähige Microgrids, ein Subsystem von Erzeugern und Verbrauchern, zur Abkopplung bestimmter Netzregionen entwickeln, die bei einem Fehlerfall in einer überlagerten Netzebene das Versorgungsgebiet weiterversorgen können. Zum anderen empfehlen sie das Konzept topologischer Kraftwerke. Topologische Kraftwerke sind Netzabschnitte, deren Erzeuger und Verbraucher gemeinsam wie ein konventionelles Kraftwerk gesteuert werden können. Als topologisches Kraftwerk kann ein solcher Netzabschnitt zur Systemstabilität beitragen und somit Aufgaben konventioneller Kraftwerke übernehmen.

Diese Netzstrukturen untersucht das Konsortium sowohl unter wirtschaftlichen als auch technischen Gesichtspunkten. Dabei wollen die Projektpartner die kostengünstigsten Ausbauvarianten verschiedener Netzstrukturen herausstellen sowie verschiedene Betriebsstrategien analysieren. Die technischen Analysen sollen Stabilitätsuntersuchungen und die Entwicklung von Schutzkonzepten mit einbeziehen.

Die Projektpartner erproben und validieren die Betriebsstrategien in Wildpoldsried im Netzgebiet der Allgäuer Überlandwerk GmbH. Hier ist die Erzeugung aus regenerativen Energien bereits heute fünfmal höher als der Eigenbedarf. Außerdem verfügt die Region aufgrund des Vorgängerprojekts IRENE (Integration Regenerativer Energiesysteme und Elektromobilität) bereits über ein intelligentes Netz mit entsprechender Messtechnik sowie einen stationären Batteriespeicher.

Das BMWi fördert IREN2 im Rahmen der Forschungsinitiative „Zukunftsfähige Stromnetze“ mit rund 3,1 Millionen Euro.

Neue Betriebsmittel und Komponenten

Der Um- und Ausbau der Stromnetze stellt neue Anforderungen an die benötigten Betriebsmittel und eine optimierte Netztechnik. Hier müssen neue Komponenten mit neuartigen oder optimierten Materialien sowie innovative, nachhaltige Infrastrukturlösungen entwickelt werden. Zu diesem Bereich der Übertragungs- und Verteilungstechniken gehört auch die Ausgestaltung intelligenter Netze, insbesondere unter Einbindung von Informations- und Kommunikationstechnik.



Das Vorhaben „Dezentrale Frequenzstabilisierung in Netzinfrastrukturen mit hohen Anteilen an erneuerbaren Energien“ entwickelt neue, ganzheitliche Verfahren, um die Netzfrequenz auch in kritischen Systemzuständen stabil zu halten. Die Forscher entwickeln Systemkomponenten und Regelungsalgorithmen, die bei Unterfrequenz einen gezielten Lastabwurf, also das Abschalten von Netzlast, ermöglichen und dabei die dezentrale Erzeugung von Energie berücksichtigen. In einem Feldtest wollen die Projektpartner die Wirksamkeit der entwickelten Lösungen überprüfen. Damit leistet das Vorhaben einen wichtigen Beitrag zu einer hohen Versorgungsqualität, zur verbesserten Zustandserkennung der Netze sowie neuer Konzepte zum Netzschutz und zur Netzsicherheit in einem Energiesystem mit hohem Anteil erneuerbarer Energien.

Das Webportal zur Forschungsinitiative „Zukunftsfähige Stromnetze“ bietet Ihnen unter <http://forschung-stromnetze.info/> einen spannenden Einblick in die Arbeit dieser und vieler weiterer Forschungsgruppen und liefert interessante Hintergrundinformationen.

Kontakt: Benjamin George
Referat Energieforschung, Projektförderung
Autor: Stephanie Epler
Projektträger Jülich

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Nur moderates Wachstum.

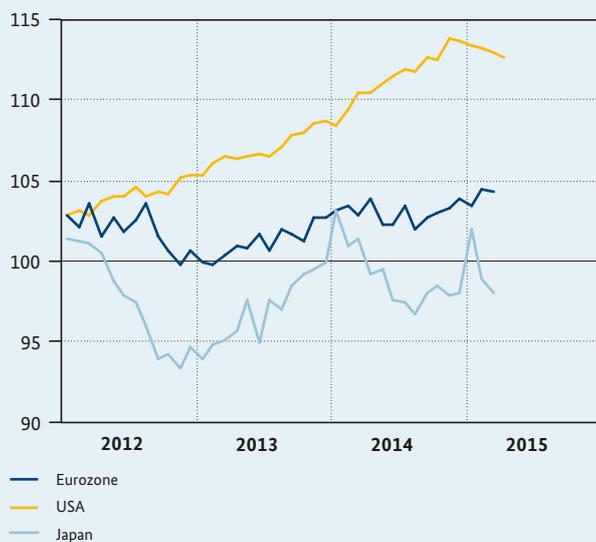
Die Weltwirtschaft expandiert mit moderatem Tempo.¹ Nach einem leicht beschleunigten Anstieg im zweiten Halbjahr 2014 bewegte sich die Industrieproduktion bis Februar seitwärts. Dies ist vor allem auf die Entwicklung in den Schwellenländern zurückzuführen. In China hält die Wachstumsabschwächung weiter an. Auch bleibt die wirtschaftliche Lage in Russland angesichts der geopolitischen Spannungen und des niedrigen Ölpreises weiter kritisch: Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet für 2015 mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um 3,8%. Die rückläufigen Ölpreise sind auch für die rohstoffexportierenden Länder Südamerikas eine deutliche Belastung.

Bei den Industriestaaten stützen sich die Wachstumserwartungen weiter auf die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich, auch wenn sich dort das Wachstum im ersten Quartal abgeschwächt hat. Die Erholung des Euro-raums setzt sich weiter fort und scheint zu Jahresbeginn sogar leicht an Dynamik gewonnen zu haben. Der IWF erwartet in seinem World Economic Outlook vom April ein Wachstum der globalen Wirtschaft von +3,5% im Jahr 2015 und +3,8% im Jahr 2016. Dabei wurde die Prognose für das kommende Jahr gegenüber Januar leicht angehoben.

USA: Witterung reduziert Wachstum.

Der konjunkturelle Aufschwung in den USA hat sich leicht abgeschwächt. Im ersten Quartal 2015 nahm das Bruttoinlandsprodukt nach einer ersten Schätzung annualisiert lediglich um 0,2% zu. Im Vorquartal war die amerikanische Wirtschaft annualisiert noch um 2,2% gewachsen. Zur Wachstumsabschwächung trug wesentlich die außergewöhnlich kalte Witterung im ersten Quartal bei. Zusätzlich dämpfend wirkte der Rückgang der Exporte. Diese wurden unter anderem durch einen starken US-Dollar beeinträchtigt. Auch die Investitionen waren rückläufig. Positive Impulse gingen hingegen von den privaten Konsumausgaben aus. Der private Konsum wird durch eine leicht gebremste, aber immer noch deutlich positive Entwicklung des Arbeitsmarktes gestützt. Die Zahl der neu geschaffenen Stellen außerhalb der Landwirtschaft erhöhte sich im April weiter um saisonbereinigt 223.000 Personen. Das Verbrauchervertrauen nahm im gleichen Monat leicht ab, ist aber weiterhin aufwärtsgerichtet. Die Industrieproduktion verringerte sich im April bereits den fünften Monat in Folge und ging, wie auch schon im Vormonat, um 0,3% zurück. Die Markt Einkaufsmanagerindizes für die Industrie und die Dienstleistungen sind im April zwar leicht gesunken, liegen aber noch deutlich über der Wachstumsschwelle. Die Stimmungsindikatoren deuten demnach auf eine abge-

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2014 Q1	2014 Q2	2014 Q3	2014 Q4	2015 Q1
Euroraum	0,3	0,1	0,2	0,3	0,4
USA	-0,5	1,1	1,2	0,5	0,1
Japan	1,3	-1,6	-0,7	0,4	-

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Euroraum	11,4	11,3	11,3	11,3	-
USA	5,6	5,7	5,5	5,5	5,4
Japan	3,4	3,6	3,5	3,4	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Euroraum	-0,2	-0,6	-0,3	-0,1	0,0
USA	0,8	-0,1	0,0	-0,1	-
Japan	2,4	2,4	2,2	2,3	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Mai 2015 vorlagen.

schwächte Fortsetzung des Wachstums hin. Der IWF prognostiziert für die Jahre 2015 und 2016 ein BIP-Wachstum von jeweils 3,1%. Dies ist etwas weniger, als er noch Anfang des Jahres erwartet hatte. Dennoch bleibt die US-Wirtschaft der Wachstumstreiber unter den Industriestaaten.

Der IWF korrigierte seine Projektion vom Januar für das aktuelle und nächste Jahr um jeweils 0,4 Prozentpunkte nach oben und rechnet laut der aktuellen Projektion vom April für die Jahre 2015 bzw. 2016 mit einem BIP-Wachstum von 1,0% bzw. 1,2%.

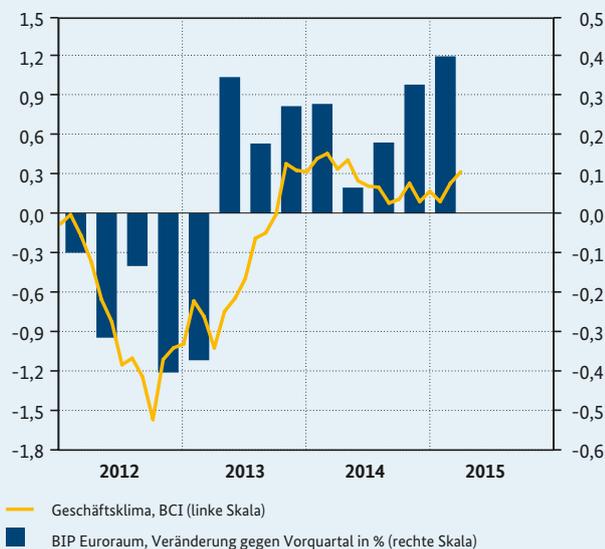
Japan: Lediglich moderate Expansion.

Im Gesamtjahr 2014 stagnierte die japanische Wirtschaft. Nach einer deutlichen Abschwächung im Sommerhalbjahr durch die Anhebung der Verbrauchsteuer im April 2014 war im Jahresschlussquartal eine leichte Erholung zu verzeichnen. Das Bruttoinlandsprodukt nahm um 0,4% gegenüber dem Vorquartal zu. Der schwache Yen, der vor allem Folge der expansiven Politik der Zentralbank ist, hatte über steigende Exporte einen positiven Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung. Im ersten Quartal sind die Exporte gegenüber dem Vorquartal leicht gestiegen. Auch die Industrieproduktion expandierte im ersten Quartal 2015 – trotz leichter Rückgänge im Februar und März – um 1,7%. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich fort, seine Dynamik schwächte sich im März jedoch weiter ab. Die Unternehmen erwarten laut TANKAN-Bericht der Zentralbank für das zweite Quartal 2015 eine beschleunigte Erholung der industriellen Dynamik. Darauf deuten auch der Markit Einkaufsmanagerindex und der Economy Watchers Survey hin.

Euroraum: Leichte konjunkturelle Belebung.

Im Euroraum setzt sich die leichte wirtschaftliche Belebung weiter fort. Im ersten Quartal 2015 nahm das BIP um 0,4% zu, nach +0,3% im vierten und +0,2% im dritten Quartal des vergangenen Jahres. Die konjunkturelle Lage stellte sich in den einzelnen Ländern jedoch unterschiedlich dar. Von den großen Mitgliedstaaten nahm das BIP in Spanien mit +0,9% außergewöhnlich stark zu. Bereits in den Vorquartalen war die spanische Wirtschaft sehr kräftig gewachsen. Auch Frankreich konnte mit +0,6% ein starkes Wachstum verzeichnen. Die Wirtschaftsleistung in Italien nahm erstmals seit fünf Quartalen mit +0,3% wieder zu. Von den südeuropäischen Mitgliedstaaten verzeichneten noch Portugal (+0,4%) und Zypern (+1,6%) solide Wachstumsraten. In Griechenland hingegen war das BIP um -0,2% rückläufig. In den nordöstlichen Mitgliedstaaten Finnland (-0,1%), Litauen (-0,6%) und Estland (-0,3%) ging das BIP ebenfalls zurück. Die Konjunkturindikatoren für den Euroraum zeichnen wieder ein etwas freundlicheres Bild. Die Industrieproduktion ist im März um 0,3% gefallen, ihr langfristiger Trend blieb jedoch nach dem Tiefpunkt im August 2014 aufwärtsgerichtet. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote verharrte im März bei 11,3%. Der Business Climate Indicator für das Eurogebiet hellte sich im April weiter auf. Insgesamt dürfte die Erholung im Euroraum im Verlauf des Jahres allmählich voranschreiten. Vor allem die niedrigen Ölpreise und der schwache Eurokurs dürften einen positiven Effekt auf die konjunkturelle Entwicklung haben. Der IWF erwartet für 2015 ein BIP-Wachstum im Eurogebiet von 1,5%. Für 2016 wird mit einer leichten Beschleunigung auf 1,6% gerechnet. Damit korrigierte der IWF seine Projektion vom Januar spürbar nach oben.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima
(saisonbereinigt)



Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Aufschwung setzt sich in moderatem Tempo fort.

Die deutsche Wirtschaft setzte im ersten Vierteljahr ihren Aufschwung fort.² Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg nach der jüngsten Meldung des Statistischen Bundesamtes im ersten Vierteljahr 2015 mit +0,3% spürbar.³ Bereits im Schlussquartal 2014 hatte sich die gesamtwirtschaftliche Leistung mit +0,7% kräftig erhöht. Getragen wurde die Entwicklung im ersten Quartal vor allem durch die inländische Nachfrage. Insbesondere die privaten Konsumausgaben erwiesen sich einmal mehr als Wachstumsträger. Das Fundament hierfür bildete die robuste Entwicklung am Arbeitsmarkt und die positive reale Einkommensentwicklung. Die Kaufkraft der Verbraucher wurde durch den sehr moderaten Preisniveaustieg auch infolge rückläufiger Rohölpreise gestützt. Angesichts sinkender Importpreise und damit kräftig steigender Importvolumina ging im ersten Vierteljahr vom Außenhandel ein merklich dämpfender Wachstumsimpuls aus. Die Investitionskonjunktur hat dagegen etwas an Fahrt gewonnen.⁴



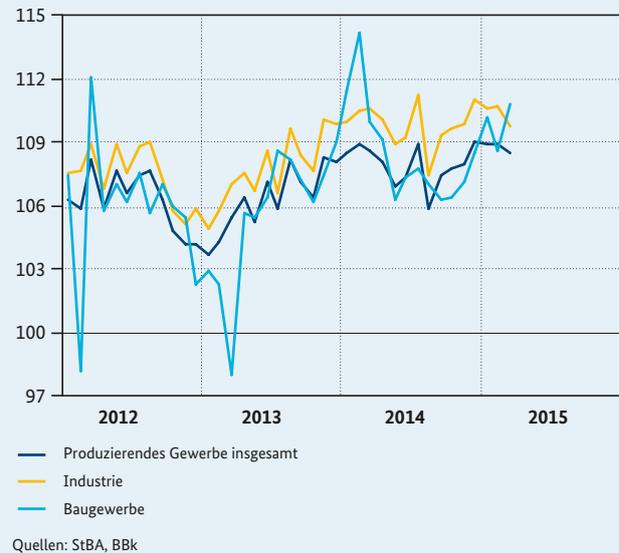
2. Produzierendes Gewerbe

Industriekonjunktur entwickelt sich im ersten Quartal verhalten.

Gute Rahmenbedingungen sorgen für ansteigende Dynamik im Bausektor.

Die Dynamik im Produzierenden Gewerbe hat sich im Verlauf des ersten Quartals deutlich abgeschwächt. Im März war die Erzeugung sogar leicht rückläufig (-0,5%). Trotz des verhaltenen Starts in das neue Jahr fiel das Quartalsergebnis mit +0,5% positiv aus. Für die kommenden Monate ist eine weiterhin aufwärtsgerichtete, jedoch gedämpfte Entwicklung zu erwarten. Dies signalisieren auch die Stimmungsindikatoren, die sich zuletzt auf einem hohen Niveau leicht eintrübten.

Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



- 2 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Mai 2015 vorlagen.
- 3 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.
- 4 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 13. Mai 2015 zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 2015. Ausführliche Ergebnisse wurden am 22. Mai und damit nach dem Redaktionsschluss veröffentlicht.

Das schwache Ergebnis der Produktion im März geht vor allem auf die geringe Industrieproduktion zurück. Die Erzeugung im Industriesektor sank im Vergleich zum Vormonat um 0,8%. Zwar lag das Quartalsergebnis mit +0,2% noch leicht über dem starken Ergebnis des Jahresschlussquartals 2014, im Quartalsverlauf war die Entwicklung jedoch rückläufig.

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

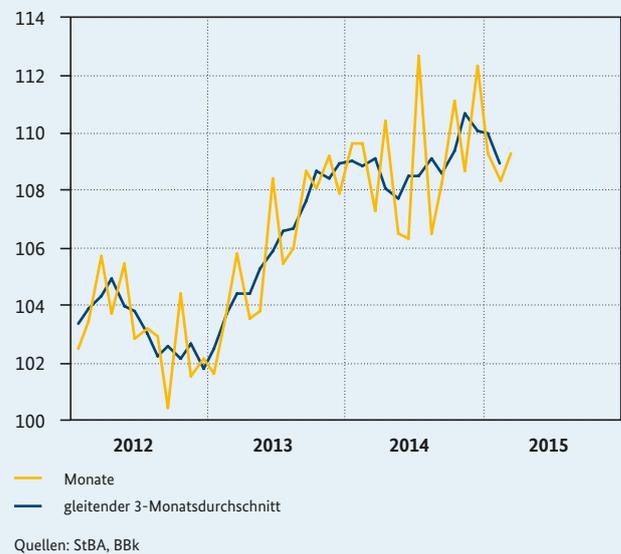
	Q4	Q1	Jan.	Feb.	März
Produktion					
Insgesamt	0,7	0,2	-0,5	0,1	-0,8
Vorleistungsgüter	0,7	0,8	-0,2	0,1	-0,8
Investitionsgüter	0,9	-0,2	-0,5	0,3	-1,4
Konsumgüter	0,7	-0,4	-1,2	-0,3	0,7
Umsätze					
Insgesamt	1,6	0,6	1,0	-0,8	-1,2
Inland	0,6	0,8	0,8	-1,3	-0,3
Ausland	2,5	0,4	1,2	-0,4	-2,0
Auftragseingänge					
Insgesamt	1,5	-1,5	-2,7	-0,9	0,9
Inland	2,1	1,0	-1,6	0,1	4,3
Ausland	1,0	-3,4	-3,4	-1,7	-1,6
Vorleistungsgüter	1,7	-1,6	-2,5	-0,8	0,9
Investitionsgüter	1,2	-1,7	-3,0	-1,4	1,3
Konsumgüter	0,9	0,3	0,3	2,5	-2,2

Quellen: StBA, BBk

Insbesondere die Investitionsgüterindustrie schnitt im März schlecht ab. Die Produktion wurde um 1,4% reduziert. Auch der Bereich der Vorleistungsgüter musste einen Rückgang der Erzeugung um 0,8% verzeichnen. Die Produktion von Konsumgütern wurde um 0,7% ausgeweitet.

Nach dem Rückgang im Februar (-0,8%) fielen die Industrieumsätze im März erneut um 1,2%. Vor allem die Auslandsumsätze gingen merklich zurück (-2,0%), aber auch im Inland schwächte sich der Umsatz ab (-0,3%). Im Quartalsvergleich konnte dagegen eine leichte Steigerung der Industrieumsätze verzeichnet werden (+0,6%). Dieser Anstieg resultierte aus einer Verbesserung sowohl des Inlands- (+0,8%) als auch des Auslandsgeschäfts (+0,4%). Positive Impulse kamen insbesondere aus dem sich langsam erholenden Euroraum (+1,5%).

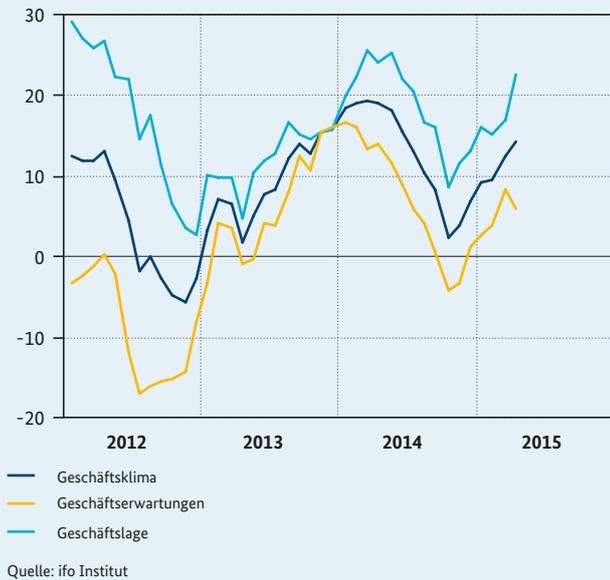
Auftragseingang in der Industrie (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Nach einem starken zweiten Halbjahr 2014 ist die Bestelltätigkeit zunächst verhalten ins neue Jahr gestartet. Im März stiegen die Auftragseingänge erstmals wieder um 0,9% an. Die Nachfrage im Bereich der Investitions- und Vorleistungsgüter nahm zu, wogegen die Konsumgüterproduzenten nach dem starken Anstieg im Vormonat einen deutlichen Rückgang zu verzeichnen hatten. Im Quartalsvergleich ist die Bestelltätigkeit in der Industrie um 1,5% gesunken. Die Inlandsbestellungen nahmen tendenziell zu (+1,0%). Dagegen fielen die Aufträge aus dem Ausland besonders schwach aus (-3,4%). Eine auffällig stark rückläufige Entwicklung ist bei den Auftragseingängen der Kfz-Branche aus dem Nicht-Euroraum zu beobachten. Diese könnte unter anderem auch mit dem Einbruch der Wirtschaftstätigkeit in Russland in Verbindung stehen.

Die Stimmungsindikatoren der Industrie senden demgegenüber unverändert positive Signale. Das ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe stieg im April den sechsten Monat in Folge. Die Beurteilung der aktuellen Lage fiel dabei deutlich optimistischer aus als im Vormonat. Die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate gingen etwas zurück. Diese Einschätzung steht im Einklang mit den ZEW-Konjunkturerwartungen sowie dem Einkaufsmanagerindex, die sich zuletzt auf hohem Niveau leicht abschwächten.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe (saisonbereinigt, Salden)



Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q4	Q1	Jan.	Feb.	März
Insgesamt	0,3	2,3	1,6	-1,5	2,1
Bauhauptgewerbe	1,4	1,9	1,1	-2,6	4,5
Ausbaugewerbe	-0,9	2,8	2,1	-0,2	-0,5

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q3	Q4	Dez.	Jan.	Feb.
Insgesamt	-2,4	-0,1	1,0	9,8	-1,6
Hochbau	-0,8	3,8	4,1	0,1	2,0
Wohnungsbau*	-9,0	15,4	11,6	-1,3	0,3
Gewerblicher*	7,3	-2,9	-1,5	0,5	-2,2
Öffentlicher*	-5,8	-2,3	3,1	3,2	24,6
Tiefbau	-4,2	-4,4	-2,5	22,0	-5,5
Straßenbau*	-5,5	-3,1	-2,2	5,6	31,8
Gewerblicher*	-4,1	-2,5	2,8	19,0	-14,5
Öffentlicher*	-2,6	-8,4	-9,7	50,3	-32,3
Öffentlicher Bau insg.	-4,4	-4,9	-4,0	20,0	3,9

Quellen: StBA, BBK

* Angaben in jeweiligen Preisen

Die Produktion im Baugewerbe nahm im März um 2,1% gegenüber dem Vormonat zu. Zudem wurde das Februarergebnis deutlich auf -1,5% aufwärts revidiert. Insbesondere im Bauhauptgewerbe wurde die Produktion im März deutlich ausgeweitet (+4,5%). Im Ausbaugewerbe schrumpfte die Erzeugung leicht. Insgesamt konnte im ersten Quartal ein kräftiger Anstieg der Bauproduktion um 2,3% erreicht werden. Dabei konnten alle Teilbereiche des Bausektors positive Ergebnisse verzeichnen.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gingen im Februar leicht um 1,6% zurück. Hierfür waren vor allem Rückpralleffekte im gewerblichen und öffentlichen Tiefbau verantwortlich. Insbesondere die Zahl der öffentlichen Aufträge im Tiefbau reduzierte sich nach dem ungewöhnlich hohen Bestellvolumen im Januar deutlich. Positive Impulse kamen vom Straßenbau. Im Hochbau weiteten die öffentlichen Auftraggeber ihre Nachfrage spürbar aus. Im Zweimonatsvergleich stieg der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe um 9,4% an.

Nach der Eintrübung der letzten Monate hat sich die Stimmung in der Baubranche im April wieder deutlich aufgehellt. Auch im historischen Vergleich bewegt sich der ifo Geschäftsklimaindex auf einem hohen Niveau. Das niedrige Zinsniveau und die guten Einkommensperspektiven der privaten Haushalte bieten äußerst günstige Rahmenbedingungen für den Bau. Hinzu kommen die zunehmende Investitionsfähigkeit der öffentlichen Haushalte sowie die allgemeine konjunkturelle Erholung, die für eine anhaltende Belebung im laufenden Jahr sprechen.

3. Privater Konsum

Private Konsumausgaben tragen kräftig zum Aufschwung bei.

Umsatzentwicklung im Einzelhandel setzt Aufwärtstrend fort.

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt führt zu einem kräftigen Anstieg bei den verfügbaren Einkommen. Gleichzeitig sorgen die niedrigen Energiepreise weiterhin für eine sehr moderate Preisentwicklung. Zudem sind die Sparanreize angesichts der niedrigen Zinsen gering. Der private Konsum nimmt in diesem Umfeld deutlich zu und leistet aktuell einen maßgeblichen Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum.

Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) fielen allerdings im März 1,4% geringer aus als im Vormonat. Der Anstieg im gesamten ersten Quartal war dadurch mit 1,1% etwas niedriger als im Vorquartal. In der Tendenz blieb die Umsatzentwicklung aber deutlich aufwärtsgerichtet, insbesondere im Versand- und Internethandel. Die Umsätze im Kfz-Handel, die private und gewerbliche Verkäufe umfassen, legten im Januar und Februar kräftig zu. Im Dreimonatsvergleich (Stand: Februar) ergab sich ein Zuwachs von 3,9%.

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel hat nach dreimaliger Verbesserung im April leicht nachgegeben. Es notiert weiter deutlich über seinem langjährigen Durchschnitt. Das von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ermittelte Konsumklima stieg im April bereits den sechsten Monat in Folge. Es bewegt sich auf sehr hohem Niveau. Während die Einkommenserwartungen abermals zulegten, gaben die Konjunkturerwartungen und die Anschaffungsneigung leicht nach. Der GfK-Ausblick für Mai blieb positiv.

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



4. Außenwirtschaft

Im ersten Quartal stiegen die Importe preisbereinigt deutlich kräftiger als die Exporte und dämpften damit das Wirtschaftswachstum.

Die Exporterwartungen der Unternehmen sind weiter aufwärtsgerichtet.

Die deutschen Ausfuhren legten im neuen Jahr einen verhaltenen Start hin. Saisonbereinigt erhöhten sich die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Preisen im März zwar deutlich um 2,1%, im gesamten ersten Quartal stiegen sie dagegen trotz der Abwertung des Euro nur um 0,6% über das Vorquartalsniveau. Da die Ausführpreise im gleichen Zeitraum etwas zulegten, dürften die Ausfuhren in realer Rechnung im ersten Quartal allenfalls geringfügig gegenüber dem Niveau des Schlussquartals 2014 gestiegen sein. Binnen Jahresfrist fiel der Handel mit Ländern außerhalb der Eurozone im Januar und Februar etwas dynamischer aus als der mit Ländern der Eurozone. Stärkere Handelseinbußen waren insbesondere bei den Ausfuhren nach Russland zu verzeichnen (-33%).

Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Preisen erhöhten sich im März um 2,5% und damit kräftiger als die Ausfuhren. Im gesamten ersten Quartal war ihr

Wachstum mit +0,2% moderat. Da die Einfuhrpreise von Quartal zu Quartal aufgrund des Verfalls der Ölpreise stark zurückgingen, dürfte der Anstieg des Einfuhrvolumens im ersten Quartal dennoch recht kräftig ausgefallen sein.

Im Ergebnis hat der Außenhandel das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal rechnerisch spürbar gedämpft.

In jeweiligen Preisen und saisonbereinigt erhöhte sich der Überschuss beim Handel mit Waren und Dienstleistungen im ersten Quartal um 1,4 Mrd. Euro geringfügig auf knapp 52 Mrd. Euro. Die Leistungsbilanz, die zusätzlich die Salden der Primär- und Sekundäreinkommen enthält, schloss im ersten Quartal mit einem saisonbereinigten Überschuss in jeweiligen Preisen von 64,4 Mrd. Euro; eine deutliche Zunahme von 4,0 Mrd. Euro im Vergleich zum Vorquartal.

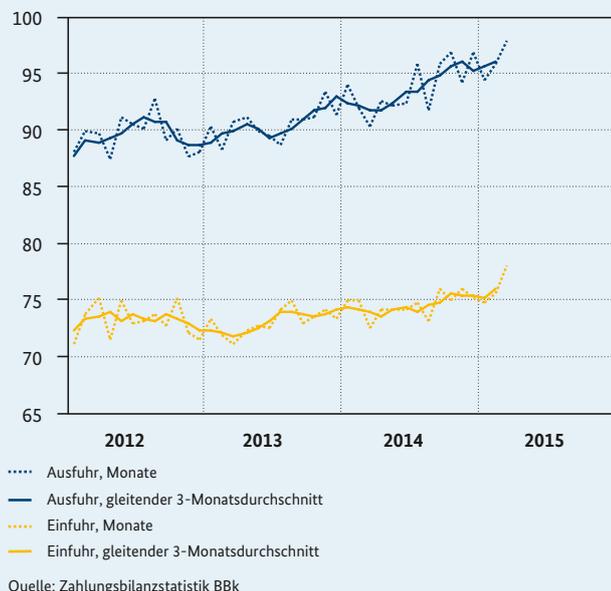
Außenhandel*

	Q4	Q1	Jan.	Feb.	März
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	1,5	0,6	-1,7	1,1	2,1
Einfuhr	1,5	0,2	-0,9	0,9	2,5
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	5,3	5,4	-0,6	3,9	12,4
Eurozone	3,6	3,0	-2,2	2,2	9,1
EU Nicht-Eurozone	10,3	7,2	2,2	5,3	13,7
Drittländer	4,4	6,6	-0,5	4,7	14,7
Einfuhr	2,2	1,8	-2,2	0,3	7,1
Eurozone	1,8	0,6	-3,8	0,3	4,9
EU Nicht-Eurozone	4,2	1,9	0,0	-0,1	5,4
Drittländer	1,4	3,4	-1,5	0,6	11,1

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Warenhandel
(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



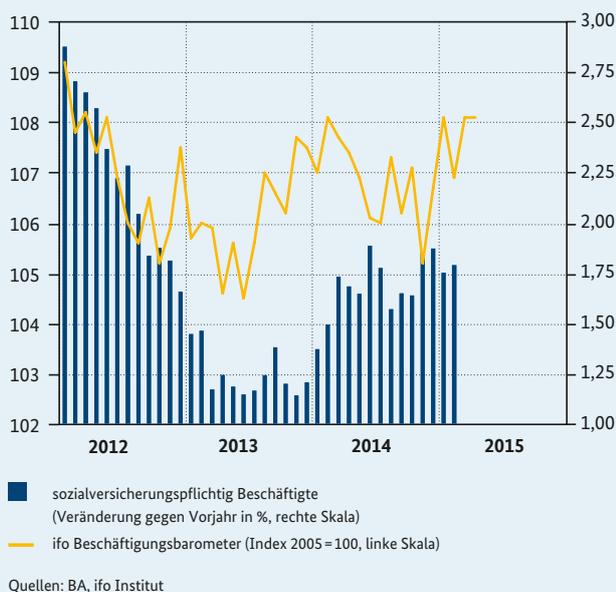
Die Perspektiven für den deutschen Außenhandel bleiben verhalten positiv. Es ist weiterhin von einem leicht beschleunigten Wachstum der Weltwirtschaft auszugehen. Gleichzeitig hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber den 56 wichtigsten Handelspartnern binnen Jahresfrist um rund 8% verbessert. Die Exporterwartungen der Unternehmen blieben aufwärtsgerichtet. Allerdings hatte die Industrie im ersten Quartal ein deutliches Auftragsminus aus dem Ausland zu verbuchen (-3,4%). Die Auslandsumsätze der Industrie verblieben im ersten Quartal jedoch leicht im Plus (+0,4%).

5. Arbeitsmarkt

Die Belegung am Arbeitsmarkt hält an. Die Beschäftigung expandiert saisonbereinigt mit etwas verminderter Dynamik.

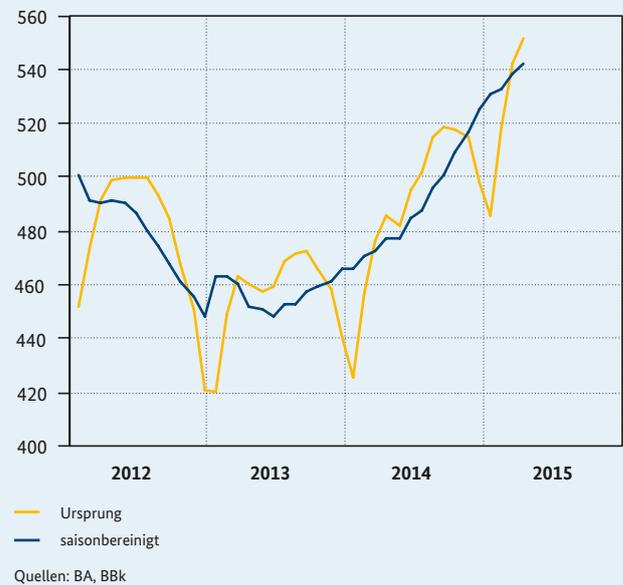
Die konjunkturelle Belegung seit dem vierten Quartal 2014 gab dem Arbeitsmarkt Impulse. Saisonbereinigt nahm die Beschäftigung weiter zu. Ihre Dynamik schwächte sich allerdings ab. Die Arbeitslosigkeit ging im April weiter leicht zurück. Die Indikatoren deuten für die nächsten Monate eine Fortsetzung der positiven Tendenzen am Arbeitsmarkt an.

ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Die Frühindikatoren haben sich im April unterschiedlich entwickelt, fallen aber insgesamt positiv aus. Das ifo Beschäftigungsbarometer verharrte auf dem Stand von März bei saisonbereinigt 108,1 Indexpunkten und bewegt sich deutlich über seinem langfristigen Durchschnitt. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) schwächte sich etwas ab und liegt nur leicht oberhalb seines neutralen Werts (100,3 Punkte). Die Arbeitsagenturen rechnen somit weiterhin mit einem leichten Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten. Der BA-X Stellenindex erhöhte sich leicht (+2) auf 186 Punkte.

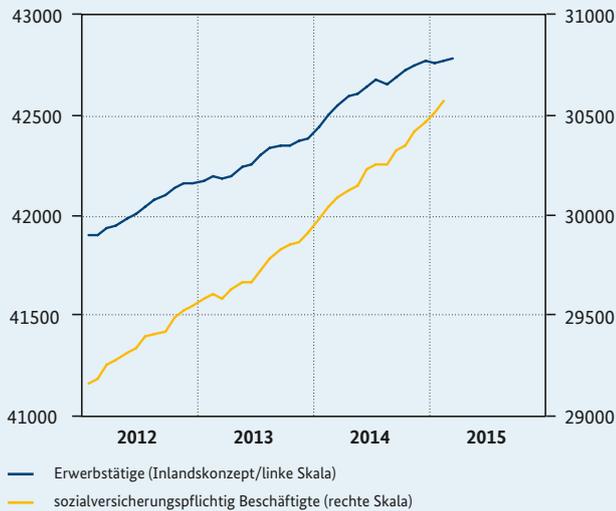
Gemeldete Arbeitsstellen (in 1000)



Die Zahl der offenen Stellen entwickelt sich weiter positiv. Der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen im ersten Arbeitsmarkt erhöhte sich im April saisonbereinigt um weitere 5.000. Nicht saisonbereinigt war der Bestand auf den Höchstwert von 552.000 Stellen gestiegen, 66.000 mehr als vor einem Jahr. Ein Teil des Zuwachses ist allerdings auch auf normale Fluktuation bei knapperem Kräfteangebot und die zunehmende Bedeutung flexibler Beschäftigungsformen zurückzuführen.

Die Erwerbstätigkeit im Inland stieg im März nach den Wintermonaten wieder auf knapp 42,5 Mio. Personen an. Saisonbereinigt setzte sich der Aufwärtstrend im ersten Quartal 2015 aber mit verminderter Dynamik fort. Der Zuwachs betrug im März 10.000 und im gesamten ersten Quartal 21.000 Personen, nach einem Anstieg um 74.000 im Vorquartal. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 235.000 Personen (Ursprungszahl). Dabei wurden mit der März-Meldung insbesondere die Angaben für Januar und Februar 2015 gegenüber der Erstveröffentlichung deutlich abwärts revidiert (Februar: um -112.000 Erwerbstätige). Hierbei dürfte vor allem der Rückgang der Minijobs um schätzungsweise 120.000 (kumuliert im Januar und Februar) eine Rolle gespielt haben, der im Zusammenhang mit der Einführung des Mindestlohns steht. Ein Teil dieser Stellen wurde offensichtlich in sozialversicherungspflichtige Stellen umgewandelt.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (in 1000, saisonbereinigt)



Quellen: BA, StBA, BBk

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q4	Q1	Feb.	März	April
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,738	2,993	3,017	2,932	2,843
gg. Vorjahr in 1.000	-89	-116	-121	-123	-100
gg. Vorperiode in 1.000*	-37	-48	-19	-14	-8
Arbeitslosenquote	6,3	6,9	6,9	6,8	6,5

Erwerbstätige (Inland)

	Q4	Q1	Jan.	Feb.	März
in Mio.	43,0	42,4	42,4	42,4	42,5
gg. Vorjahr in 1.000	383	275	319	270	235
gg. Vorperiode in 1.000*	74	21	-14	7	10

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q3	Q4	Dez.	Jan.	Feb.
in Mio.	30,4	30,6	30,4	30,3	30,3
gg. Vorjahr in 1.000	245	244	560	521	533
gg. Vorperiode in 1.000*	108	137	50	39	64

Quellen: BA, StBA, BBk

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

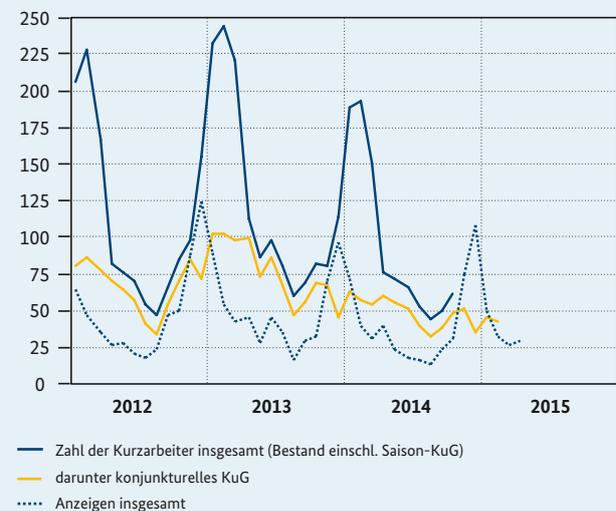
Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhöhte sich im Februar – neuere Daten liegen nicht vor – saisonbereinigt kräftig um 65.000 nach einem Plus von 38.000 Personen im Januar. Insgesamt gingen damit 30,32 Mio. Personen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach (Ursprungszahl), 533.000 mehr als vor einem Jahr. Die Daten am aktuellen Rand könnten, da hochgerechnet, überzeichnet sein.

Der weit überwiegende Teil der Branchen hatte auf Jahresfrist Zuwächse an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu verzeichnen. Den absolut stärksten Anstieg gegenüber dem Vorjahr verbuchten im Februar die qualifizierten Unternehmensdienstleistungen (+100.000). Die Beschäftigung im Bereich Pflege und Soziales stieg um 65.000.

Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit spielt nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle.

Kurzarbeit und Anzeigen

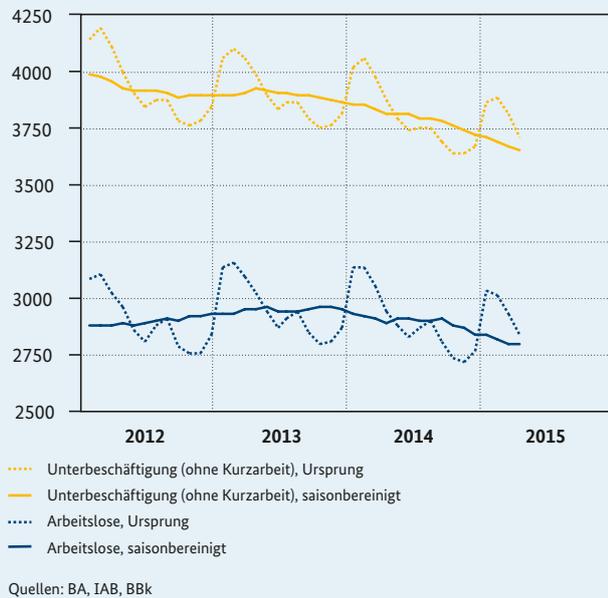
(in 1000)



Quelle: BA

Gestützt durch die gute Konjunktur ist die registrierte Arbeitslosigkeit im April saisonbereinigt weiter um 8.000 Personen gesunken. Nach Ursprungszahlen ging sie um 89.000 auf 2,843 Mio. Personen zurück, den niedrigsten April-Wert seit 1991. Der Vorjahresstand wurde um 100.000 Personen unterschritten. Die Arbeitslosenquote sank auf 6,5% und liegt um 0,3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresstand. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen betrug im April 1,05 Mio. Personen, 36.000 weniger als vor einem Jahr.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (in 1000)



Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote betrug im März wie im Vormonat 4,7%. Unter den Industrieländern hat Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten.

Internationale Erwerbslosenquoten (ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: März 2015)



Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, lag im April bei 3,71 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr ging die Unterbeschäftigung um 167.000 Personen zurück. Gegenüber dem Vormonat nahm sie saisonbereinigt um 19.000 ab und setzte damit die positive Entwicklung der Vormonate fort. In Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik waren im April 830.000 Personen eingebunden, 1,6% weniger als vor einem Jahr.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sinken in der Tendenz weiterhin nicht in dem Maße, wie die Beschäftigung zunimmt. Hierzu trägt bei, dass die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung auf das Erwerbspersonenpotenzial gegenwärtig vor allem durch Zuwanderung und eine gestiegene Erwerbsneigung überkompensiert werden. Das IAB geht in seiner Prognose vom März 2015 von einem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials im Jahr 2015 um 95.000 auf 45,8 Mio. Personen aus. Darüber hinaus werden mit dem fortgeschrittenen Abbau von Arbeitslosigkeit und stiller Reserve die Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt schwieriger. Die Profile der Arbeitslosen entsprechen oft nicht den Anforderungen der Unternehmen. Der Abbau von Arbeitslosigkeit erfolgt dadurch schleppender.

6. Preise

Die Rohölpreise bewegen sich wieder leicht aufwärts.

Insgesamt bleibt der Preisauftrieb verhalten.

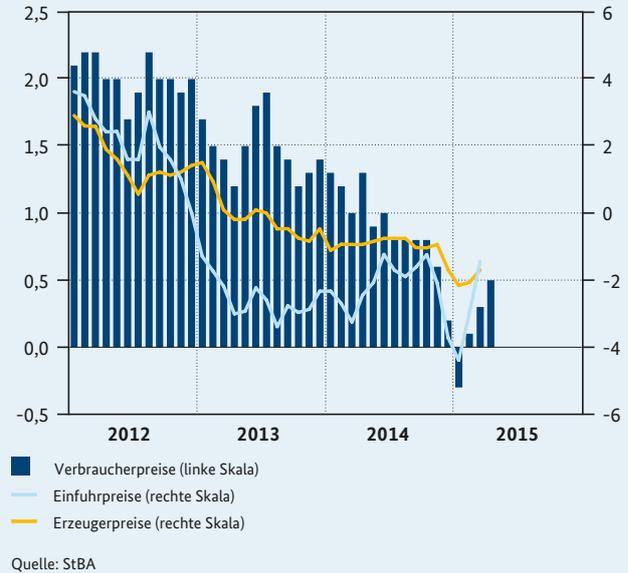
Die Preisentwicklung verläuft insgesamt in ruhigen Bahnen. Die Inflationsrate hat sich im April weiter auf 0,5% erhöht. Die Bundesregierung erwartet im Jahresdurchschnitt eine sehr moderate Entwicklung der Verbraucherpreise von 0,5% in diesem Jahr und mit 1,4% einen etwas beschleunigten Preisauftrieb im kommenden Jahr.

Die Ölpreise haben sich zuletzt etwas erholt. Der Rohölpreis der Sorte Brent näherte sich zwischenzeitlich der 70 US-Dollar-Marke je Barrel an und lag Mitte Mai bei rund 65 US-Dollar je Barrel. Der unverändert hohe Lagerbestand und die zuletzt noch ausgeweitete Ölproduktion der OPEC-Länder, die nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) den Bedarf um 2 Mio. Barrel pro Tag übertraf, deuten darauf hin, dass der jüngste Anstieg der Ölpreise teilweise erwartungsgetrieben sein könnte.

Rohölpreis der Sorte Brent
(je Barrel)



Preisentwicklung
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Nach Einschätzung der IEA wird die Rohölnachfrage auf dem Weltmarkt in diesem Jahr steigen. Sie erwartet eine Zunahme der Nachfrage um 1,1 Mio. Barrel pro Tag auf durchschnittlich 93,6 Mio. Barrel pro Tag.

Die Entwicklung der Einfuhrpreise ist wieder aufwärtsgerichtet. Im Vergleich zum Vormonat verteuerten sich die Einfuhren im März um 1,0%. Im Vorjahresvergleich ist die Entwicklung aber weiterhin stark vom Rückgang der Einfuhrpreise für Energie geprägt. Der negative Vorjahresabstand hat sich dabei jedoch erneut deutlich verringert und lag im März bei -1,4%. Die Preise für Energieimporte verbilligten sich im Vergleich zum Vorjahr um 25,4%. Ohne die Berücksichtigung der Energiepreise haben sich die Einfuhrpreise dagegen gegenüber dem Vorjahr spürbar um 3,0% erhöht.

Auch die Ausführpreise entwickelten in sich wieder dynamischer. Die Preise für Exportprodukte erhöhten sich im März gegenüber dem Vorjahr beschleunigt um 1,4%. Gegenüber Februar betrug der Anstieg 0,6%. Investitionsgüter verteuerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,0%, Konsumgüter um 1,1%. Insbesondere die Produzenten von Kraftwagen und Kfz-Teilen konnten seit Jahresbeginn höhere Preise erzielen. Das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis (Terms of Trade) verbesserte sich aufgrund der etwas stärker anziehenden Importpreise nicht weiter, lag im März aber noch deutlich höher als im Vorjahr (+2,9%).

Die Preise auf der Erzeugerstufe haben sich im März gegenüber dem Vormonat nur marginal erhöht (+0,1%). Der Preisauftrieb durch Mineralölerzeugnisse und andere Waren wurde durch einen kräftigen Rückgang der Preise für Strom im März ausgeglichen. Der aufgrund gesunkener Energiepreise negative Vorjahresabstand verkleinerte sich und lag im März bei -1,7%.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	März	April	März	April
Insgesamt	0,5	0,0	0,3	0,5
Nahrungsmittel	-0,1	0,9	-0,1	1,1
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-0,8	-2,4	-0,1	0,1
Pauschalreisen	-3,0	-10,2	-2,3	-2,2
Energie	1,4	0,5	-5,7	-5,9
Haushaltsenergie	0,0	-0,3	-4,2	-4,7
Strom	-0,2	-0,2	-0,2	-0,7
Kraftstoffe	4,2	2,3	-8,8	-8,1
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,2	0,3	-	-

Quellen: StBA, BBk

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im April weiter erhöht. Die jährliche Teuerungsrate stieg auf 0,5%. Der Preisauftrieb wird weiterhin durch die niedrigen Energiepreise gebremst. Binnen Jahresfrist blieben die Preise für Mineralölprodukte um 11,1% unter dem Vorjahresniveau. Die Preise für Strom lagen wie in den beiden Vormonaten ebenfalls unter dem Vorjahreswert. Rückgänge bei den Strompreisen im Vorjahresvergleich hatte es zuletzt im Jahr 2000 im Zuge der Liberalisierung des Strommarktes gegeben. Dagegen erhöhten sich auf Jahressicht die Preise für Nahrungsmittel um 1,1% und für Dienstleistungen um 1,2% – gemessen an der Gesamtteuerung – überdurchschnittlich. Die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) erhöhte sich im April leicht auf +1,3% gegenüber dem Vorjahr. Gegenüber dem Vormonat haben sich die Verbraucherpreise im April nicht verändert. Anstiegen bei den Kraftstoff- und Nahrungsmittelpreisen stand ein kräftiger Rückgang der Preise für Pauschalreisen gegenüber.

7. Monetäre Entwicklung

Die Rendite europäischer Staatsanleihen stieg Ende April überraschend kräftig an.

Der Euro erholt sich etwas gegenüber dem US-Dollar.

Die Europäische Zentralbank (EZB) setzt ihre expansive Geldpolitik fort. Seit September 2014 liegt der Hauptrefinanzierungssatz unverändert bei 0,05%. Der Einlagenzins liegt mit -0,20% im negativen Bereich. Durch das Erweiterte Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Expanded Asset Purchase Programme, EAPP) betreibt die EZB zudem eine umfangreiche quantitative Lockerung. Im April wurden wie angekündigt Wertpapiere in Höhe von insgesamt 60 Mrd. Euro aufgekauft. Der Bestand an Vermögenswerten, die im Rahmen der verschiedenen EAPP-Teilprogramme bisher in die Zentralbankbilanz übernommen wurden, belief sich am 8. Mai auf knapp 193 Mrd. Euro. Die EZB-Bilanzsumme wurde seit verganginem Dezember von 2,03 auf 2,38 Bio. Euro ausgeweitet. Das Ankaufprogramm der EZB soll bis mindestens September 2016 fortgesetzt werden.

EZB Bilanzsumme
(in Billionen Euro)



Quellen: EZB, Macrobond

Auch die US-Geldpolitik bleibt expansiv ausgerichtet. Seit Ende 2008 liegt der Leitzins auf einem Rekordtief von 0,00 bis 0,25%. Jedoch zeichnet sich für dieses Jahr eine allmähliche Normalisierung der Geldpolitik ab. Bereits im März gab eine große Mehrheit der Mitglieder des Offenmarktausschusses an, dass sie einen Zinsanstieg im laufenden Jahr für angemessen hielten.

Geldmarktsätze in der Eurozone
(in %)

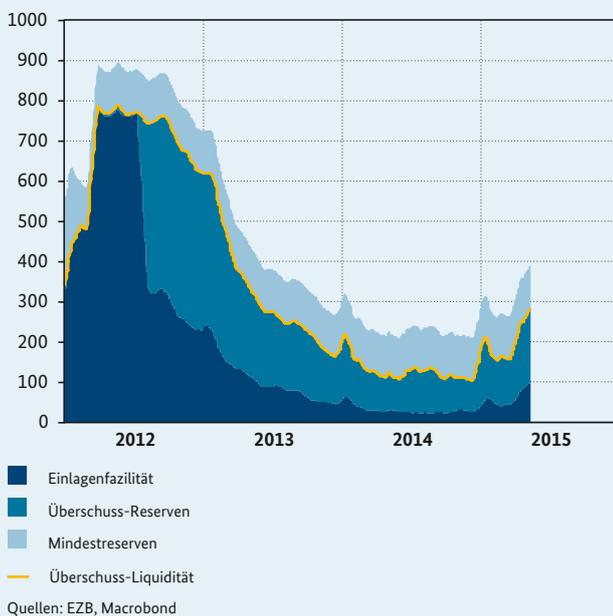


— EURIBOR, 3 Monate
— EZB Hauptrefinanzierungssatz
■ Risikoprämie, Differenz aus 3-Monats-EURIBOR und 3-Monats-STOXX GC Pooling

Quelle: Macrobond

Am europäischen Interbankenmarkt gab es zuletzt wenig Dynamik. Die Kreditvergabe zwischen den Geldinstituten ist bei leichten Schwankungen seit etwa einem Jahr relativ stabil. Der Risikoaufschlag für unbesicherte Interbankenkredite zog allerdings etwas an. Zudem stieg die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität seit vergangem November von 106 Mrd. Euro auf über 250 Mrd. Euro im April.

Liquidität im Eurobankensystem (in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



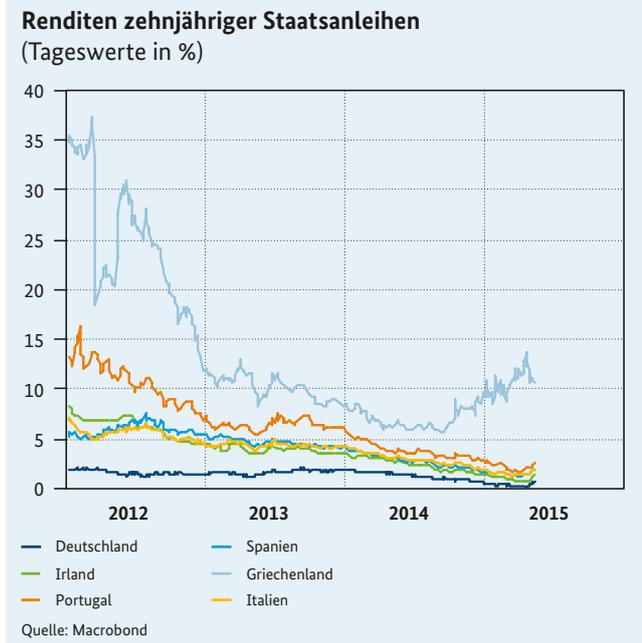
Die europäischen Aktienmärkte haben sich nach der recht dynamischen Entwicklung der letzten Monate auf hohem Niveau leicht abgekühlt. Der europäische STOXX 600 ging im Berichtszeitraum⁵ um 3,0%, der EURO STOXX 50 für den Euroraum etwas stärker um 4,8% zurück. Der deutsche DAX 30 gab 6,4% nach. Demgegenüber nahm der japanische Nikkei-Index um 3,0% und der US-amerikanische S&P 500 um 1,5% zu.

Der Euro konnte sich im Vergleich zur US-Währung etwas erholen. Mitte Mai lag er bei 1,14 US-Dollar und damit deutlich über den niedrigen Ständen im März und April. Im Frühjahr 2014 hatte der Wert allerdings noch knapp 1,40 US-Dollar betragen. Gegenüber dem japanischen Yen legte der Euro im Berichtsmonat ebenfalls deutlich um 7% zu.

Aktienindizes (Preisindizes in Landeswährung, 2011 = 100)

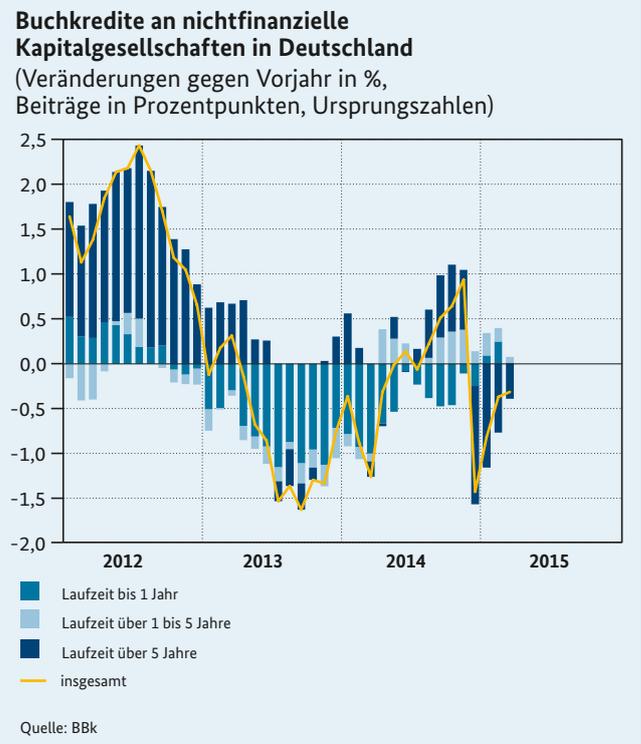


Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen sind seit Ende April in vielen Staaten des Euroraums spürbar um etwa 0,5 Prozentpunkte angestiegen. Dies kam für die meisten Marktteilnehmer überraschend und stellt im Verhältnis zur Ausgangsbasis einen beachtlichen Anstieg dar. Dennoch blieb die Verzinsung auf sehr niedrigem Niveau. Nachdem die Zinsen für zehnjährige Bundesanleihen in Deutschland zwischenzeitlich ein Rekordtief von 0,11% erreicht hatten, lag die Rendite zuletzt wieder bei über 0,6%. Die Renditen griechischer Staatsanleihen haben sich dagegen etwas verringert, bewegen sich angesichts der politischen Unsicherheiten aber weiterhin über der 10%-Marke. Dies ist ein Vielfaches dessen, was andere Staaten wie Portugal (2,3%), Spanien (1,7%) oder Italien (1,8%) zuletzt für die Aufnahme von Staatsschulden leisten mussten.



Der Umfang der in Deutschland an nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite lag im März 0,3 % unter dem Niveau des Vorjahres. Vor allem langfristige Kredite haben sich auf Jahresfrist rückläufig entwickelt. Die Kreditvergabe an private Haushalte legte dagegen gegenüber dem Vorjahr um 1,7 % zu. Wichtigste Triebfeder bleibt die steigende Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+3,0 %).

Das Wachstum der Geldmenge M3 im Euroraum hat sich weiter beschleunigt. Im März stieg die Jahresrate auf +4,6 %. Das Geldmengenwachstum konnte sich seit April 2014 kontinuierlich erholen. Der Anstieg geht vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist um 10,0 % gestiegen ist. Dies spiegelt die Liquiditätspräferenz und die geringen Kosten für Geldhaltung aufgrund des niedrigen Zinsniveaus wider.



III.

Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

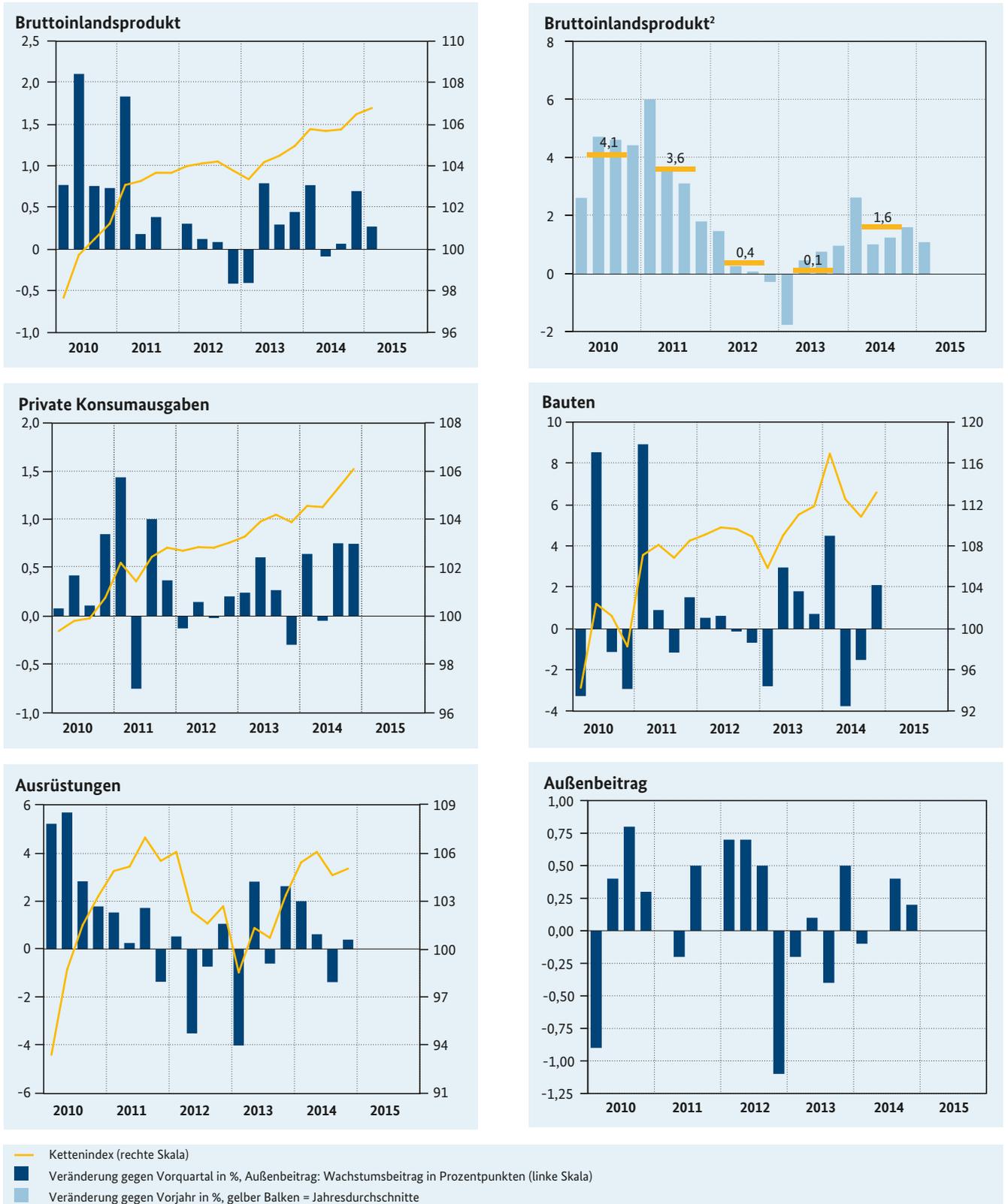
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2012		2013		2014				2015		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,3
Inländische Verwendung	- 0,5	+ 0,7	- 0,2	+ 0,7	+ 0,7	0,0	+ 0,9	- 0,1	- 0,4	+ 0,5	-
Private Konsumausgaben ³	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	- 0,3	+ 0,6	0,0	+ 0,8	+ 0,8	-
Konsumausgaben des Staates	- 0,1	+ 0,4	0,0	0,0	+ 0,6	- 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,2	-
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,2	0,0	- 2,6	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,2	+ 3,0	- 1,7	- 1,2	+ 1,2	-
Ausrüstungen	- 0,7	+ 1,1	- 4,0	+ 2,8	- 0,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 0,6	- 1,4	+ 0,4	-
Bauten	- 0,1	- 0,7	- 2,8	+ 3,0	+ 1,8	+ 0,7	+ 4,5	- 3,7	- 1,5	+ 2,1	-
Sonstige Anlagen	+ 0,8	- 0,3	+ 0,7	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	-
Exporte	+ 1,0	- 2,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	- 0,4	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,3	-
Importe	- 0,2	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,7	- 0,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,0	-
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	- 0,4	+ 0,6	- 0,2	+ 0,7	+ 0,7	- 0,1	+ 0,8	- 0,1	- 0,3	+ 0,5	-
Private Konsumausgaben ³	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,2	+ 0,4	0,0	+ 0,4	+ 0,4	-
Konsumausgaben des Staates	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	+ 0,1	0,0	-
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	0,0	- 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	- 0,4	- 0,2	+ 0,2	-
Ausrüstungen	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,1	0,0	- 0,1	0,0	-
Bauten	0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,2	-
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Vorratsveränderung ⁵	- 0,4	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 0,6	- 0,2	-
Außenbeitrag	+ 0,5	- 1,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,4	+ 0,5	- 0,1	0,0	+ 0,4	+ 0,2	-

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
							2014				2015
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 5,6	+ 4,1	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,6	+ 2,6	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,1
Inländische Verwendung	- 3,2	+ 3,0	+ 3,0	- 0,9	+ 0,7	+ 1,3	+ 2,4	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,0	-
Private Konsumausgaben ³	0,0	+ 0,6	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,7	-
Konsumausgaben des Staates	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,5	-
Bruttoanlageinvestitionen	- 9,9	+ 5,1	+ 7,3	- 0,7	- 0,6	+ 3,4	+ 9,1	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,8	-
Ausrüstungen	-21,8	+ 9,9	+ 6,1	- 3,0	- 2,4	+ 4,3	+ 7,9	+ 3,6	+ 4,1	+ 2,4	-
Bauten	- 3,4	+ 3,2	+ 8,4	+ 0,6	- 0,1	+ 3,6	+13,2	+ 1,5	- 0,1	+ 1,8	-
Sonstige Anlagen	+ 0,8	+ 1,1	+ 6,8	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	-
Exporte	-14,3	+14,5	+ 8,0	+ 2,8	+ 1,6	+ 3,9	+ 3,9	+ 2,2	+ 4,6	+ 4,7	-
Importe	- 9,6	+12,9	+ 7,2	0,0	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,7	-

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2012			2013			2014				
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	+ 0,2	+ 0,1	- 0,7	0,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,9	- 0,4	+ 0,2	+ 0,4
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 0,4	+ 0,1	- 2,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,5
Baugewerbe	+ 0,2	- 0,7	- 1,7	- 0,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 4,0	- 3,1	- 1,5	+ 2,9
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 0,3	- 0,4	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,4	- 0,7	+ 0,2	+ 0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister	+ 2,5	+ 1,1	- 1,1	- 0,9	- 2,1	+ 1,5	- 0,4	+ 1,1	- 2,3	+ 0,3	+ 0,4
Unternehmensdienstleister	- 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,4
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	- 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1	- 0,1	+ 0,9

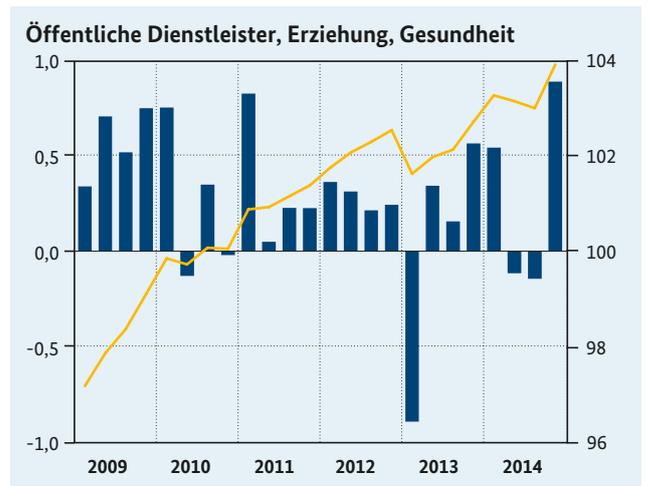
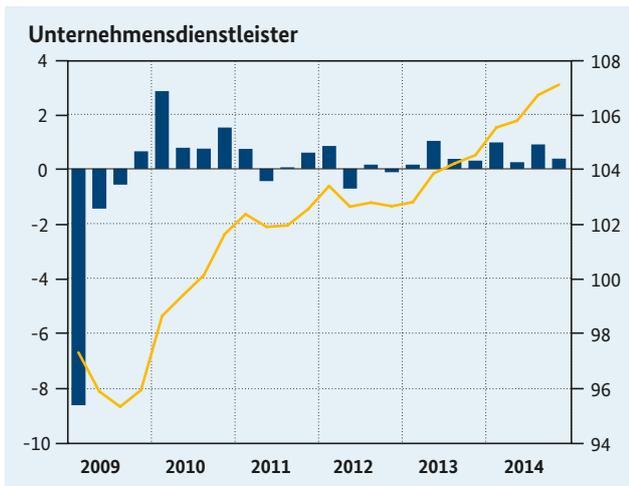
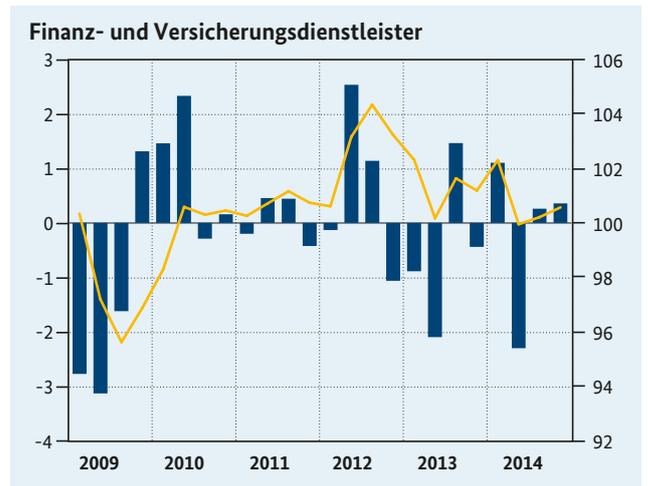
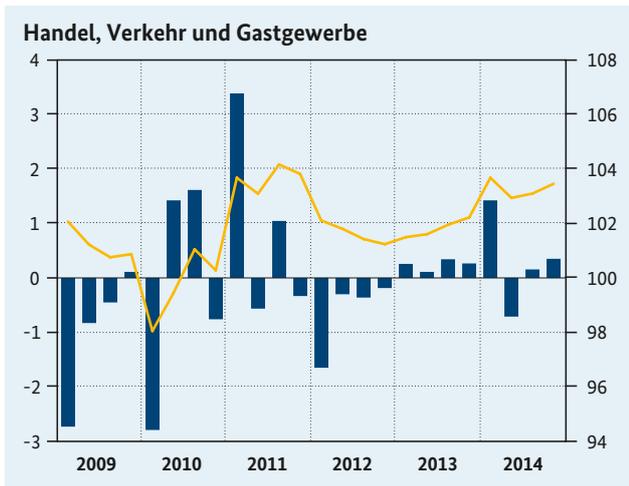
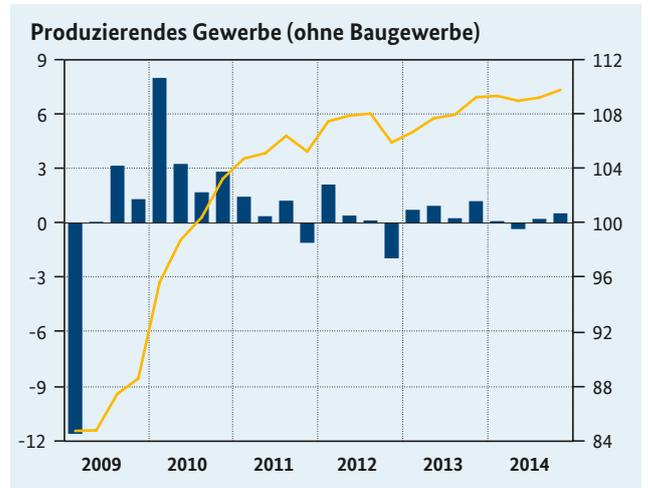
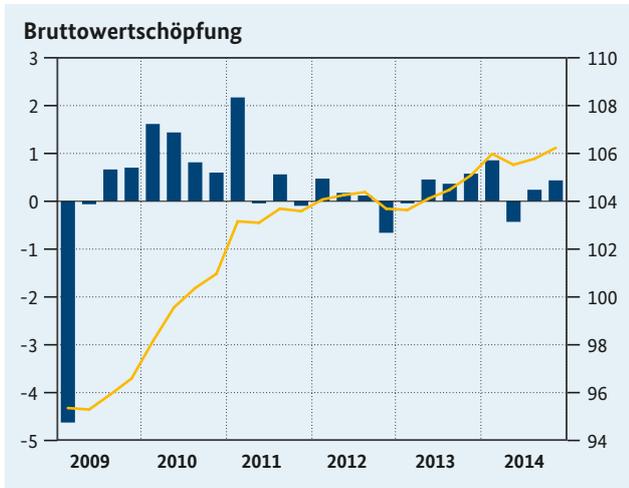
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³										
	2013						2014				
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6
Inländische Verwendung	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1
Private Konsumausgaben	- 0,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,7
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0
Arbeitsvolumen ⁴	- 3,1	+ 1,6	+ 1,6	- 0,3	- 0,3	+ 1,5	+ 0,2	+ 2,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,7
Arbeitsproduktivität ⁵	- 5,7	+ 3,8	+ 2,2	- 0,7	- 0,5	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 0,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,3
Lohnstückkosten ⁷	+ 6,3	- 1,2	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,6	+ 0,9	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,7
verfügbares Einkommen ⁸	- 1,2	+ 2,7	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,3	+ 3,2
Terms of Trade	+ 4,6	- 2,3	- 2,4	- 0,5	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2015	2016
EU	Europäische Kommission	05/2015	+ 1,9	+ 2,0
Bundesregierung	Frühjahrsprojektion	04/2015	+ 1,8	+ 1,8
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/2015	+ 2,1	+ 1,8
IWF	Internationaler Währungsfonds	04/2015	(+ 1,6) ^a	(+ 1,7) ^a
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	03/2015	+ 2,2	+ 1,9
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	03/2015	+ 1,9	+ 1,7
IfW	Institut für Weltwirtschaft	03/2015	+ 1,8	+ 2,0
IWH/Kiel Economics	Institut für Wirtschaftsforschung Halle/Kiel Economics	03/2015	+ 2,0	+ 1,6
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	03/2015	+ 2,1	+ 1,9
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2014	+ 1,5	-
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	11/2014	(+ 1,1) ^a	(+ 1,8) ^a

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

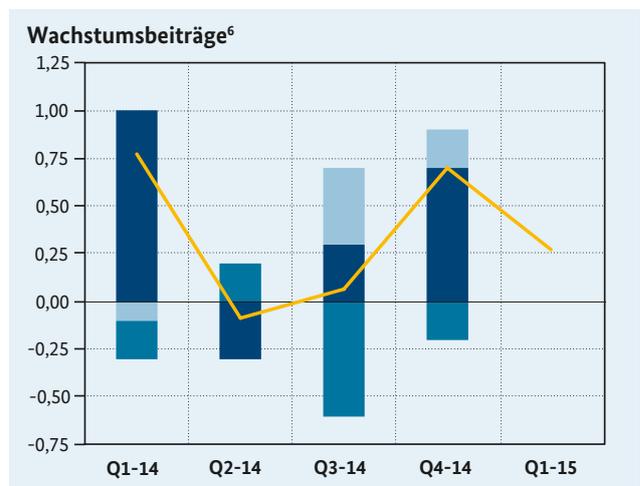
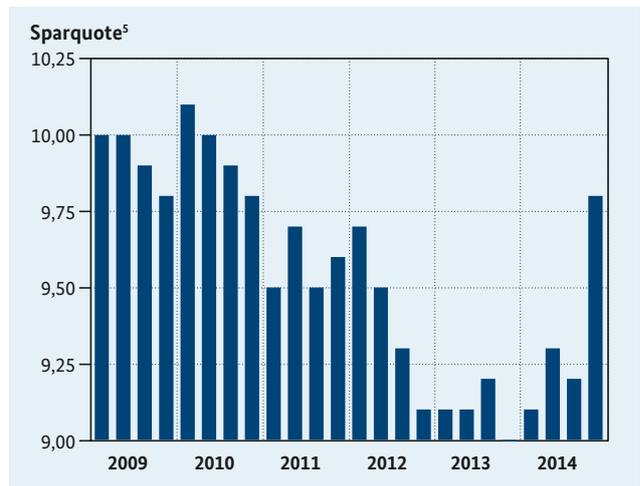
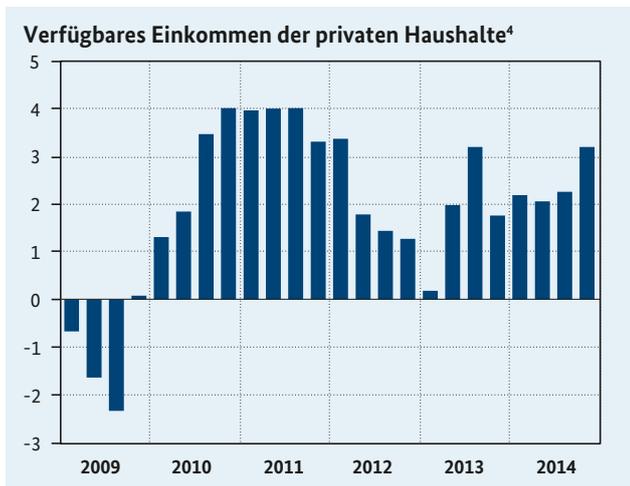
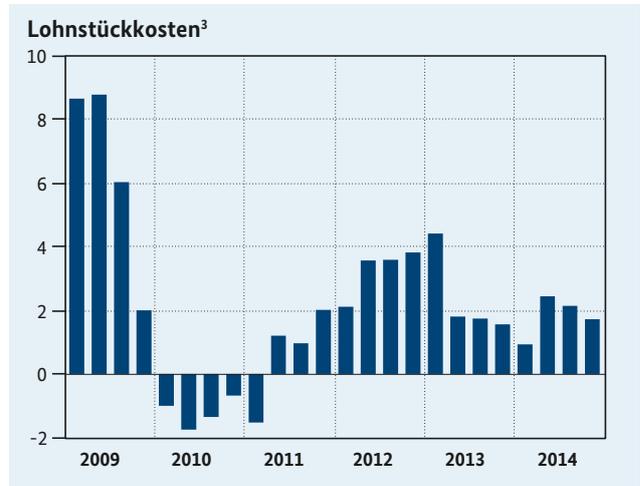


— Kettenindex (rechte Skala)
■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
 — reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2012			2013			2014				2015	
	2011	2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gegen Vorperiode in %															
Deutschland	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,3
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,6	- 0,8	- 0,5	+ 0,9	- 0,3	- 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,7	- 0,5	0,0	+ 1,3	- 0,2	0,0	- 0,4	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Japan	- 0,5	+ 1,8	+ 1,6	0,0	- 0,4	- 0,5	- 0,2	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,4	- 0,3	+ 1,3	- 1,6	- 0,7	+ 0,4	-
USA	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,4	+ 0,4	+ 0,6	0,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,9	- 0,5	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,1
China	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,3

Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+ 6,1	+ 6,9	+ 6,6	+ 7,8	+ 7,0	+ 7,4	+ 6,7	+ 6,4	+ 6,5	+ 6,0	+ 7,7	+ 7,5	+ 7,1	+ 8,4	+ 8,2	+ 8,7
Eurozone (EZ 19) ²	- 0,1	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,4	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,6	-
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	-
Japan	+ 2,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	-
USA	- 2,9	- 2,8	- 2,3	-	- 3,0	- 2,8	- 2,6	- 2,6	- 2,6	- 2,4	- 2,0	- 2,4	- 2,2	- 2,2	- 2,6	-
China	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,6

				2014								2015				
	2012	2013	2014	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	5,4	5,2	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9	4,9	4,8	4,8	4,7	4,7	-
Eurozone (EZ 19) ²	11,3	12,0	11,6	11,7	11,6	11,6	11,6	11,6	11,5	11,5	11,5	11,4	11,3	11,3	11,3	-
Europäische Union (EU 28) ³	10,5	10,9	10,2	10,3	10,3	10,2	10,2	10,1	10,1	10,1	10,0	9,9	9,8	9,8	9,8	-
Japan	4,3	4,0	3,6	3,6	3,6	3,7	3,7	3,5	3,6	3,5	3,5	3,4	3,6	3,5	3,4	-
USA	8,1	7,4	6,2	6,2	6,3	6,1	6,2	6,1	5,9	5,7	5,8	5,6	5,7	5,5	5,5	5,4
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	-

Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	- 0,5	0,0	+ 0,2	+ 0,3
Eurozone (EZ 19) ²	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,6	- 0,3	- 0,1	0,0
Europäische Union (EU 28) ³	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	- 0,5	- 0,3	- 0,1	-
Japan	0,0	+ 0,4	+ 2,7	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,3	-
USA	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,8	- 0,1	0,0	- 0,1	-
China	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

- 1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
- 2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
- 3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
- 4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
- 5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

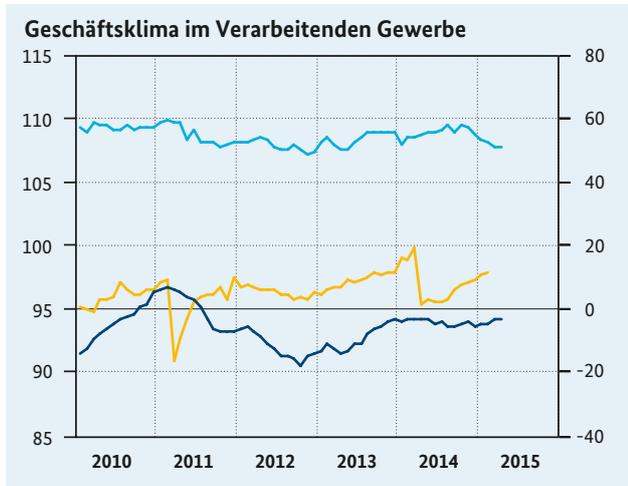
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2014				2015					
	2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Welt													
OECD & major six CLI ¹	99,8	100,0	99,9	100,0	99,9	99,8	99,6	99,8	99,7	99,6	99,5	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	119,4	122,2	126,4	125,8	126,6	127,8	-	128,4	128,0	128,2	-	-	-
CPB Welthandel ²	128,3	131,7	136,0	134,4	137,1	138,8	-	139,6	137,4	136,2	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4938	4837	4642	5039	4759	3936	3047	3233	2990	3184	2967	3295	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	-11,6	-9,1	-3,9	-3,3	-4,6	-4,5	-4,0	-5,0	-4,5	-4,6	-2,9	-3,2	-
Industrieproduktion ⁴	102,0	101,3	103,1	102,9	102,8	103,4	104,2	104,0	103,5	104,5	104,5	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,0	3,0	2,0	2,2	1,8	1,5	1,0	1,3	1,1	1,1	0,9	0,9	-
Konsumentenvertrauen ⁵	-22,1	-18,6	-10,0	-7,7	-9,9	-11,2	-6,3	-10,9	-8,5	-6,7	-3,7	-4,6	-
USA													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁶	51,7	53,8	55,7	55,5	56,9	56,9	52,6	55,1	53,5	52,9	51,5	51,5	-
Industrieproduktion ⁷	97,1	99,9	104,1	103,7	104,7	105,9	105,7	106,2	105,9	105,8	105,5	105,2	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,8	2,3	2,5	2,6	2,5	2,3	2,0	2,2	1,9	2,0	2,0	1,9	-
Konsumentenvertrauen ⁸	67,1	73,2	86,9	83,4	90,9	92,7	101,3	93,1	103,8	98,8	101,4	95,2	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	96,4	97,3	97,0	95,7	96,1	97,1	-	97,3	97,8	97,9	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	97,6	97,0	99,1	98,8	97,4	98,2	99,8	98,1	102,2	99,0	98,2	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,8	0,7	0,5	0,6	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4
Konsumentenvertrauen ¹¹	40,0	43,6	39,3	38,9	40,5	38,9	40,7	39,3	39,5	40,9	41,7	41,5	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,8	50,8	50,7	50,7	51,3	50,4	49,9	50,1	49,8	49,9	50,1	50,1	-
Industrieproduktion ¹³	+10,8	+9,7	+8,3	+8,9	+8,0	+7,6	+6,2	+7,9	-	+6,8	+5,6	+5,9	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,5	3,9	4,2	4,2	4,2	3,7	3,5	3,6	3,5	3,4	3,6	3,4	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	102,4	101,2	104,4	103,9	104,5	104,9	107,5	105,8	105,7	109,8	107,1	-	-

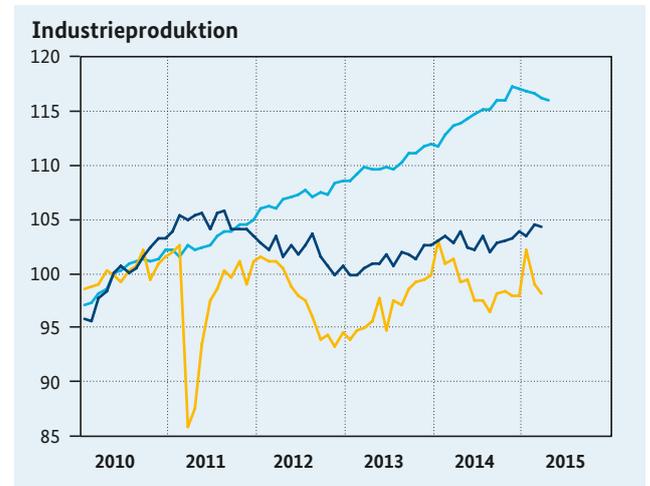
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

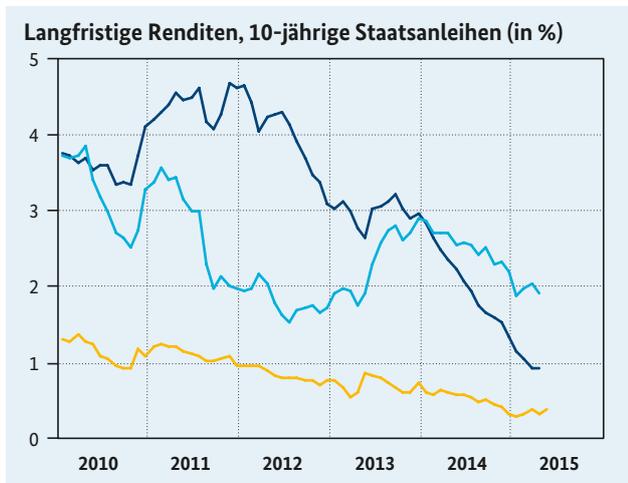
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



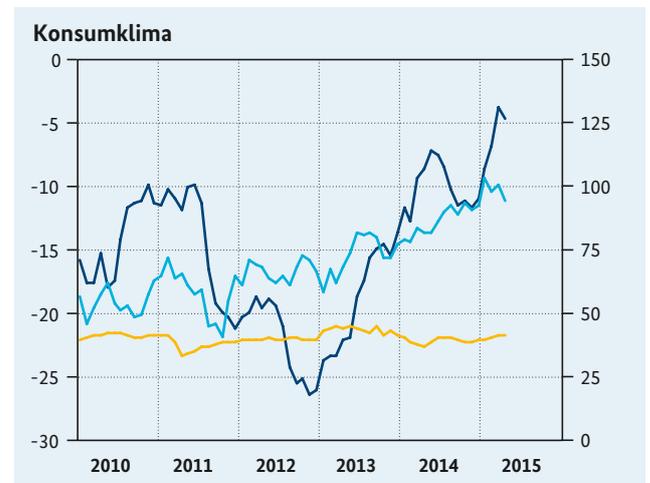
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

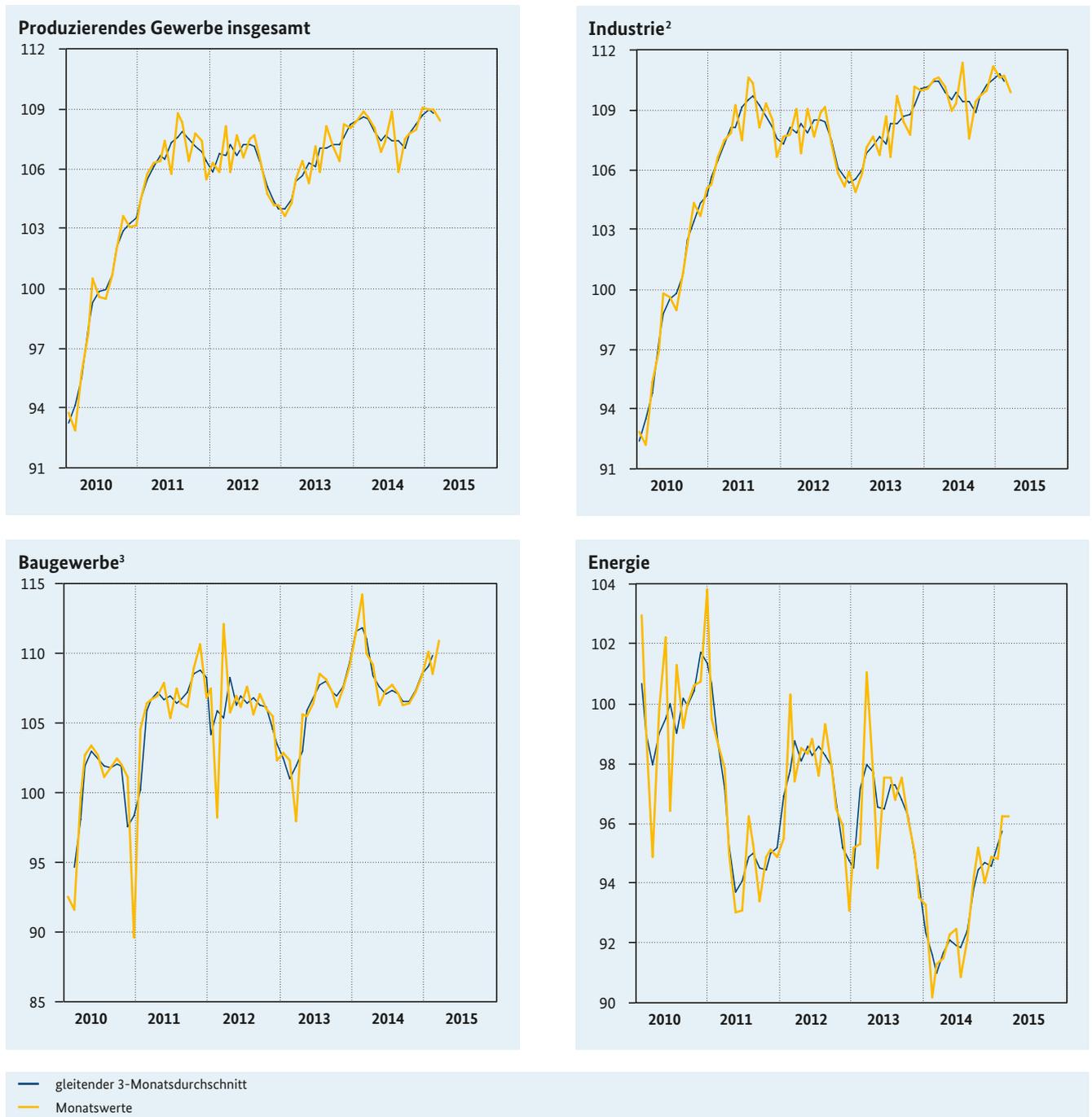
Bundesrepublik Deutschland

		2014			2015			2014			2015			
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Produktion¹														
Produzierendes Gewerbe	Index	106,3	106,4	108,0	107,5	107,4	108,3	108,8	107,8	108,0	109,1	109,0	109,0	108,5
	gg. Vp. in %	-0,4	0,1	1,5	-1,1	-0,1	0,8	0,5	0,3	0,2	1,0	-0,1	0,0	-0,5
	gg. Vj. in %	-0,5	0,2	1,4	1,0	0,6	0,5	0,2	1,2	-0,3	0,8	0,5	0,2	0,1
Industrie²	Index	107,5	107,8	109,9	109,4	109,4	110,2	110,4	109,7	109,9	111,1	110,6	110,7	109,8
	gg. Vp. in %	-0,6	0,3	1,9	-0,9	0,0	0,7	0,2	0,3	0,2	1,1	-0,5	0,1	-0,8
	gg. Vj. in %	-0,6	0,3	1,9	1,6	1,3	0,8	0,0	1,7	-0,3	1,1	0,6	0,3	-0,7
Vorleistungsgüter	Index	104,6	104,4	106,3	106,0	105,6	106,3	107,1	105,7	105,8	107,5	107,3	107,4	106,5
	gg. Vp. in %	-2,2	-0,2	1,8	-1,1	-0,4	0,7	0,8	0,3	0,1	1,6	-0,2	0,1	-0,8
	gg. Vj. in %	-2,2	-0,2	1,8	1,8	1,1	0,0	-0,1	0,1	-0,5	0,7	0,6	-0,2	-0,7
Investitionsgüter	Index	113,4	113,9	116,6	115,9	116,3	117,3	117,1	116,7	117,2	118,0	117,4	117,8	116,1
	gg. Vp. in %	1,4	0,4	2,4	-0,7	0,3	0,9	-0,2	-0,1	0,4	0,7	-0,5	0,3	-1,4
	gg. Vj. in %	1,3	0,6	2,3	1,5	1,7	1,5	0,4	3,2	0,0	1,5	0,8	1,2	-0,9
Konsumgüter	Index	99,9	100,6	101,9	101,8	101,5	102,2	101,8	102,1	101,6	103,0	101,8	101,5	102,2
	gg. Vp. in %	-1,9	0,7	1,3	-0,4	-0,3	0,7	-0,4	1,3	-0,5	1,4	-1,2	-0,3	0,7
	gg. Vj. in %	-1,9	0,7	1,3	1,7	0,9	0,5	-0,4	1,4	-0,4	0,6	-0,2	-0,7	-0,3
Baugewerbe	Index	105,9	105,6	108,5	107,6	107,1	107,4	109,9	106,4	107,2	108,5	110,2	108,6	110,9
	gg. Vp. in %	-1,1	-0,3	2,7	-3,8	-0,5	0,3	2,3	0,1	0,8	1,2	1,6	-1,5	2,1
	gg. Vj. in %	-1,0	-0,3	2,7	1,7	-0,9	-0,3	-2,2	0,0	-0,4	-0,7	-1,5	-6,4	1,0
Bauhauptgewerbe ³	Index	111,5	113,8	119,8	117,6	118,1	119,8	122,1	118,8	119,4	121,1	122,4	119,2	124,6
	gg. Vp. in %	-1,2	2,1	5,3	-4,9	0,4	1,4	1,9	0,2	0,5	1,4	1,1	-2,6	4,5
	gg. Vj. in %	-1,2	2,1	5,3	1,4	0,0	1,8	-1,6	2,4	1,5	1,2	-0,6	-8,2	2,7
Ausbaugewerbe	Index	100,9	98,3	98,2	98,6	97,0	96,1	98,8	95,2	96,1	97,1	99,1	98,9	98,4
	gg. Vp. in %	-1,0	-2,6	-0,1	-2,6	-1,6	-0,9	2,8	0,1	0,9	1,0	2,1	-0,2	-0,5
	gg. Vj. in %	-1,0	-2,6	0,0	1,9	-1,8	-2,3	-2,5	-2,7	-2,4	-1,9	-2,6	-4,5	-1,0
Energie⁴	Index	97,4	96,5	92,7	92,1	92,4	94,7	95,7	95,2	94,0	94,9	94,8	96,2	96,2
	gg. Vp. in %	1,9	-0,9	-3,9	0,5	0,3	2,5	1,1	1,1	-1,3	1,0	-0,1	1,5	0,0
	gg. Vj. in %	1,8	-0,9	-3,8	-4,7	-4,9	-0,1	4,3	-0,7	-1,0	1,3	1,3	6,6	5,5
Umsätze in der Industrie¹														
Industrie insgesamt	Index	105,9	105,8	108,6	108,0	107,8	109,5	110,2	109,3	109,1	110,1	111,2	110,3	109,0
	gg. Vp. in %	-0,6	-0,1	2,6	-1,0	-0,2	1,6	0,6	1,0	-0,2	0,9	1,0	-0,8	-1,2
	gg. Vj. in %	-0,7	0,0	2,6	2,4	2,0	1,7	1,0	2,7	0,5	2,1	0,8	1,4	0,9
Inland	Index	104,8	103,2	104,5	104,5	103,7	104,3	105,1	103,9	103,8	105,3	106,1	104,7	104,4
	gg. Vp. in %	-1,6	-1,5	1,3	-0,9	-0,8	0,6	0,8	0,4	-0,1	1,4	0,8	-1,3	-0,3
	gg. Vj. in %	-1,6	-1,5	1,3	1,9	0,0	0,1	-0,5	0,4	-1,2	1,2	0,0	-0,4	-0,9
darunter: Investitionsgüter	Index	109,5	107,6	111,0	110,2	110,3	112,3	113,1	111,3	112,9	112,8	115,4	112,8	111,0
	gg. Vp. in %	0,7	-1,7	3,2	-0,9	0,1	1,8	0,7	1,1	1,4	-0,1	2,3	-2,3	-1,6
	gg. Vj. in %	0,6	-1,6	3,2	3,3	2,2	2,9	1,6	3,9	1,8	3,2	4,1	2,0	-0,5
Ausland	Index	107,0	108,5	113,0	111,7	112,3	115,1	115,6	115,1	114,8	115,3	116,7	116,2	113,9
	gg. Vp. in %	0,5	1,4	4,1	-1,2	0,5	2,5	0,4	1,6	-0,3	0,4	1,2	-0,4	-2,0
	gg. Vj. in %	0,4	1,4	4,1	2,7	4,0	3,5	2,4	5,3	2,3	3,0	1,7	3,0	2,6
darunter: Eurozone	Index	98,9	97,1	102,0	101,4	102,1	103,7	105,3	103,8	101,3	106,0	105,4	106,1	104,3
	gg. Vp. in %	-5,4	-1,8	5,0	0,5	0,7	1,6	1,5	1,8	-2,4	4,6	-0,6	0,7	-1,7
	gg. Vj. in %	-5,5	-1,7	5,0	5,3	5,5	4,2	4,3	6,8	1,4	4,6	4,5	4,7	3,8
		2012	2013			2014			2015					
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	84,2	82,8	81,9	82,4	81,8	82,9	83,7	84,0	84,0	83,8	84,1	84,5	84,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2014			2015				2014			2015		
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	103,2	106,0	109,1	107,7	109,1	110,7	109,0	111,1	108,7	112,3	109,3	108,3	109,3
	gg. Vp. in %	-3,8	2,7	2,9	-1,0	1,3	1,5	-1,5	2,7	-2,2	3,3	-2,7	-0,9	0,9
	gg. Vj. in %	-3,7	2,8	2,8	2,3	2,2	2,1	0,2	3,0	-0,5	4,1	-0,3	-1,3	1,9
Inland	Index	100,8	101,8	103,5	103,4	101,9	104,0	105,0	105,6	101,3	105,1	103,4	103,5	108,0
	gg. Vp. in %	-5,7	1,0	1,7	-1,1	-1,5	2,1	1,0	5,5	-4,1	3,8	-1,6	0,1	4,3
	gg. Vj. in %	-5,6	1,0	1,6	3,3	-1,3	1,0	0,6	3,3	-3,5	3,8	-1,1	-1,1	3,5
Ausland	Index	105,1	109,5	113,7	111,3	115,0	116,1	112,2	115,5	114,7	118,1	114,1	112,2	110,4
	gg. Vp. in %	-2,3	4,2	3,8	-1,0	3,3	1,0	-3,4	0,6	-0,7	3,0	-3,4	-1,7	-1,6
	gg. Vj. in %	-2,3	4,3	3,7	1,5	4,9	2,8	-0,2	2,7	1,7	4,2	0,4	-1,5	0,7
Eurozone	Index	95,6	98,9	101,7	99,7	102,7	104,9	100,5	102,7	105,2	106,8	101,1	98,9	101,4
	gg. Vp. in %	-10,3	3,5	2,8	0,3	3,0	2,1	-4,2	0,8	2,4	1,5	-5,3	-2,2	2,5
	gg. Vj. in %	-10,4	3,8	2,6	0,7	4,6	1,9	1,1	0,9	4,2	0,6	1,6	-5,2	7,3
Nicht-Eurozone	Index	111,7	116,8	122,1	119,4	123,7	123,9	120,4	124,5	121,3	126,0	123,1	121,5	116,7
	gg. Vp. in %	3,1	4,6	4,5	-1,6	3,6	0,2	-2,8	0,6	-2,6	3,9	-2,3	-1,3	-4,0
	gg. Vj. in %	3,2	4,6	4,4	1,9	5,1	3,5	-0,8	3,7	0,3	6,4	-0,3	0,9	-2,9
Vorleistungsgüter	Index	99,7	100,1	102,0	101,7	101,1	102,8	101,2	103,4	101,0	104,0	101,4	100,6	101,5
	gg. Vp. in %	-4,7	0,4	1,9	-0,8	-0,6	1,7	-1,6	2,1	-2,3	3,0	-2,5	-0,8	0,9
	gg. Vj. in %	-4,7	0,3	2,0	2,9	0,9	0,6	-1,1	-0,1	-1,4	3,9	-0,9	-2,0	-0,6
Inland	Index	99,0	99,3	99,8	100,3	98,4	99,2	98,6	98,7	96,9	102,1	98,7	96,9	100,1
	gg. Vp. in %	-5,5	0,3	0,5	-1,0	-1,9	0,8	-0,6	1,4	-1,8	5,4	-3,3	-1,8	3,3
	gg. Vj. in %	-5,5	0,3	0,5	2,8	-1,5	-1,5	-2,6	-1,3	-4,5	1,7	-2,7	-5,0	0,1
Ausland	Index	100,6	100,9	104,7	103,4	104,3	107,0	104,3	109,0	105,8	106,3	104,6	105,0	103,2
	gg. Vp. in %	-3,6	0,3	3,8	-0,5	0,9	2,6	-2,5	2,8	-2,9	0,5	-1,6	0,4	-1,7
	gg. Vj. in %	-3,6	0,3	3,7	3,0	3,9	2,9	0,4	1,1	2,0	6,1	1,2	1,6	-1,5
Investitionsgüter	Index	105,8	110,6	114,3	111,9	115,2	116,6	114,6	117,0	114,1	118,8	115,2	113,6	115,1
	gg. Vp. in %	-3,6	4,5	3,3	-1,5	2,9	1,2	-1,7	3,3	-2,5	4,1	-3,0	-1,4	1,3
	gg. Vj. in %	-3,6	4,6	3,3	1,6	3,1	3,2	1,0	5,2	0,1	4,5	0,6	-1,2	3,4
Inland	Index	103,3	104,9	107,8	106,9	105,8	109,5	112,1	113,7	106,2	108,7	108,5	110,7	117,1
	gg. Vp. in %	-5,8	1,5	2,8	-1,7	-1,0	3,5	2,4	10,2	-6,6	2,4	-0,2	2,0	5,8
	gg. Vj. in %	-5,7	1,5	2,8	4,1	-1,3	3,5	3,2	8,1	-2,9	5,7	0,4	2,3	6,7
Ausland	Index	107,3	114,1	118,4	115,0	121,0	121,1	116,2	119,1	119,0	125,1	119,3	115,4	113,8
	gg. Vp. in %	-2,3	6,3	3,8	-1,3	5,2	0,1	-4,0	-0,3	-0,1	5,1	-4,6	-3,3	-1,4
	gg. Vj. in %	-2,2	6,4	3,6	0,2	5,6	3,1	-0,3	3,5	1,8	3,9	0,8	-3,1	1,3
Konsumgüter	Index	101,9	103,5	107,3	108,0	106,5	107,5	107,8	107,4	108,6	106,5	106,8	109,5	107,1
	gg. Vp. in %	-0,8	1,6	3,7	0,7	-1,4	0,9	0,3	0,6	1,1	-1,9	0,3	2,5	-2,2
	gg. Vj. in %	-1,0	1,7	3,7	4,2	2,1	0,7	0,5	1,2	-0,6	1,8	-3,8	1,2	4,1
Inland	Index	97,0	97,8	99,4	99,9	98,8	99,4	100,5	98,5	98,4	101,3	100,9	100,3	100,3
	gg. Vp. in %	-5,1	0,8	1,6	0,6	-1,1	0,6	1,1	0,6	-0,1	2,9	-0,4	-0,6	0,0
	gg. Vj. in %	-5,1	0,8	1,5	1,6	1,3	0,9	1,2	0,9	-2,1	4,5	0,6	1,2	1,7
Ausland	Index	106,0	108,4	114,1	114,8	113,1	114,4	114,0	115,0	117,4	110,9	111,8	117,3	113,0
	gg. Vp. in %	2,7	2,3	5,3	0,7	-1,5	1,1	-0,3	0,5	2,1	-5,5	0,8	4,9	-3,7
	gg. Vj. in %	2,6	2,2	5,4	6,2	2,7	0,6	0,0	1,4	0,4	0,0	-6,7	1,2	6,0
Industrie ohne Großaufträge²	Index	103,4	105,0	108,4	107,2	107,6	110,4	109,1	110,7	109,3	111,3	109,9	109,2	108,1
	gg. Vp. in %	-2,8	1,5	3,2	-1,3	0,4	2,6	-1,2	3,0	-1,3	1,8	-1,3	-0,6	-1,0
	gg. Vj. in %	-2,6	1,4	3,2	2,6	1,6	3,5	0,5	4,1	1,6	5,0	0,5	0,6	0,7

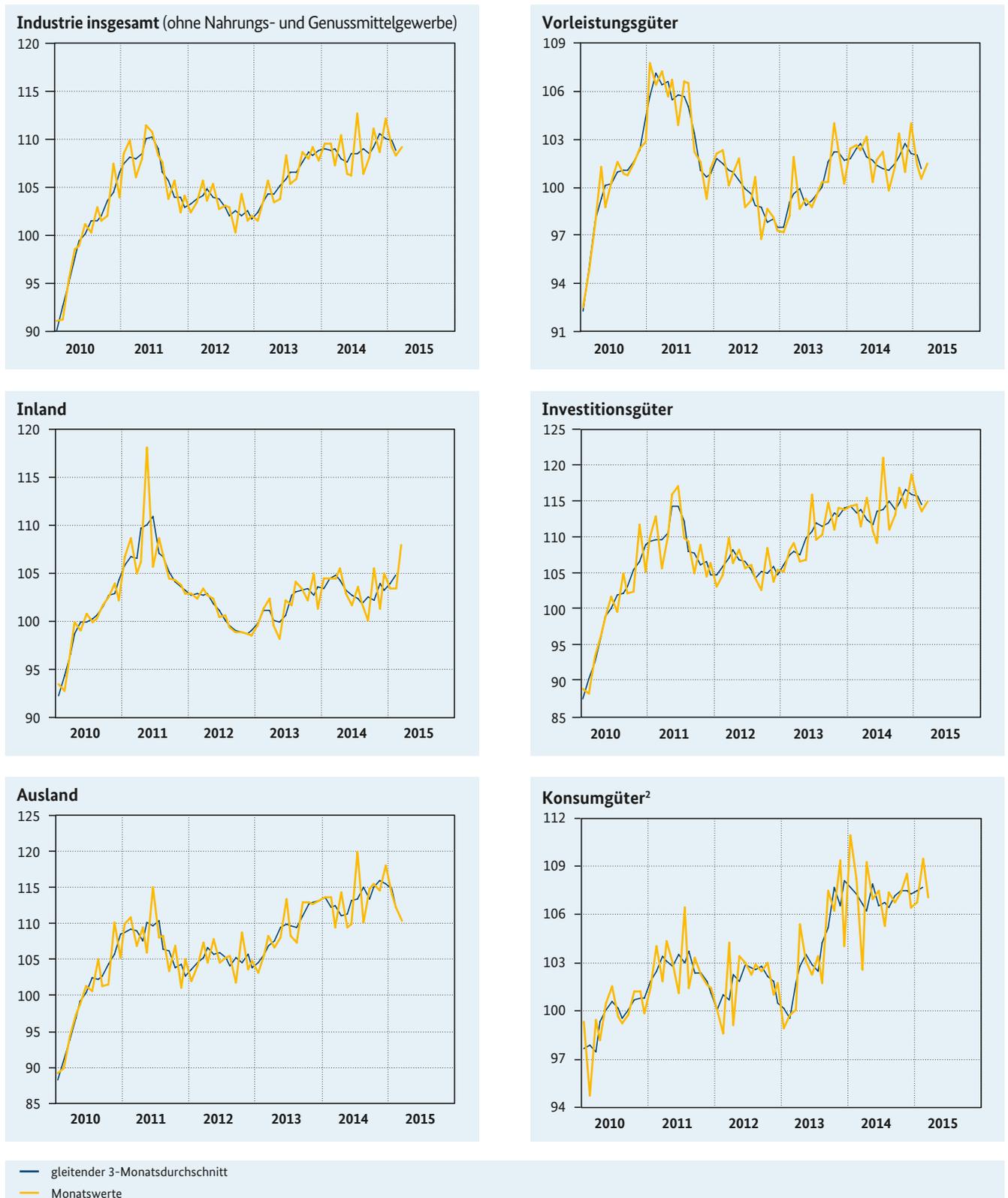
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

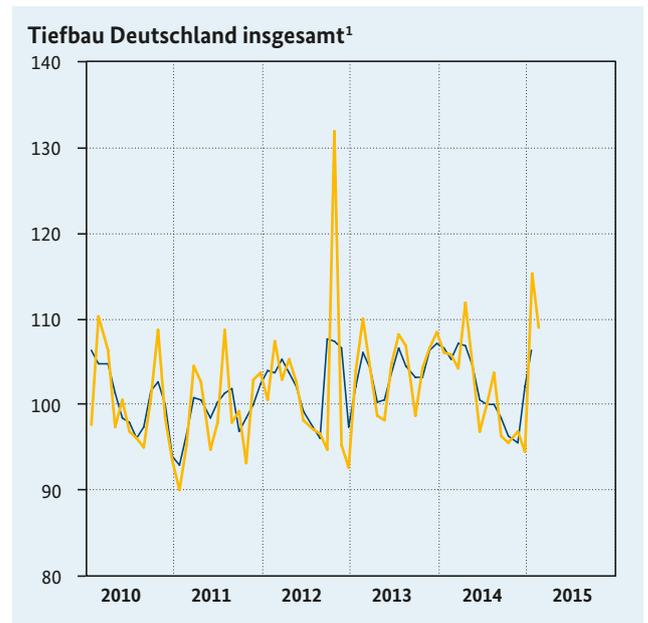
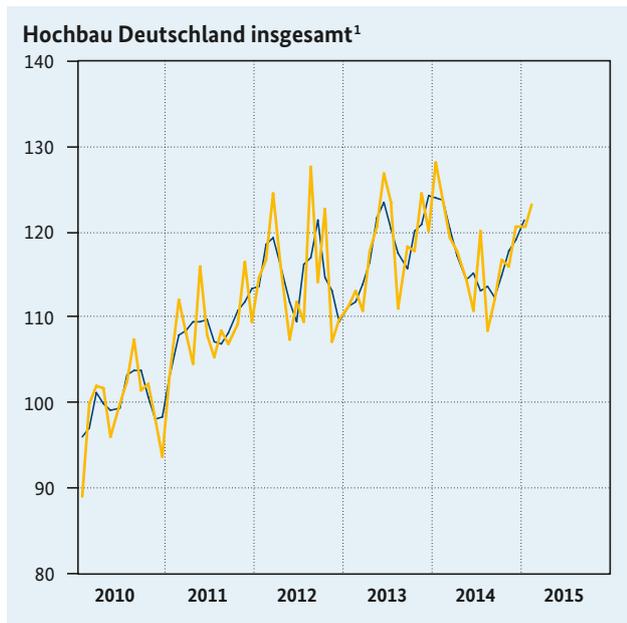
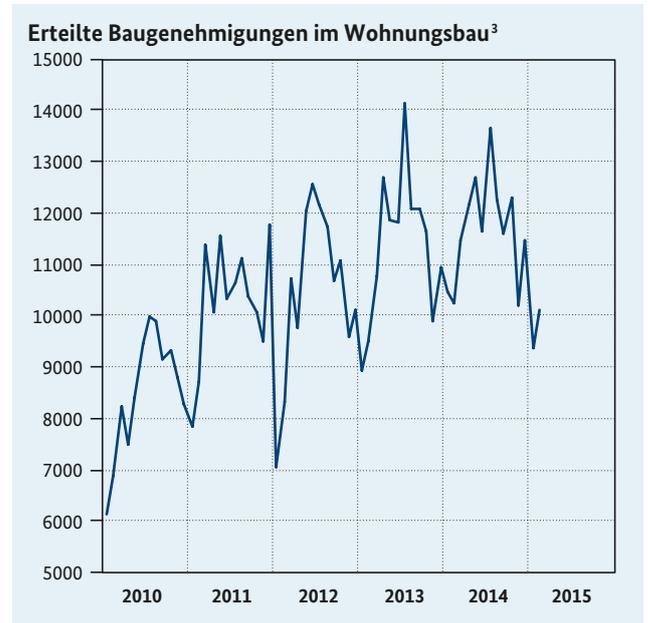
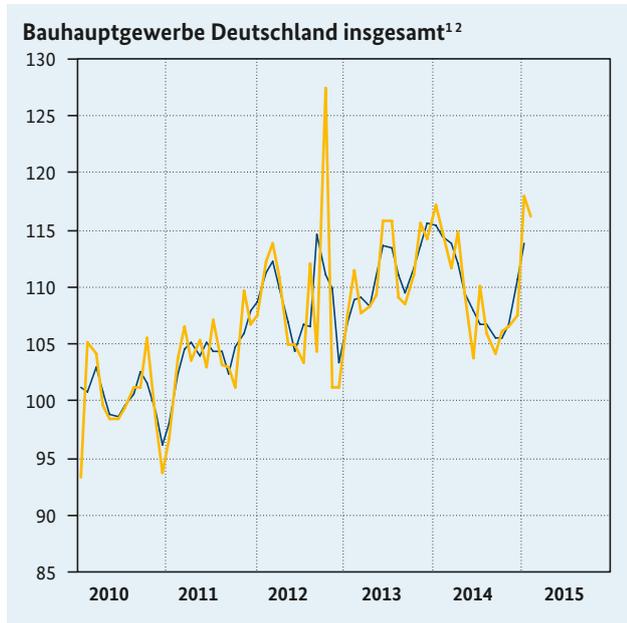
					2014				2014				2015		
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	
Auftragseingang¹															
Bauhauptgewerbe		Index	108,7	111,3	109,4	114,6	109,5	106,9	106,8	104,3	106,2	106,5	107,6	118,1	116,2
		gg. Vp. in %	4,3	2,4	-1,7	0,8	-4,5	-2,4	-0,1	-1,7	1,8	0,3	1,0	9,8	-1,6
		gg. Vj. in %	4,2	2,2	-1,8	5,5	-1,6	-4,4	-5,9	-4,5	-4,5	-7,9	-5,5	1,4	1,6
Hochbau		Index	115,3	118,1	117,5	123,9	114,5	113,6	117,9	112,1	116,9	116,0	120,7	120,8	123,2
		gg. Vp. in %	5,7	2,4	-0,5	2,5	-7,6	-0,8	3,8	3,3	4,3	-0,8	4,1	0,1	2,0
		gg. Vj. in %	5,7	2,4	-0,8	10,6	-5,9	-3,8	-2,5	-5,6	-0,9	-6,8	0,4	-5,5	-0,3
Wohnungsbau		Index	126,1	131,0	135,1	141,1	134,9	122,7	141,6	129,0	138,9	135,1	150,8	148,8	149,2
		gg. Vp. in %	7,5	3,9	3,1	7,1	-4,4	-9,0	15,4	12,1	7,7	-2,7	11,6	-1,3	0,3
		gg. Vj. in %	7,2	4,3	2,5	11,5	2,7	-9,3	7,3	-4,1	5,9	4,7	11,3	7,3	1,1
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	110,0	111,6	108,7	115,3	104,4	109,1	106,1	103,7	106,0	106,5	105,8	106,9	110,3
		gg. Vp. in %	4,8	1,5	-2,6	-0,2	-9,5	4,5	-2,7	-1,4	2,2	0,5	-0,7	1,0	3,2
		gg. Vj. in %	5,1	1,4	-3,0	10,2	-10,9	-0,4	-7,8	-6,5	-4,7	-12,6	-6,3	-12,3	-1,3
Tiefbau		Index	102,2	104,5	101,4	105,4	104,5	100,1	95,7	96,5	95,5	97,0	94,6	115,4	109,1
		gg. Vp. in %	2,9	2,3	-3,0	-0,9	-0,9	-4,2	-4,4	-6,9	-1,0	1,6	-2,5	22,0	-5,5
		gg. Vj. in %	2,5	2,0	-2,8	-0,1	3,3	-5,1	-10,3	-3,3	-8,9	-9,3	-12,9	10,5	4,1
Straßenbau		Index	98,2	103,4	99,6	109,8	100,8	95,3	92,3	88,9	91,2	93,9	91,8	96,9	127,7
		gg. Vp. in %	1,9	5,3	-3,7	5,2	-8,2	-5,5	-3,1	-5,5	2,6	3,0	-2,2	5,6	31,8
		gg. Vj. in %	2,1	3,7	-3,3	1,8	0,2	-4,5	-12,3	-6,4	-15,4	-6,4	-14,0	-0,4	0,5
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	104,6	105,1	102,5	102,7	106,7	103,0	97,7	101,1	98,1	98,8	96,3	126,6	97,9
		gg. Vp. in %	3,6	0,5	-2,5	-4,6	3,9	-3,5	-5,1	-7,7	-3,0	0,7	-2,5	31,5	-22,7
		gg. Vj. in %	2,9	1,0	-2,6	-1,1	5,5	-5,5	-9,3	-1,6	-4,8	-10,7	-12,5	14,3	6,6
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	112,6	114,1	112,9	119,6	109,8	112,7	109,6	107,2	108,0	110,4	110,5	119,0	110,1
		gg. Vp. in %	2,5	1,3	-1,1	0,4	-8,2	2,6	-2,8	-2,5	0,7	2,2	0,1	7,7	-7,5
		gg. Vj. in %	2,8	1,2	-1,3	10,0	-6,0	0,0	-7,9	-6,7	-6,2	-12,5	-4,7	-6,7	-3,4
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	97,9	100,4	95,6	98,9	99,0	94,6	90,0	91,6	91,3	91,1	87,5	105,0	109,1
		gg. Vp. in %	5,0	2,6	-4,8	-1,9	0,1	-4,4	-4,9	-7,0	-0,3	-0,2	-4,0	20,0	3,9
		gg. Vj. in %	4,4	2,2	-4,5	-2,8	1,0	-6,6	-11,1	-2,2	-8,3	-8,3	-17,0	11,3	8,5
Baugenehmigungen (Neubau)²															
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	70395	76490	78378	17832	20209	21008	19330	6365	7056	5772	6501	5079	5701
		gg. Vj. in %	3,2	8,7	2,5	7,2	4,4	-3,6	3,4	-8,0	2,8	2,9	4,4	-10,0	-3,0
Wohngebäude		Mio. €	39266	43680	46466	10414	12102	12507	11443	3922	4114	3433	3897	3141	3447
		gg. Vj. in %	5,3	11,2	6,4	13,3	5,5	1,2	7,4	0,0	8,5	3,3	10,1	-6,4	4,2
Nichtwohngebäude		Mio. €	31129	32809	31913	7418	8107	8501	7887	2443	2942	2340	2605	1938	2254
		gg. Vj. in %	0,6	5,4	-2,7	-0,2	2,7	-9,9	-1,9	-18,4	-4,1	2,5	-3,2	-15,1	-12,4
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	23531	23624	24145	5688	6064	6526	5868	1908	2300	1740	1828	1399	1448
		gg. Vj. in %	2,5	0,4	2,2	13,6	3,7	-4,1	-1,6	-15,2	6,8	1,1	-12,5	-15,6	-27,9
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	7598	9185	7768	1731	2044	1975	2019	535	642	600	776	539	806
		gg. Vj. in %	-4,7	20,9	-15,4	-28,7	-0,2	-25,0	-2,8	-27,9	-29,8	6,8	29,4	-13,8	42,6
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	126	137	141	32,3	36,7	37,7	34,1	11,7	12,3	10,3	11,5	9,4	10,1
		gg. Vj. in %	2,0	8,5	2,8	10,2	0,4	-2,0	4,5	-4,0	5,5	3,2	4,8	-10,5	-1,6
		gg. Vp. in %	2,4	8,9	3,1	7,6	-2,9	-0,4	0,1	-3,5	4,0	-2,2	0,1	-0,4	3,5
ifo Konjunkturtest⁴															
			2012	2013	2014	2014			2015		2015				
						2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	71,7	71,8	73,8	75,0	78,6	77,7	62,5	78,1	76,1	66,8	59,3	61,5	68,9
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	18,1	28,4	8,6	2,7	3,0	4,0	38,3	3,0	6,0	19,0	51,0	45,0	27,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2014			2015	2014		2015			
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	2,6	6,2	9,1	13,0	6,5	2,4	7,4	2,6	4,2	6,6	6,7	8,9	10,2
Geschäftslage	Salden	13,6	9,3	13,4	18,1	11,6	7,5	12,4	7,8	9,0	12,5	11,7	13,1	16,7
Geschäftserwartungen	Salden	-7,5	3,4	4,2	8,3	-0,6	-2,5	2,5	-2,5	-0,5	0,9	1,9	4,7	3,9
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	3,8	9,2	12,9	17,6	10,6	4,4	10,5	3,9	7,0	9,3	9,5	12,6	14,2
Geschäftslage	Salden	17,5	12,3	18,9	23,9	17,8	11,1	16,1	11,5	13,0	16,1	15,2	17,0	22,8
Geschäftserwartungen	Salden	-9,0	6,2	7,1	11,6	3,6	-2,1	5,0	-3,4	1,2	2,7	3,9	8,3	5,9
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	2,6	7,9	13,5	16,7	12,0	5,6	12,0	4,8	8,9	10,1	11,2	14,6	13,6
Geschäftslage	Salden	14,8	7,8	20,2	23,9	20,9	12,9	16,3	12,9	13,1	15,2	15,5	18,2	17,8
Geschäftserwartungen	Salden	-8,8	8,1	7,0	9,8	3,4	-1,3	7,7	-3,0	4,7	5,1	7,0	11,1	9,4
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	4,3	10,4	15,1	23,5	11,9	3,2	10,8	2,8	4,8	11,1	8,5	12,9	12,7
Geschäftslage	Salden	23,0	14,8	20,4	28,9	19,6	8,5	14,9	8,9	10,4	16,1	13,4	15,1	24,8
Geschäftserwartungen	Salden	-12,7	6,1	9,9	18,2	4,6	-1,9	6,8	-3,0	-0,7	6,1	3,7	10,7	1,3
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	5,6	8,7	7,6	9,3	6,0	2,0	6,9	1,7	5,1	4,9	6,3	9,6	12,2
Geschäftslage	Salden	13,3	16,3	14,4	16,8	11,2	10,6	17,4	12,4	14,8	15,0	16,3	20,9	23,7
Geschäftserwartungen	Salden	-1,9	1,4	1,1	2,1	1,0	-6,4	-3,0	-8,4	-4,2	-4,7	-3,2	-1,2	1,4
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-5,4	-1,1	-3,0	-4,7	-3,8	-3,8	-6,3	-3,2	-5,1	-5,6	-5,7	-7,7	-5,3
Geschäftslage	Salden	-4,2	0,1	-3,3	-2,9	-4,6	-4,5	-7,3	-4,7	-5,4	-6,4	-6,2	-9,4	-4,8
Geschäftserwartungen	Salden	-6,6	-2,3	-2,8	-6,4	-3,0	-3,0	-5,3	-1,6	-4,7	-4,7	-5,2	-6,1	-5,7
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	16,9	16,7	22,6	23,1	21,0	23,0	23,7	19,1	26,1	24,8	23,0	23,3	22,7
Geschäftslage	Salden	28,2	22,9	32,4	33,9	31,8	31,6	30,8	28,0	33,0	32,5	27,8	32,1	34,9
Geschäftserwartungen	Salden	6,3	10,8	13,3	12,8	10,9	14,8	16,9	10,6	19,4	17,5	18,4	14,9	11,1
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	24,8	16,9	40,0	63,1	43,8	5,5	41,0	3,3	10,0	22,4	45,5	55,1	70,2
Konjunkturerwartungen	Salden	-5,0	44,7	29,6	35,4	14,2	14,3	52,1	11,5	34,9	48,4	53,0	54,8	53,3

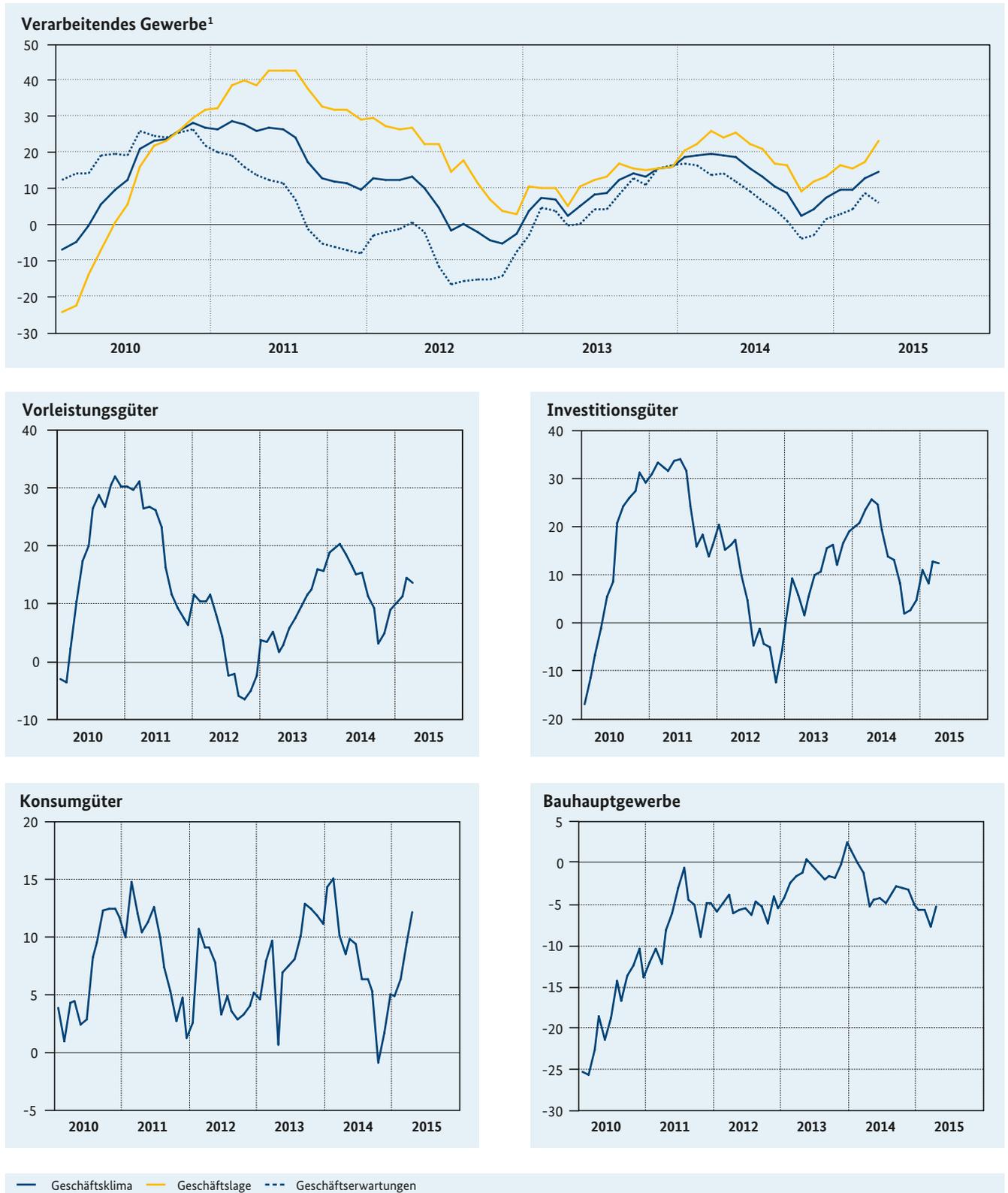
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2012		2013		2014					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	103,0	103,8	105,0	102,8	103,1	103,3	103,9	104,2	103,9	104,6	104,5	105,3	106,1
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,7	0,8	1,2	0,0	0,2	0,2	0,6	0,3	-0,3	0,6	0,0	0,8	0,8
	gg. Vj. in %	0,7	0,8	1,2	0,1	0,4	-0,4	1,0	2,0	0,7	1,0	0,8	1,1	1,7
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1652	1681	1722	413	414	417	420	423	422	426	428	432	438
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	2,0	1,8	2,4	0,1	0,4	0,6	0,8	0,8	-0,3	1,0	0,3	1,1	1,3
	gg. Vj. in %	2,0	1,8	2,4	1,4	1,3	0,2	2,0	3,2	1,8	2,2	2,1	2,3	3,2
Einzelhandelsumsätze¹														
		2014			2015				2014		2015			
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Einzelhandel	Index	101,0	101,3	103,1	102,7	102,7	104,4	105,5	105,3	106,1	105,9	104,4	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	-0,1	0,3	1,8	0,1	0,0	1,7	1,1	0,9	0,8	-0,2	-1,4	-	-
	gg. Vj. in %	-0,1	0,4	1,8	1,1	1,0	3,3	2,9	5,4	4,0	3,2	1,6	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,3	101,3	102,6	103,0	102,3	103,2	103,7	103,5	105,4	103,4	102,2	-	-
	gg. Vp. In %	-0,1	1,0	1,3	1,0	-0,7	0,9	0,5	0,3	1,8	-1,9	-1,2	-	-
	gg. Vj. in %	-0,2	1,0	1,5	2,3	0,5	2,2	1,5	4,2	4,2	1,5	-0,8	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	99,0	98,8	99,9	99,3	99,7	98,1	103,2	98,5	102,0	106,5	101,1	-	-
	gg. Vp. In %	-1,6	-0,2	1,1	-3,2	0,4	-1,6	5,2	-1,0	3,6	4,4	-5,1	-	-
	gg. Vj. in %	-1,5	-0,2	1,0	-0,7	-0,8	0,2	0,6	3,2	0,9	3,5	-2,0	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	115,7	117,5	122,1	120,7	122,6	127,7	128,8	128,4	130,1	129,4	126,9	-	-
	gg. Vp. In %	6,3	1,6	3,9	2,7	1,6	4,2	0,9	0,0	1,3	-0,5	-1,9	-	-
	gg. Vj. in %	5,9	1,6	4,4	4,2	3,7	9,2	9,6	10,1	10,3	9,6	8,9	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	102,8	99,7	99,6	98,9	98,5	100,7	102,6	101,7	102,7	102,0	103,0	-	-
	gg. Vp. In %	-0,2	-3,0	-0,1	-1,3	-0,4	2,2	1,9	1,1	1,0	-0,7	1,0	-	-
	gg. Vj. in %	-0,3	-3,0	0,0	-1,9	-1,2	1,9	2,4	4,5	3,8	1,0	2,5	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	103,3	102,1	104,7	103,9	104,2	105,3	-	106,7	108,3	110,3	-	-	-
	gg. Vp. In %	-2,1	-1,2	2,5	-1,2	0,3	1,1	-	2,1	1,5	1,8	-	-	-
	gg. Vj. in %	-2,1	-1,2	2,4	1,5	1,7	0,7	-	2,7	3,2	4,9	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	102,2	100,7	102,0	100,9	102,4	102,7	-	101,3	103,6	104,4	-	-	-
	gg. Vp. In %	-0,2	-1,5	1,3	-1,2	1,5	0,3	-	-2,3	2,3	0,8	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,0	-1,6	1,3	0,9	0,9	1,7	-	1,1	1,7	1,7	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	3083	2952	3037	827	743	755	758	230	211	223	323	291	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-4,2	2,9	-0,3	4,1	2,7	6,4	6,7	2,6	6,6	9,0	6,3	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1176	1120	1099	313	273	254	255	77	66	74	116	104	-
	gg. Vj. in %	-7,7	-4,8	-1,9	-6,6	-2,5	-3,6	-1,3	5,5	-9,1	-2,4	4,6	-1,0	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	104,1	105,7	106,6	106,5	107,0	106,7	106,4	106,7	105,6	106,5	107,0	107,0	-
	gg. Vj. in %	2,0	1,5	0,9	1,1	0,8	0,5	0,0	0,2	-0,3	0,1	0,3	0,5	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	3,4	4,4	1,0	0,8	0,4	-0,2	-0,6	-1,2	-1,3	-0,4	-0,1	1,1	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,3	1,5	1,5	1,5	1,5	1,3	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	5,8	4,1	-0,9	-0,1	-0,8	-2,3	-4,8	-3,8	-5,7	-4,6	-4,2	-4,7	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	2,5	-0,5	-0,8	-0,1	-0,7	-1,5	-3,4	-3,3	-4,5	-3,6	-2,0	-2,0	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁴	Salden	0,6	1,8	2,9	7,6	0,4	-4,0	3,9	-4,2	3,2	3,4	5,2	2,6	-
Geschäftslage	Salden	8,2	5,9	8,9	14,7	8,2	0,7	11,4	4,3	11,5	10,9	11,9	10,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	-6,7	-2,2	-2,9	0,8	-7,0	-8,5	-3,3	-12,3	-4,7	-3,9	-1,3	-5,2	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	5,9	6,5	8,5	8,5	8,8	8,5	9,3	8,7	9,0	9,3	9,7	10,0	10,1
Anschaffungsneigung	Punkte	33,6	40,0	48,7	50,4	48,1	47,8	57,6	49,7	53,3	58,4	61,1	61,8	-

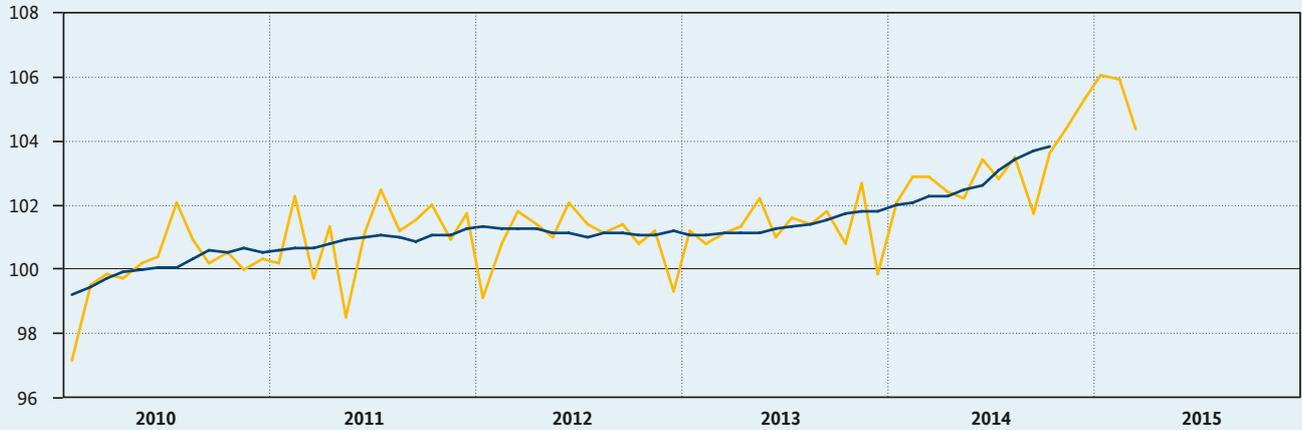
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Einzelhandelsumsätze insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)¹



— gleitender 12-Monatswert — Monatswerte

Geschäftsklima Einzelhandel – Salden (ifo Institut)²



GfK – Indikator Konsumklima (Indikatorpunkte, reale Änderung gegen Vorjahresmonat in %)³



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

		2014			2015			2014			2015			
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	189	187	227	51	61	60	64	22,2	17,3	20,9	21,4	20,4	22,6
	gg. Vp. in %	16,1	-1,4	21,6	-4,7	18,8	-1,2	6,7	8,6	-22,4	20,9	2,4	-4,6	10,8
Warenhandel	in Mrd. €	198	210	231	55	60	62	60	22,1	18,3	21,8	19,8	20,3	20,0
	gg. Vp. in %	23,3	5,9	10,2	1,6	8,8	3,9	-3,4	11,2	-17,0	18,6	-9,0	2,5	-1,7
Ausfuhr	in Mrd. €	1077	1088	1127	278	284	289	289	97,2	94,4	97,1	94,6	96,0	98,0
	gg. Vp. in %	5,0	1,0	3,6	0,3	2,3	1,6	0,0	1,2	-2,8	2,8	-2,6	1,5	2,2
Einfuhr	in Mrd. €	879	878	896	223	224	226	229	75,1	76,1	75,3	74,8	75,7	78,1
	gg. Vp. in %	1,6	-0,1	2,1	0,0	0,7	1,0	0,9	-1,5	1,3	-1,0	-0,8	1,2	3,2
Dienstleistungen	in Mrd. €	-35	-45	-39	-9	-10	-12	-8	-4,1	-3,9	-3,7	-2,8	-2,9	-2,6
	gg. Vp. in %	10,1	26,6	-11,6	-0,5	16,0	15,0	-30,0	18,0	-3,2	-6,1	-24,7	2,5	-10,5
Einnahmen	in Mrd. €	192	201	210	52	52	53	55	17,6	17,4	17,6	18,3	18,1	18,4
	gg. Vp. in %	7,2	4,5	4,2	0,5	-0,5	0,8	4,1	0,6	-1,0	1,3	3,5	-0,7	1,8
Ausgaben	in Mrd. €	228	246	249	61	62	64	63	21,7	21,4	21,3	21,0	21,0	21,0
	gg. Vp. in %	7,7	7,9	1,4	0,4	1,9	3,1	-2,1	3,4	-1,4	-0,1	-1,4	-0,3	0,1
Primäreinkommen	in Mrd. €	67	59	68	15	18	18	21	6,2	6,1	5,7	7,2	6,4	7,8
	gg. Vp. in %	-4,5	-12,0	15,2	-5,5	19,3	-2,2	19,0	-6,1	-0,5	-7,3	27,2	-11,6	21,6
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-41	-38	-33	-10	-7	-8	-9	-2,0	-3,3	-2,9	-2,9	-3,4	-2,6
	gg. Vp. in %	13,4	-7,4	-12,8	33,3	-31,6	16,5	9,3	-22,2	67,9	-12,5	0,0	19,4	-25,3

Außenhandel nach Ländern²

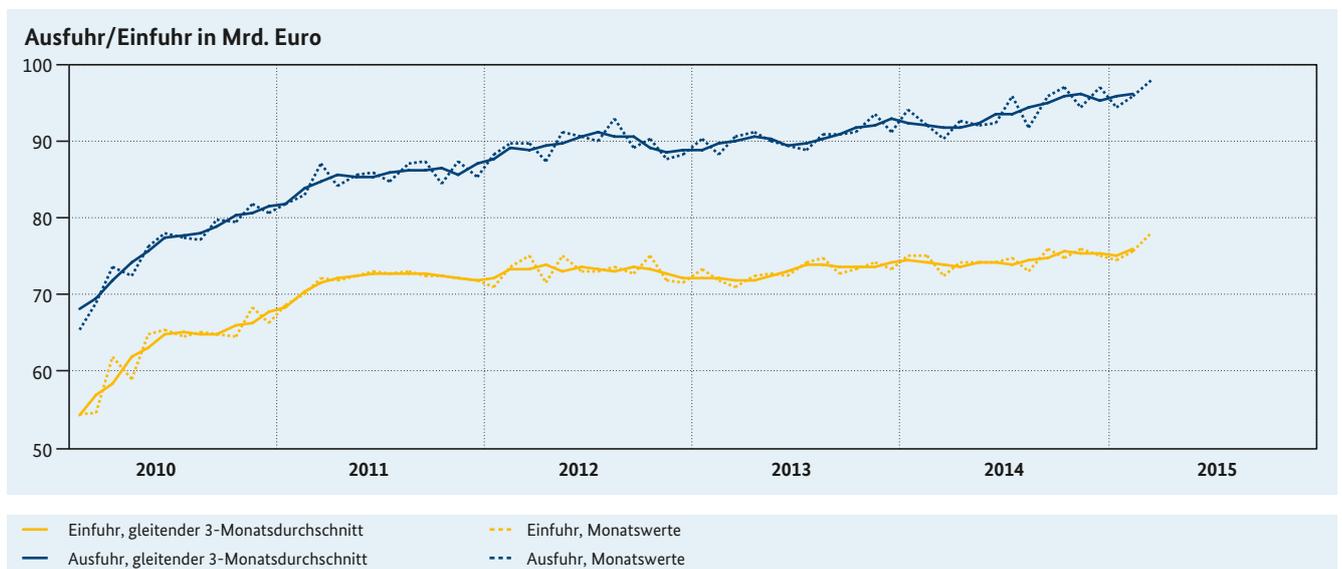
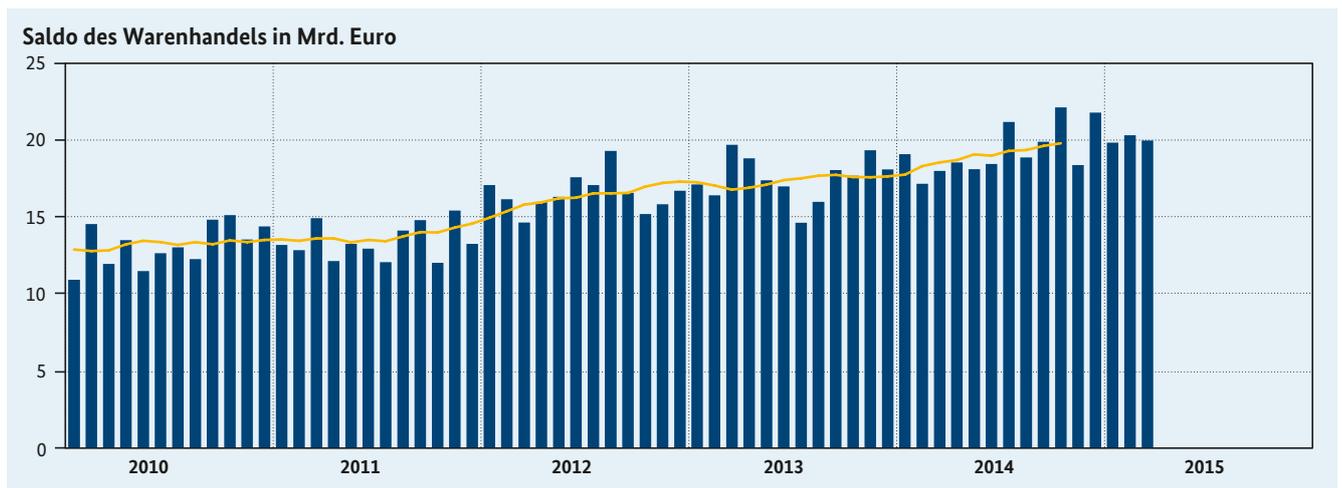
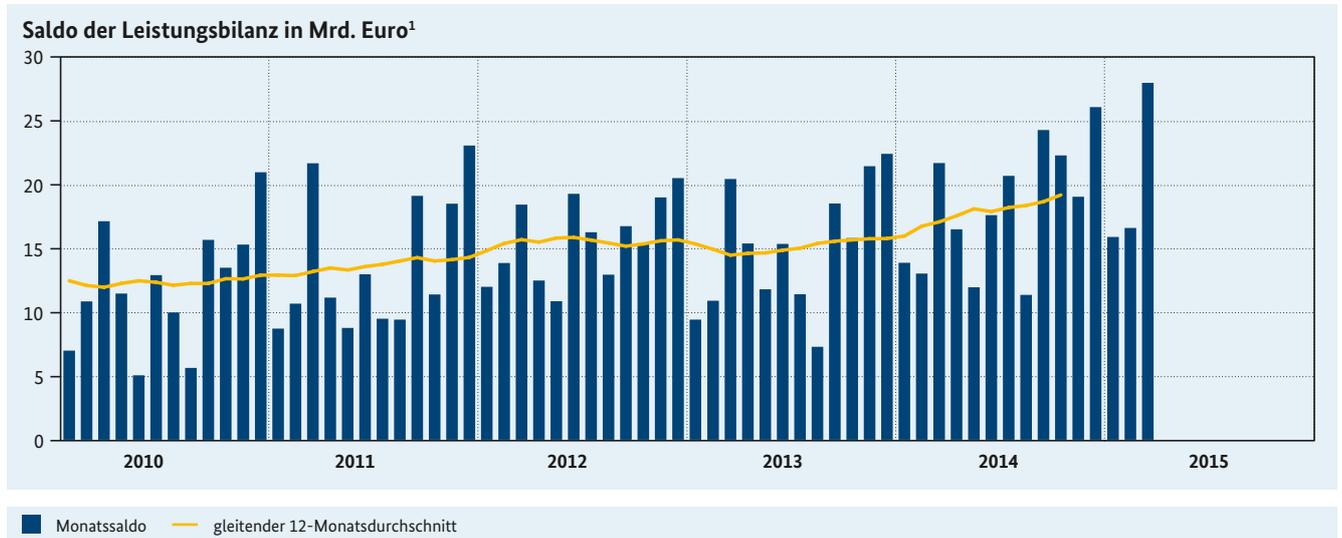
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1096	1093	1134	278	287	290	293	103,9	96,0	90,1	89,9	95,7	107,5
	gg. Vj. in %	3,3	-0,2	3,7	1,5	5,4	5,3	5,4	5,0	1,6	10,0	-0,6	3,9	12,4
EU-Länder	in Mrd. €	623	624	657	163	163	167	172	59,7	56,2	50,8	54,1	56,5	61,5
	gg. Vj. in %	-	0,2	5,4	4,2	6,4	6,0	4,5	4,0	5,1	9,5	-0,7	3,3	10,8
Eurozone ¹	in Mrd. €	407	403	417	104	102	105	109	37,7	35,3	32,1	34,4	35,8	38,6
	gg. Vj. in %	-	-0,8	3,3	2,8	4,2	3,6	3,0	2,3	2,7	6,2	-2,2	2,2	9,1
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	216	220	241	59	61	62	63	22,1	20,9	18,7	19,7	20,7	23,0
	gg. Vj. in %	-	2,0	9,2	6,8	10,3	10,3	7,2	7,0	9,3	15,7	2,2	5,3	13,7
Drittländer	in Mrd. €	473	469	476	116	124	123	121	44,2	39,8	39,3	35,8	39,2	46,0
	gg. Vj. in %	-	-0,8	1,5	-2,1	4,1	4,4	6,6	6,3	-3,0	10,5	-0,5	4,7	14,7
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	906	898	917	227	228	231	235	81,9	78,1	71,2	74,1	76,2	84,5
	gg. Vj. in %	0,4	-0,9	2,1	0,5	2,1	2,2	1,8	0,8	1,9	4,1	-2,2	0,3	7,1
EU-Länder	in Mrd. €	573	579	600	150	147	152	152	54,0	51,5	46,4	47,0	50,3	55,0
	gg. Vj. in %	-	1,0	3,7	2,8	3,8	2,6	1,0	1,2	3,4	3,2	-2,6	0,2	5,0
Eurozone	in Mrd. €	402	402	413	104	101	104	105	36,8	35,2	31,9	32,4	34,8	37,8
	gg. Vj. in %	-	0,0	2,7	1,0	3,0	1,8	0,6	0,3	3,8	1,4	-3,8	0,3	4,9
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	171	177	187	47	46	48	47	17,2	16,3	14,6	14,6	15,5	17,2
	gg. Vj. in %	-	3,3	5,8	6,8	5,7	4,2	1,9	3,1	2,7	7,3	0,0	-0,1	5,4
Drittländer	in Mrd. €	333	319	317	77	81	79	82	27,9	26,6	24,7	27,1	25,8	29,5
	gg. Vj. in %	-	-4,0	-0,9	-3,6	-0,9	1,4	3,4	-0,1	-1,1	6,0	-1,5	0,6	11,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungenbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

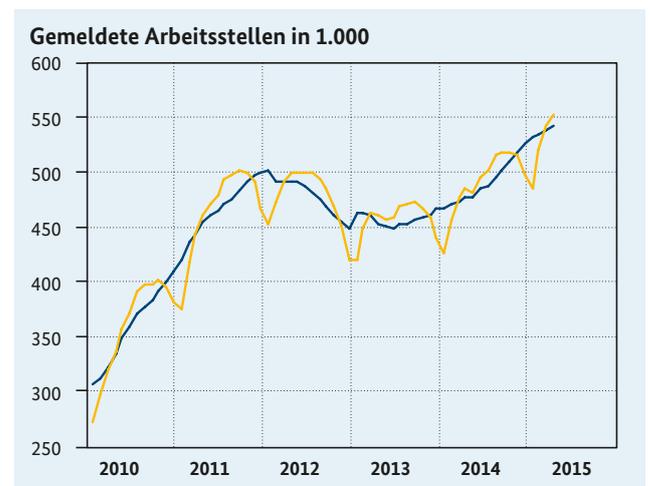
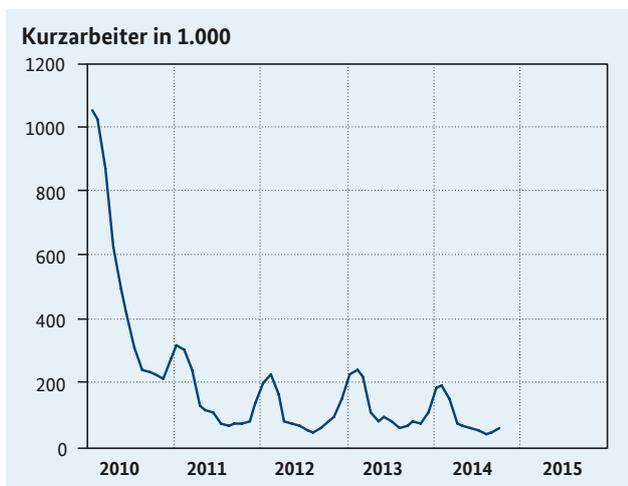
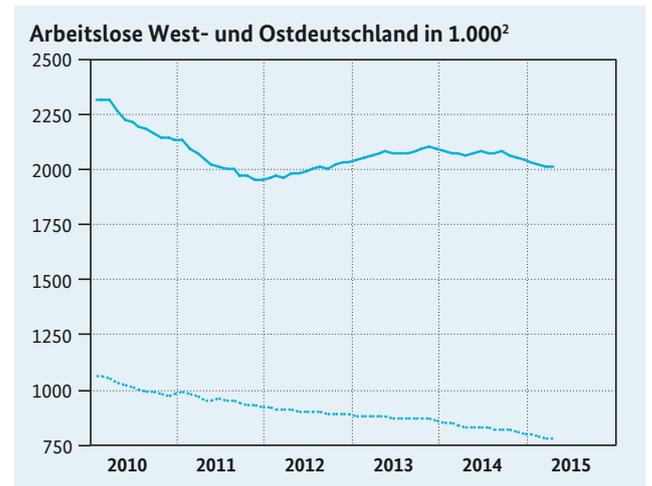
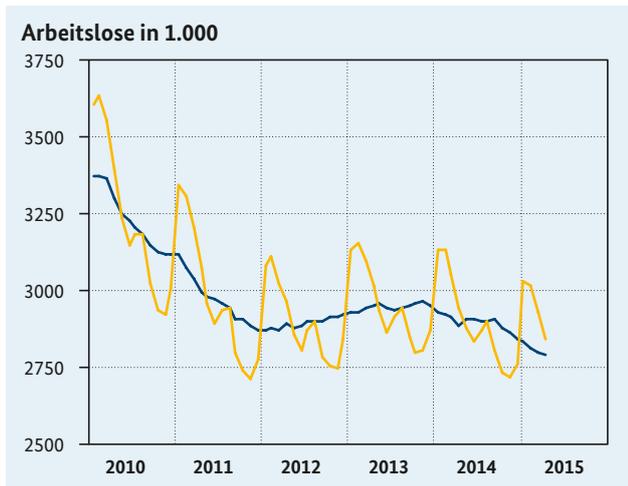
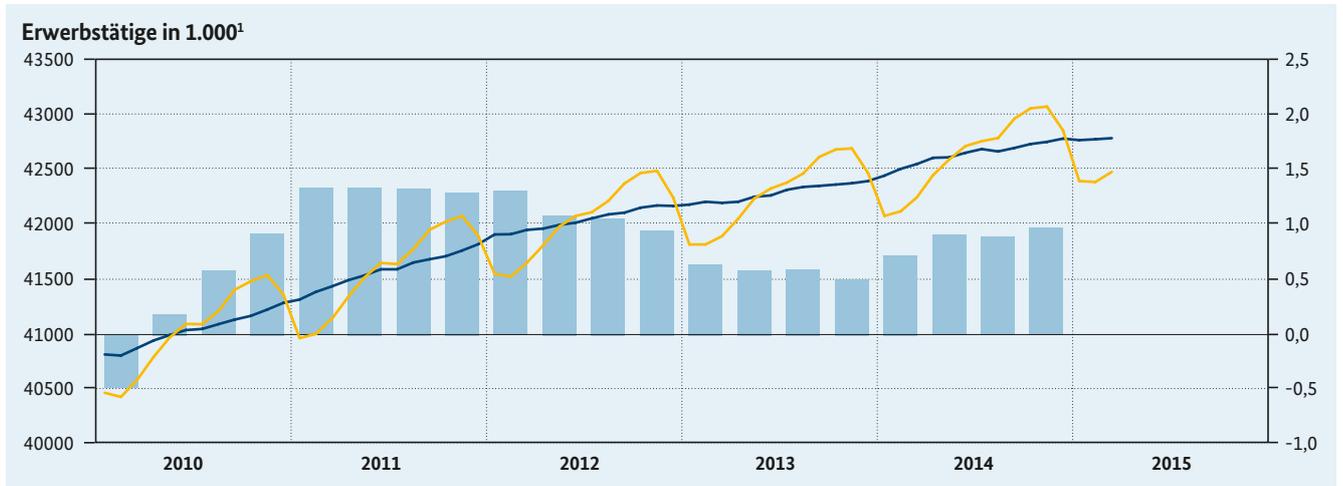
		2014			2015				2014		2015			
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	42033	42281	42638	42582	42834	42994	42415	43073	42853	42389	42382	42474	-
	gg. Vj. in Tsd.	+462	+248	+356	+384	+352	+383	+275	+383	+390	+319	+270	+235	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	29361	29728	30228	30120	30365	30609	-	30708	30444	30258	30317	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+642	+367	+500	+515	+497	+538	-	+558	+560	+521	+533	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2224	2182	2090	2048	2033	2012	2097	2106	1913	2063	2207	2020	-
	gg. Vj. in Tsd.	-175	-43	-92	-117	-81	-61	-169	+31	-130	-242	-59	-207	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	4,9	4,9	4,8	5,0	5,0	4,5	4,9	5,3	4,8	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2897	2950	2898	2886	2860	2738	2993	2717	2764	3032	3017	2932	2843
	gg. Vj. in Tsd.	-79	+53	-52	-55	-43	-89	-116	-89	-110	-104	-121	-123	-100
SGB II	in Tsd.	1995	1981	1965	1986	1951	1892	1983	1882	1897	1989	1983	1976	1975
	gg. Vj. in Tsd.	-89	-14	-16	-10	-18	-44	-49	-43	-53	-43	-51	-52	-30
SGB III	in Tsd.	902	970	933	900	909	846	1011	834	867	1043	1034	955	868
	gg. Vj. in Tsd.	+10	+67	-36	-45	-25	-46	-67	-47	-57	-61	-70	-71	-70
Westdeutschland	in Tsd.	2000	2080	2075	2063	2073	1970	2137	1957	1980	2160	2153	2097	2044
	gg. Vj. in Tsd.	-27	+80	-6	-5	-1	-39	-55	-39	-54	-47	-57	-62	-50
Ostdeutschland	in Tsd.	897	870	824	823	788	767	856	760	783	871	864	834	799
	gg. Vj. in Tsd.	-53	-27	-46	-49	-42	-50	-61	-50	-56	-57	-64	-61	-51
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,6	6,6	6,3	6,9	6,3	6,4	7,0	6,9	6,8	6,5
Westdeutschland	in %	5,9	6,1	5,9	5,9	5,9	5,6	6,1	5,6	5,7	6,2	6,2	6,0	5,8
Ostdeutschland	in %	10,7	10,3	9,8	9,7	9,3	9,1	10,1	9,0	9,3	10,3	10,2	9,9	9,5
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	648	637	586	641	635	679	612	626	773	631	634	660
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	643	645	647	660	649	649	623	628	580	505	645	719	749
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	67	77	49	56	37	45	-	51	36	45	43	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-34	+10	-27	-31	-20	-15	-	-16	-9	-18	-14	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3928	3901	3803	3807	3735	3648	3856	3636	3671	3864	3889	3816	3709
	gg. Vj. in Tsd.	-284	-27	-99	-102	-107	-129	-165	-131	-143	-155	-172	-167	-167
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	478	457	490	487	512	510	515	515	498	485	519	542	552
	gg. Vj. in Tsd.	+11	-21	+33	+28	+41	+55	+63	+57	+57	+60	+63	+66	+66
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+463	+248	+356	+124	+59	+74	+21	+21	+30	-14	+7	+10	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+643	+366	+499	+131	+108	+137	-	+71	+50	+39	+64	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-183	-42	-86	-20	+1	-44	-68	-24	-27	-24	-20	-15	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	5,0	5,0	4,9	4,7	4,9	4,8	4,8	4,7	4,7	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-76	+53	-52	-20	-1	-37	-48	-15	-25	-9	-19	-14	-8
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-91	-12	-16	-18	-1	-10	-19	-5	-11	-3	-10	-2	+4
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+15	+65	-37	-2	0	-28	-28	-11	-13	-5	-11	-11	-12
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-24	+80	-6	-5	+6	-24	-27	-10	-15	-4	-11	-8	-2
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-53	-27	-46	-15	-7	-13	-20	-6	-9	-5	-8	-6	-6
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,7	6,7	6,6	6,5	6,6	6,5	6,5	6,5	6,4	6,4
Westdeutschland	in %	5,9	6,0	5,9	6,0	5,9	5,9	5,8	5,9	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8
Ostdeutschland	in %	10,6	10,3	9,8	9,8	9,7	9,6	9,3	9,6	9,5	9,4	9,3	9,2	9,2
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-282	-26	-99	-33	-25	-46	-53	-19	-19	-15	-20	-18	-19
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+12	-21	+33	+10	+15	+22	+17	+8	+8	+6	+2	+5	+4
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	107,0	106,1	106,8	106,8	106,5	106,3	107,7	105,2	106,7	108,1	106,9	108,1	108,1
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	98,7	99,8	100,7	100,2	100,3	101,1	101,3	100,9	101,6	101,6	101,4	100,8	100,3
BA-X Stellenindex	Index	166,3	158,9	168,9	165,0	169,0	177,3	183,3	176,0	181,0	183,0	183,0	184,0	186,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 ⋯ Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

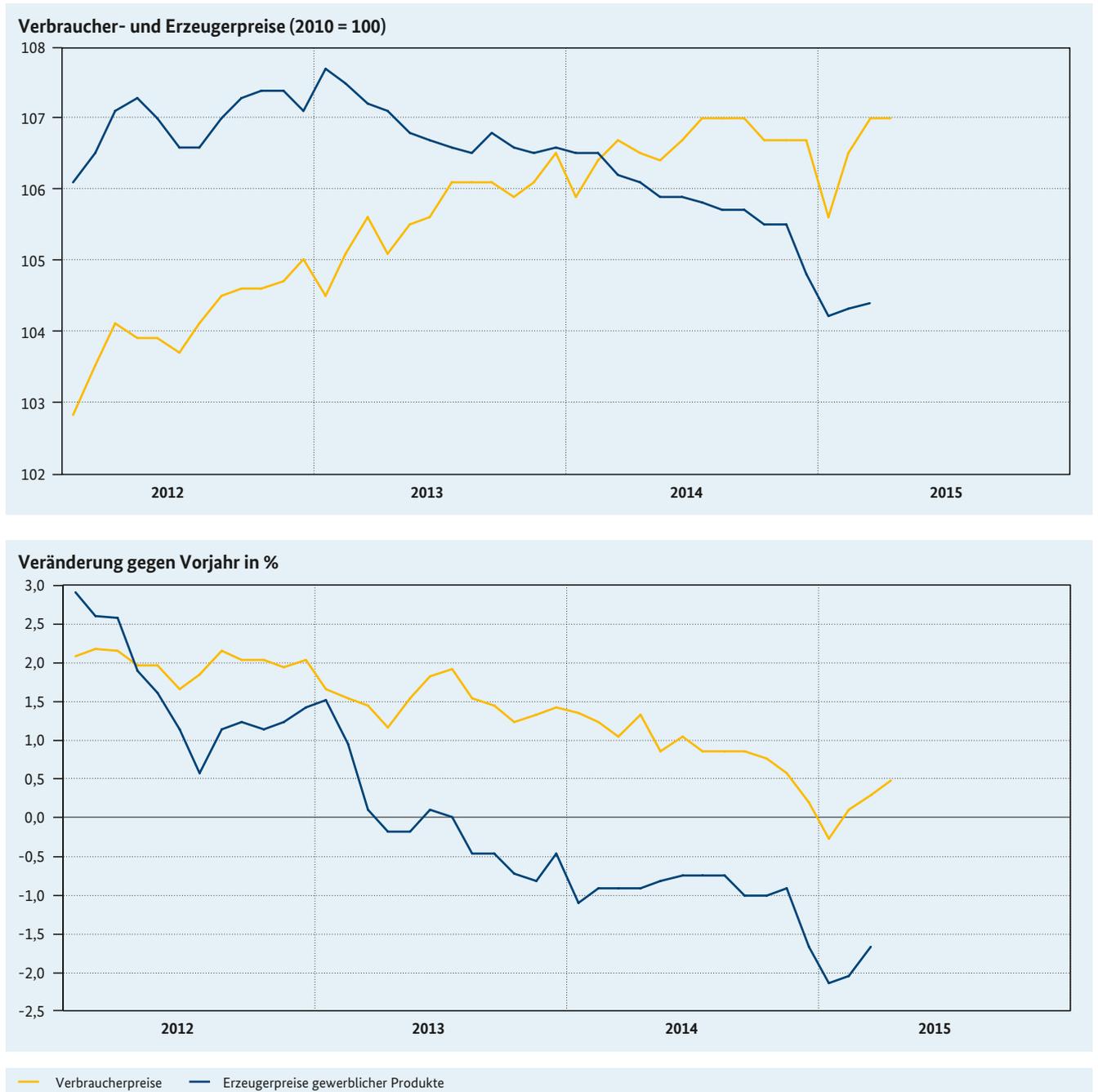
Bundesrepublik Deutschland

		2014			2015			2014		2015				
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	104,1	105,7	106,6	106,5	107,0	106,7	106,4	106,7	106,7	105,6	106,5	107,0	107,0
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+1,0	+0,8	+0,5	+0,1	+0,6	+0,2	-0,3	+0,1	+0,3	+0,5
Waren	Index	105,9	107,7	107,9	108,2	108,0	107,5	106,4	107,7	106,7	105,5	106,4	107,4	107,8
	gg. Vj. in %	+2,7	+1,7	+0,2	+0,3	+0,2	-0,5	-1,4	-0,2	-1,2	-2,0	-1,4	-0,8	-0,6
Verbrauchsgüter	Index	109,0	111,5	111,7	112,1	112,1	110,8	109,7	111,1	109,7	108,7	109,9	110,4	110,9
	gg. Vj. in %	+3,9	+2,3	+0,2	+0,6	+0,2	-0,7	-2,1	-0,2	-2,0	-2,9	-2,0	-1,3	-1,1
darunter:	Index	105,7	110,4	111,5	111,7	110,9	110,7	112,0	110,4	110,8	111,4	112,3	112,2	113,2
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+3,4	+4,4	+1,0	+0,7	+0,4	-0,2	-0,5	0,0	-1,2	-1,3	-0,4	-0,1	+1,1
darunter:	Index	115,8	120,6	119,5	120,1	120,0	117,6	114,4	118,4	115,6	113,3	114,9	114,9	114,5
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	+5,9	+4,1	-0,9	-0,1	-0,7	-2,2	-4,8	-1,4	-3,8	-5,7	-4,6	-4,2	-4,7
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	102,7	104,1	104,8	105,3	103,9	106,1	104,2	106,4	105,7	102,6	103,3	106,6	106,7
	gg. Vj. in %	+1,8	+1,4	+0,7	+0,5	+0,8	+0,5	+0,2	+0,3	+1,1	+0,3	-0,3	+0,4	+0,6
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	98,0	97,4	96,9	96,9	96,9	96,7	96,8	96,6	96,8	96,8	96,7	97,0	97,2
	gg. Vj. in %	-0,8	-0,6	-0,5	-0,7	-0,4	-0,5	-0,2	-0,6	-0,4	-0,3	-0,3	+0,1	+0,4
Dienstleistungen	Index	102,4	103,8	105,5	105,0	106,1	106,0	106,3	105,8	106,6	105,7	106,6	106,6	106,2
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,4	+1,6	+1,7	+1,5	+1,5	+1,4	+1,4	+1,4	+1,3	+1,5	+1,3	+1,2
darunter:	Index	102,5	103,8	105,4	105,2	105,5	105,9	106,2	105,9	106,0	106,1	106,2	106,3	106,5
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,2	+1,3	+1,5	+1,5	+1,4	+1,5	+1,3	+1,4	+1,4	+1,3	+1,3	+1,3	+1,3
Insgesamt ohne Energie	Index	102,6	104,2	105,6	105,3	105,9	106,0	106,2	105,9	106,4	105,6	106,4	106,7	106,6
	gg. Vj. in %	+1,5	+1,6	+1,3	+1,3	+1,3	+1,0	+1,0	+1,0	+1,0	+0,9	+1,1	+1,0	+1,2
Energie	Index	116,4	118,0	115,5	116,9	116,6	112,5	107,6	113,5	109,1	105,6	107,8	109,3	109,8
	gg. Vj. in %	+5,7	+1,4	-2,1	-0,8	-1,9	-3,8	-7,3	-2,5	-6,6	-9,0	-7,3	-5,7	-5,9
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	104,1	105,7	106,6	106,6	106,9	106,6	106,4	106,7	106,3	106,0	106,5	106,7	107,0
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+0,9	+0,8	+0,6	0,0	+0,6	+0,2	-0,3	+0,1	+0,3	+0,4
HVPI⁴	Index	113,5	115,3	116,2	116,1	116,6	116,2	115,8	116,2	116,3	114,8	116,0	116,6	116,5
	gg. Vj. in %	+2,2	+1,6	+0,8	+1,0	+0,8	+0,4	-0,1	+0,5	+0,1	-0,5	0,0	+0,2	+0,3
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	107,0	106,9	105,8	106,0	105,7	105,3	104,3	105,5	104,8	104,2	104,3	104,4	-
	gg. Vj. in %	+1,6	-0,1	-1,0	-0,8	-0,8	-1,2	-2,0	-0,9	-1,7	-2,2	-2,1	-1,7	-
Vorleistungsgüter	Index	105,8	104,6	103,5	103,5	103,6	103,4	102,5	103,4	103,1	102,7	102,4	102,5	-
	gg. Vj. in %	+0,2	-1,1	-1,1	-1,3	-0,4	-0,4	-1,2	-0,3	-0,6	-1,1	-1,3	-1,1	-
Investitionsgüter	Index	102,2	103,0	103,5	103,4	103,5	103,7	103,9	103,7	103,7	103,9	103,9	104,0	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+0,8	+0,5	+0,5	+0,5	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	+0,7	-
Konsumgüter	Index	106,3	108,4	109,0	109,4	109,3	108,1	107,9	108,1	107,8	107,7	107,9	108,2	-
	gg. Vj. in %	+2,7	+2,0	+0,6	+1,2	+0,5	-0,8	-1,2	-0,8	-1,1	-1,3	-1,2	-0,9	-
Gebrauchsgüter	Index	103,3	104,3	105,7	105,6	105,8	105,9	106,6	105,9	105,9	106,5	106,6	106,7	-
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,0	+1,3	+1,2	+1,3	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	+1,1	+1,1	-
Verbrauchsgüter	Index	106,8	109,0	109,5	109,9	109,8	108,4	108,1	108,4	108,0	107,8	108,1	108,4	-
	gg. Vj. in %	+2,9	+2,1	+0,5	+1,1	+0,3	-1,1	-1,5	-1,1	-1,5	-1,6	-1,5	-1,3	-
Energie	Index	113,0	112,0	108,5	108,8	107,8	107,0	104,3	107,8	105,9	103,8	104,5	104,5	-
	gg. Vj. in %	+3,0	-0,9	-3,1	-2,7	-3,4	-3,9	-5,5	-3,1	-4,9	-6,3	-5,5	-4,7	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	105,4	107,5	109,4	109,2	109,6	109,8	110,6	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,5	+2,0	+1,8	+1,7	+1,7	+1,6	+1,6	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	106,3	108,9	110,3	110,0	110,8	110,8	111,1	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+3,7	+2,4	+1,3	+1,2	+1,3	+1,1	+1,3	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2005 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

		2014			2015			2014		2015				
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	125,1	122,5	113,8	124,1	117,4	91,9	69,2	94,1	78,9	65,5	72,4	69,6	74,2
	gg. Vj. in %	-2,8	-2,0	-7,2	+5,4	-6,0	-24,9	-43,1	-22,0	-36,1	-45,5	-40,9	-43,0	-39,6
Nahrungs- und Genussmittel	Index	122,5	109,1	105,9	116,8	100,4	98,5	92,2	99,5	98,4	94,8	92,7	89,0	87,8
	gg. Vj. in %	-5,1	-10,9	-2,9	+3,0	-4,0	-2,7	-14,7	-0,8	-3,2	-5,0	-14,3	-23,3	-26,3
Industrie-Rohstoffe	Index	96,3	93,6	89,0	90,0	90,5	84,5	76,2	85,1	82,3	78,4	76,1	74,0	73,6
	gg. Vj. in %	-15,8	-2,7	-4,9	-1,6	-0,8	-9,1	-16,4	-7,9	-12,3	-15,7	-16,5	-17,0	-19,4
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	130,9	129,1	119,1	131,3	123,8	92,9	66,2	95,5	76,9	60,9	70,3	67,3	73,4
	gg. Vj. in %	-0,4	-1,4	-7,7	+6,6	-6,7	-28,3	-48,5	-25,0	-41,2	-52,0	-45,8	-47,7	-43,3
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	108,7	105,9	103,6	103,9	103,6	102,4	101,5	102,7	101,0	100,2	101,6	102,6	-
	gg. Vj. in %	+2,2	-2,6	-2,2	-1,9	-1,7	-2,4	-2,9	-2,1	-3,7	-4,4	-3,0	-1,4	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	111,6	112,6	111,9	112,2	111,1	111,3	113,6	111,0	111,5	112,8	113,6	114,4	-
	gg. Vj. in %	+3,8	+0,9	-0,6	-1,0	-0,4	-0,3	+0,5	0,0	-1,1	+0,3	+0,1	+1,1	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	108,4	105,3	102,8	103,1	102,9	101,5	100,2	101,9	100,0	98,9	100,3	101,4	-
	gg. Vj. in %	+2,0	-2,9	-2,4	-2,0	-1,9	-2,5	-3,3	-2,2	-3,9	-4,9	-3,4	-1,7	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	126,8	118,1	109,0	111,5	109,1	101,6	91,5	103,1	94,9	87,8	92,4	94,2	-
	gg. Vj. in %	+3,3	-6,9	-7,7	-4,6	-6,7	-11,9	-19,6	-10,5	-17,8	-23,5	-19,2	-16,0	-
Fertigwaren	Index	102,7	101,3	100,9	100,4	100,9	101,5	102,9	101,5	101,5	102,4	102,8	103,6	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-1,4	-0,4	-1,0	-0,2	+0,7	+2,4	+0,7	+0,9	+1,7	+2,2	+3,2	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,9	104,3	104,0	103,9	104,2	104,1	104,8	104,2	103,9	104,4	104,7	105,3	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-0,6	-0,3	-0,5	0,0	+0,2	+0,8	+0,3	+0,1	+0,4	+0,7	+1,4	-
Terms of Trade	Verhältnis	96,6	98,5	100,4	100,1	100,5	101,7	103,3	101,5	102,9	104,2	103,1	102,6	-
	gg. Vj. in %	-0,5	+2,0	+1,9	+1,5	+1,7	+2,7	+3,9	+2,5	+3,9	+5,0	+3,8	+2,9	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,29	1,33	1,33	1,37	1,33	1,25	1,13	1,25	1,23	1,16	1,14	1,08	1,08
	gg. Vj. in %	-7,6	+3,3	+0,1	+4,9	0,0	-8,2	-17,7	-7,6	-10,0	-14,6	-16,9	-21,6	-22,0
in Yen	Kurs	102,6	129,7	140,4	140,0	137,7	143,0	134,2	145,0	147,1	137,5	134,7	130,4	128,9
	gg. Vj. in %	-7,6	+26,3	+8,3	+8,5	+5,1	+4,6	-4,7	+7,5	+3,8	-2,8	-3,3	-7,8	-9,0
in Pfund-Sterling	Kurs	0,81	0,85	0,81	0,81	0,79	0,79	0,74	0,79	0,79	0,77	0,74	0,72	0,72
	gg. Vj. in %	-6,5	+4,7	-5,0	-4,2	-7,1	-6,1	-10,2	-5,6	-5,7	-7,3	-10,3	-13,0	-12,6
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	98,0	101,7	102,3	103,9	101,7	99,6	93,8	99,6	99,7	95,9	94,0	91,4	90,5
	gg. Vj. in %	-5,3	+3,8	+0,6	+2,9	-0,3	-3,4	-9,8	-3,0	-4,1	-7,3	-9,2	-12,8	-13,5
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	95,8	99,2	98,9	100,4	98,2	96,1	90,4	96,1	96,0	92,4	90,7	88,2	87,3
	gg. Vj. in %	-5,1	+3,6	-0,3	+1,9	-1,3	-4,2	-10,4	-3,7	-5,0	-8,2	-9,9	-13,2	-13,8
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	96,1	98,5	98,6	99,0	98,4	97,8	95,2	97,8	97,7	95,9	95,4	94,4	94,1
	gg. Vj. in %	-2,3	+2,4	+0,1	+0,7	-0,2	-1,3	-4,1	-1,1	-1,7	-3,4	-3,8	-5,0	-5,2
56 Länder	Index	89,0	91,0	91,7	92,2	91,2	90,5	87,6	90,4	90,7	88,6	87,8	86,3	85,6
	gg. Vj. in %	-3,1	+2,3	+0,7	+2,0	-0,2	-1,7	-5,5	-1,5	-2,0	-4,3	-5,1	-7,2	-7,7

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

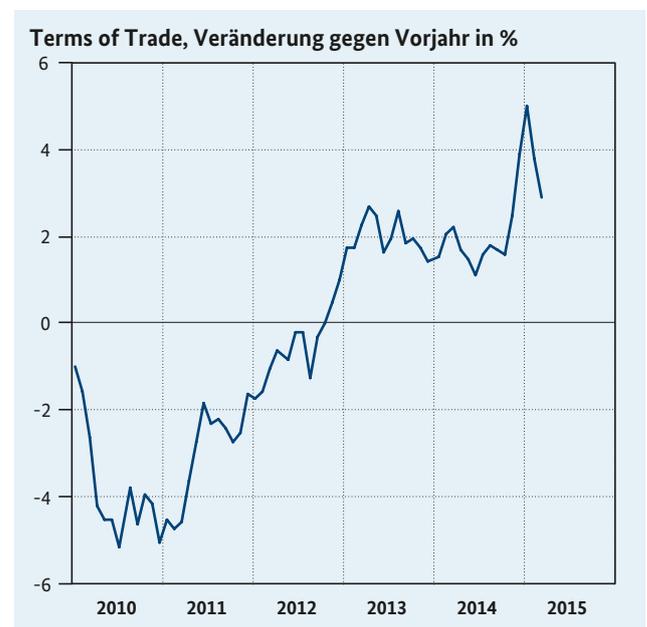
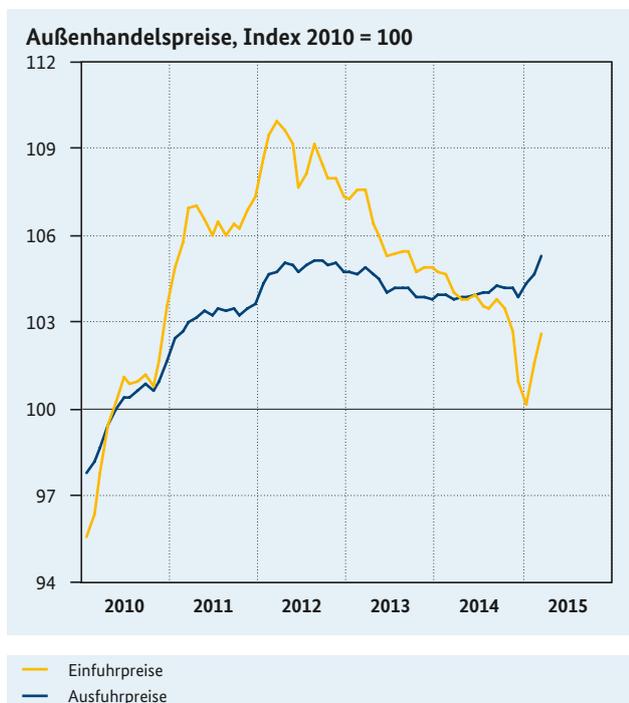
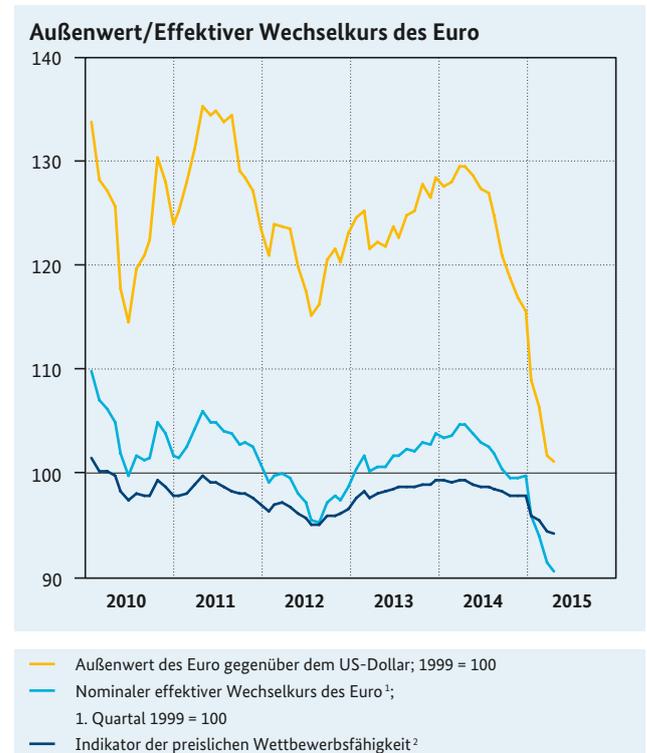
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010=100;

2 Index 2010=100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2014			2015	2014		2015			
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	-	0,12	0,19	0,04	0,04	-0,05	0,04	0,06	-0,04	-0,04	-0,06	-0,10
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,57	0,22	0,21	0,30	0,16	0,08	0,05	0,08	0,08	0,06	0,05	0,03	0,01
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,83	0,34	0,31	0,39	0,26	0,18	0,13	0,18	0,18	0,15	0,13	0,10	0,07
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,11	0,54	0,48	0,57	0,44	0,33	0,26	0,33	0,33	0,30	0,26	0,21	0,18
Differenz 3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	-	0,09	0,11	0,13	0,04	0,09	0,04	0,02	0,10	0,09	0,09	0,11
Umlaufrendite 3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,36	0,41	0,22	0,29	0,12	0,02	-0,14	0,02	0,00	-0,08	-0,16	-0,17	-0,19
Umlaufrendite 5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,93	0,94	0,64	0,74	0,51	0,29	0,03	0,29	0,22	0,09	0,03	-0,02	-0,06
Umlaufrendite 9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,50	1,57	1,16	1,35	0,99	0,70	0,31	0,72	0,59	0,39	0,30	0,23	0,12
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	4,2	7,0	6,0	5,2	5,9	7,0	9,3	6,9	7,9	8,9	9,1	10,0	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	3,3	4,0	2,6	2,1	2,7	3,2	4,2	3,3	3,6	4,0	4,1	4,6	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	1,1	2,1	3,1	4,1	3,1	3,6	3,7	4,0	4,6	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt ²	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	1,2	2,1	3,1	-	3,1	3,5	3,8	4,1	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	-0,4	-0,9	-2,0	-2,6	-1,9	-1,3	-0,2	-1,5	-0,7	-0,4	-0,2	+0,1	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	0,0	-1,2	-1,6	-2,0	-1,4	-0,8	+0,2	-1,0	-0,4	+0,1	+0,2	+0,5	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+1,0	+0,6	+0,9	+0,5	+1,4	+1,8	+2,5	+1,8	+2,0	+2,3	+2,6	+2,5	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+2,1	+0,6	+0,7	+0,4	+1,1	+1,5	+1,9	+1,6	+1,5	+1,8	+2,0	+1,9	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	+1,6	-0,7	-0,2	-0,1	+0,2	+0,1	-0,5	+0,9	-1,4	-0,8	-0,4	-0,3	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	+1,3	-4,5	-2,9	-2,5	-2,1	-1,6	+0,7	-0,6	-1,5	+0,6	+1,5	+0,1	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-0,6	-1,2	+1,1	+2,2	+0,9	+2,1	+1,1	+2,8	+1,0	+1,8	+1,1	+0,5	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+2,1	+0,3	+0,3	+0,1	+0,7	0,0	-1,1	+0,9	-1,9	-1,6	-1,1	-0,6	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+1,2	+1,0	+1,2	+1,1	+1,2	+1,4	+1,6	+1,4	+1,5	+1,6	+1,6	+1,7	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+1,4	+2,3	+2,2	+2,0	+2,1	+2,5	+3,0	+2,3	+2,9	+3,0	+3,0	+3,0	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	6857	8307	9537	9705	9555	9433	10962	9490	9826	10123	10977	11785	11956
	gg. Vp. in %	+3,9	+21,1	+14,8	+2,6	-1,5	-1,3	+16,2	+5,7	+3,5	+3,0	+8,4	+7,4	+1,5
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	2415	2793	3145	3213	3172	3106	3438	3126	3162	3204	3454	3655	3734
	gg. Vp. in %	-7,7	+15,6	+12,6	+3,9	-1,3	-2,1	+10,7	+3,2	+1,1	+1,3	+7,8	+5,8	+2,1
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	1379	1642	1931	1901	1976	2013	2064	2046	2055	2029	2083	2080	2094
	gg. Vp. in %	+8,7	+19,1	+17,6	+3,6	+4,0	+1,9	+2,5	+5,6	+0,5	-1,3	+2,6	-0,1	+0,6
Nikkei 225 ⁵	Index	9114	13540	15475	14651	15564	16694	18173	17150	17542	17287	18033	19198	19781
	gg. Vp. in %	-3,5	+48,6	+14,3	-2,3	+6,2	+7,3	+8,9	+11,4	+2,3	-1,5	+4,3	+6,5	+3,0

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

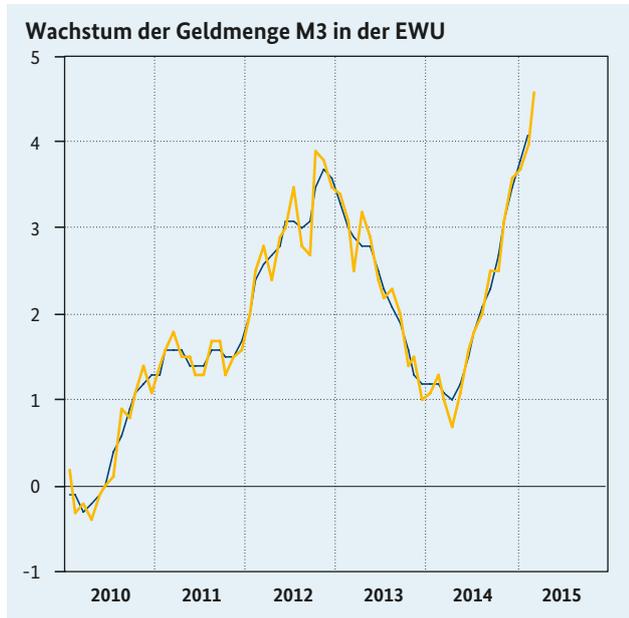
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

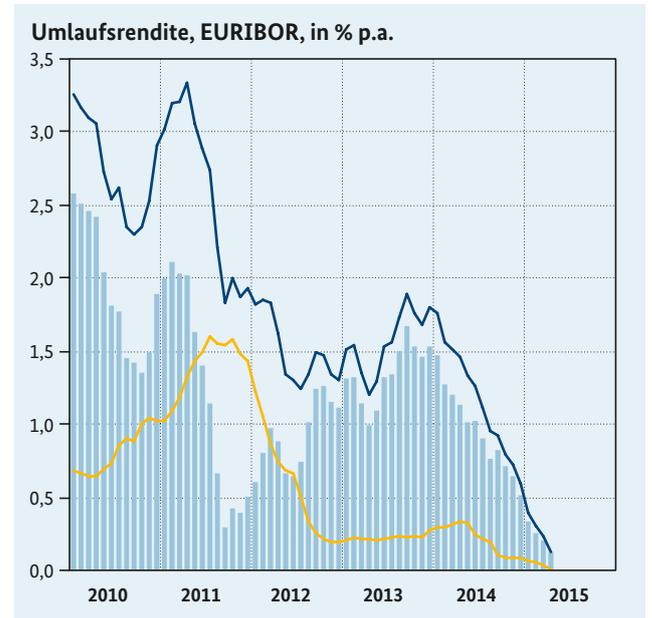
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

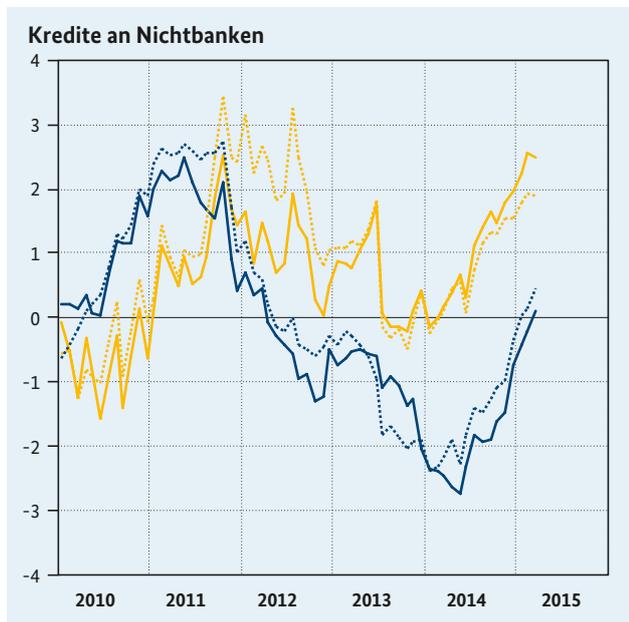
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



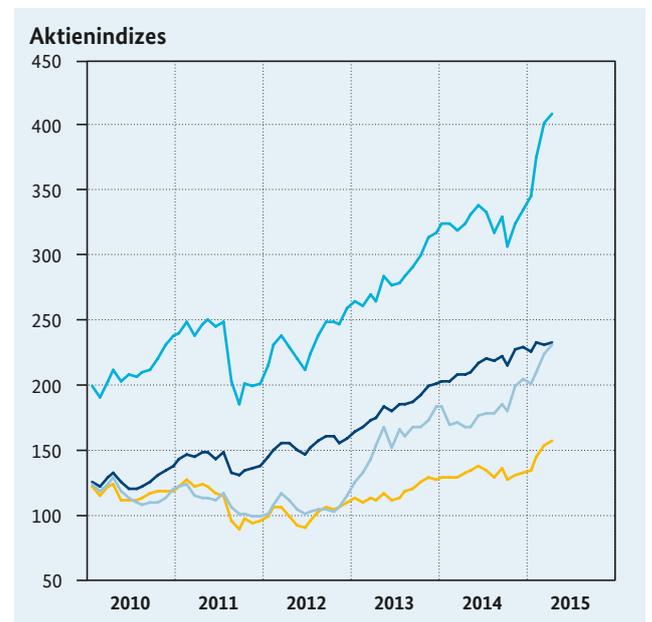
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 ···· Buchkredite Deutschland
 ···· Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

- 1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
- 2 Monatsdurchschnitte;
- 3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Carmen Heidecke und Claudia Flügel
(ZIM – optimiert: Neue Richtlinie für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand)

Mascha M. Möbius und Dr. Bastian Kern
(Reformierte EU-Kohäsionspolitik 2014 – 2020)

Benjamin George und Stephanie Epler
(Intelligent vernetzt)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne
an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Juni 2014	Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) – eine Vernunftpartnerschaft des 21. Jahrhunderts Internationale Forschungsk Kooperationen unterstützen Die unterschätzte Lücke: In Deutschland fehlen zunehmend nicht-akademische Fachkräfte
Juli 2014	Mehr Transparenz in der Rüstungsexportpolitik Außenwirtschaftsförderung im deutschen Interesse Energieeffiziente Informations- und Kommunikationstechnologien
August 2014	Wasserstoff auf die Mühlen der Energiewende Neue Technologien gehen uns alle an Fördercontrolling – Planung und Steuerung von Fördermaßnahmen vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen Start des EEG-Anlagenregisters
September 2014	Reform des EEG Wettbewerb in der privaten Krankenversicherung Mehr Transparenz in der Rohstoffwirtschaft
Oktober 2014	Zur Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland Kohlendioxidspeicherung – Quo vadis? Wie die Wirtschaft Geodaten nutzen kann
November 2014	Herbstprojektion der Bundesregierung: Binnenwirtschaft sichert Wachstum Wesentliche Fakten zur „Investitionsschwäche“ in Deutschland IT-Sicherheit für kleine und mittlere Unternehmen: Die Angebote der BMWi-Initiative „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ IT-Gipfel 2014: Digitalisierung in Deutschland gemeinsam mit allen betroffenen Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen Bundesministerium für Wirtschaft und Energie startet Technologiewettbewerb
Dezember 2014	Usability für den Mittelstand Witterungseffekte im Bausektor
Januar 2015	Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland – ein politischer Auftrag Rosetta und Philae – Mit deutscher Technik der Entstehungsgeschichte des Sonnensystems auf der Spur
Februar 2015	Der Jahreswirtschaftsbericht 2015 Effekt der kalten Progression: Eine wirtschaftspolitische Analyse Kompass der Energiewende
März 2015	Sinkende Arbeitslosigkeit ist nicht genug Neue Märkte in Subsahara-Afrika – Herausforderungen und Chancen Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland – eine Bestandsaufnahme Mehr Energieeffizienz bei Staubsaugern

Ausgabe	Fachartikel
April 2015	Das Momentum für mehr Weitblick in der Europapolitik nutzen Ausschreibung der Förderung erneuerbarer Energien beginnt Partner Indien – Perspektiven 2015 Auf dem Weg zu mehr Forschung und Innovation in Deutschland
Mai 2015	Frühjahrsprojektion 2015 der Bundesregierung: Deutsche Wirtschaft im Aufschwung Stärkung von Investitionen in Deutschland Online-Befragung zeigt großen kommunalen Investitionsbedarf Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Fokus Das Nationale Reformprogramm 2015 Expo Milano 2015



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>
